

IMIS-BEITRÄGE

Heft 16/2000

Herausgegeben vom Vorstand
des Instituts für Migrationsforschung
und Interkulturelle Studien (IMIS)
der Universität Osnabrück

Institut für Migrationsforschung
und Interkulturelle Studien (IMIS)
Universität Osnabrück
D – 49069 Osnabrück
Tel.: (+49) 0541/969-4384
Fax: (+49) 0541/969-4380
e-mail: imis@uni-osnabrueck.de
internet: <http://www.imis.uni-osnabrueck.de>

Dezember 2000
Druckvorbereitung und Satz: Sigrd Pusch, Jutta Tiemeyer (IMIS)
Umschlag: Birgit Götting
Layout: Universitätsverlag Rasch, Osnabrück
Printed in Germany
ISSN 0949-4723

Inhalt

Uwe Hunger

Vom ›Brain-Drain‹ zum ›Brain-Gain‹.

Migration, Netzwerkbildung und sozio-ökonomische Entwicklung:

das Beispiel der indischen ›Software-Migranten‹ 7

Wolfgang Mayer

Überlebensstrategie ›Exode‹.

Eine empirische Fallstudie aus der Region Nara im Sahel..... 23

Noel Watts and Andrew Trlin

Diversity as a Productive Resource. Employment of Immigrants

from Non-English Speaking Backgrounds in New Zealand..... 51

Philip A. Klinkner and Rogers M. Smith

The Unsteady March Toward Racial Equality 65

Rainer Mackensen

Binnenwanderungen und die Entwicklung

der Agglomerationen in Deutschland zwischen 1980 und 1996 85

Die Autoren..... 107

Vorwort

Heft 16 der IMIS-Beiträge vereint fünf Ansätze zu unterschiedlichen Aspekten der Migrationsforschung. Es bietet eine theoretische Analyse des Zusammenhangs zwischen Migration und sozio-ökonomischer Entwicklung am Beispiel der indischen Software-Migranten, eine Studie zur Wanderarbeit im nördlichen Sahel Malis in Westafrika sowie eine Untersuchung der ökonomischen Vorteile der Einwanderung in Neuseeland. Weiter geht es um migrationspolitische Aspekte in den USA und schließlich um den Zusammenhang von Binnenwanderungen und Siedlungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland.

Uwe Hunger beschreibt den Zusammenhang zwischen Migration und sozio-ökonomischer Entwicklung am Beispiel der Aus- und Rückwanderungen von indischen Softwarespezialisten in die USA. Über die traditionelle Darstellung als ›Brain-Drain‹ oder Arbeitsmarktentlastung im Herkunftsland hinaus werden insbesondere Aspekte der Auswanderung Hochqualifizierter und der Herausbildung von sozialen und ökonomischen Netzwerken thematisiert. Das deutliche Wachstum der Softwareindustrie in Indien hängt einerseits mit den wirtschafts- und bildungspolitischen Anstrengungen, andererseits mit den ökonomischen Erfolgen einzelner Rückwanderer zusammen, die Firmen in Indien gründeten. Auch ausgewanderte Spezialisten, die sich in den USA geschäftlich etabliert haben, tragen zum Erfolg bei. Dieses Wachstum hat mithin wesentlich auch mit Innovations- und Technologietransfer über Migrationsnetzwerke zu tun.

Wolfgang Mayer untersucht Remigranten in elf Dörfern im nördlichen Sahel Malis/Westafrika. Im Kern prüft er mittels einer standardisierten Befragung von 177 Arbeitswanderern die Frage, inwieweit das in der Ferne erworbene Know-how sowie die dort vermittelten beruflichen Kenntnisse und Fertigkeiten für eine entsprechende Berufsausbildung in den Heimatorten genutzt werden können. Er kommt zu dem Ergebnis, daß die erworbenen beruflichen Kenntnisse der Arbeitswanderer im Widerspruch stehen zu den Möglichkeiten in den Heimatdörfern. Insoweit können sie nur sehr eingeschränkt die Funktionen von Entwicklungsagenten für einen gewerblichen und sozio-ökonomischen Wandlungsprozeß übernehmen. Auf der anderen Seite weisen die erzielten Ergebnisse aber aus, daß die Arbeitswanderer eine Reihe von Innovationsvorstellungen aus der Ferne mitbringen, die eine positive Entwicklung anstoßen und die örtlichen Lebensverhältnisse in einigen Bereichen verbessern können.

Noel Watts und **Andrew Trlin** betonen die Vielfalt der kulturellen Erfahrungen und fremdsprachlichen Fähigkeiten, die sich aus der Einwanderung von Menschen aus unterschiedlichen Ländern und Regionen mit beruflichen Qualifikationen und nicht-englischsprachigem Hintergrund ergeben. Ihr Wert als ›Humankapital‹ – von der Regierung Neuseelands als Entwicklungspotential unterstützt – werde allerdings von der Wirtschaft eher vernachlässigt. Obwohl es naheläge, solche Einwanderer etwa im Tourismusgewerbe zu beschäftigen, um z.B. Besucher aus deren Herkunftsländern anzusprechen, würden solche Chancen nur selten wahrgenommen. Weder private Firmen noch staatliche Organisationen haben bisher ausreichend auf die Anforderungen einer immer stärker sich entwickelnden multikulturellen Gesellschaft reagiert und das ›Humankapital‹ der Zuwanderer genutzt.

Philip A. Klinkner und **Rogers M. Smith** beschäftigen sich historisch zurückgreifend mit den Strukturen und Ereignissen, die merkliche Spuren auf dem Weg zur Verminderung der Diskriminierung von Minderheiten in den USA hinterlassen haben: dem amerikanischen Bürgerkrieg, der Phase des Wiederaufbaus danach und schließlich der langen Periode der Bürgerrechtsbewegungen im Gefolge des Zweiten Weltkriegs, während des ›Kalten Krieges‹ und des Vietnamkriegs. Es waren Zeiten, in denen schwarze Soldaten benötigt wurden und man ihnen deshalb auch vermehrt Rechte zugestehen mußte. Für die zukünftige Politik auf dem Weg zu ›racial equality‹ werden drei wesentliche Aufgaben hervorgehoben: die Verbesserung der Bürgerrechte, der deutliche Abbau ökonomischer Ungleichheit und die Reform der Strafgerichtsbarkeit.

Rainer Mackensen untersucht den Zusammenhang zwischen den Binnenwanderungen innerhalb Deutschlands und der Entwicklung der Siedlungsstrukturen vor allem großflächiger städtischer Ballungsräume. Er analysiert das Binnenwanderungsgeschehen zwischen 1980 und 1996, wobei sowohl nach der Siedlungsdichte als auch nach der räumlichen Zuordnung differenziert wird. Globalisierungstendenzen und der Strukturwandel der Wirtschaft, die häufig Produktionsstrukturen und -standorte verändern, tragen zum Wandel der kleineren und größeren Agglomerationen bei. Schließlich sind dabei auch unterschiedliche demographische Entwicklungen zu beachten, die mit zu einem stärkeren Bevölkerungswachstum der ländlichen Regionen führen.

Der Vorstand: Klaus J. Bade
Michael Bommes
Hans-Joachim Wenzel

Uwe Hunger

Vom ›Brain-Drain‹ zum ›Brain-Gain‹

Migration, Netzwerkbildung und sozio-ökonomische Entwicklung: das Beispiel der indischen ›Software-Migranten‹

Ziel dieses Beitrags ist es, die Bedeutung und Relevanz eines neuen Theorieansatzes aufzuzeigen, der den Zusammenhang von transnationaler Migration, sozialer Netzwerkbildung und sozio-ökonomischer Entwicklung beschreiben und erklären kann. Mit diesem Ansatz soll eine systematische Zusammenführung von Migrations- und Entwicklungstheorie angestrebt werden. Als empirisches Beispiel wird die transnationale Migration von indischen Softwarespezialisten in die USA gewählt. Hier wird der Frage nachgegangen, welchen Nutzen Indien, bis 1998 größtes Empfängerland deutscher Entwicklungshilfe, aus der jahrelangen Migration seiner Softwareexperten in die USA gezogen hat und zieht.

In den Entwicklungs- und Migrationstheorien ist man bisher davon ausgegangen, daß sich die Abwanderung geistiger und technischer Eliten aus Entwicklungsländern nachteilig auf die Entwicklung dieser Länder auswirkt, weil die besten Köpfe, die die Entwicklung des Landes voranbringen könnten, an andere Länder verloren gehen (›Brain-Drain‹). Angesichts des Entwicklungsbooms der indischen Softwareindustrie mit einer Wachstumsrate von jährlich durchschnittlich 54% in den Jahren 1995 bis 1999 liegt jedoch die Vermutung nahe, daß Indien im Gegenteil von der transnationalen Migration seiner Spezialisten profitiert hat. Neben einer aktiven Industriepolitik, mit der die indische Regierung den Aufbau der Softwarebranche in ihrem Land systematisch gefördert hat, und einem traditionell guten Ausbau technisch ausgerichteter Bildungseinrichtungen hat auch die transnationale Arbeitsmigration in die USA bei der positiven ökonomischen Entwicklung eine wichtige Rolle gespielt. Indische Softwarespezialisten haben in den USA, die in diesem Sektor weltweit führend sind, ihr technisches und ökonomisches Know-how ausgebaut und durch die Rückwanderung in ihr Herkunftsland oder über soziale und ökonomische Netzwerke nach Indien transferiert (›Brain-Gain‹).

Wie durch transnationale Elitenmigration zwischen Entwicklungs- und Industrieländern eine positive ökonomische Entwicklung im Herkunftsland

angestoßen und gefördert werden kann, ist die zentrale Fragestellung eines zu entwickelnden Theorieansatzes. Welche sozio-strukturellen Entwicklungsvoraussetzungen müssen gegeben sein, und welche Rolle spielt hierbei die aktive Entwicklungspolitik der beteiligten Länder? Welche Bedeutung haben die Wanderungspolitiken des Aufnahme- und des Herkunftslandes? Welche Rolle spielen soziale und ökonomische Netzwerke, die sich auf dieser Grundlage unterhalb der Ebene der offiziellen Regierungspolitik herausbilden, unter welchen Bedingungen kommen sie zustande und wie können sie unterstützt und gesteuert werden? Die Beantwortung dieser Fragen soll in eine allgemeine theoretische Erklärung zum Zusammenhang von transnationaler Migration, sozialer Netzwerkbildung und sozio-ökonomischer Entwicklung münden.

Bislang gibt es keine umfassenden Arbeiten, die die Forschungsstränge der Entwicklungstheorie und der Migrationsforschung zu diesen Fragen systematisch zusammenführen. Migration von geistigen und technischen Eliten wird in der *Entwicklungstheorie* bislang zumeist entweder unter der Perspektive des ›Brain-Drain‹ wahrgenommen oder aus Sicht der Dependenztheorien¹ als Mittel der Industrieländer angesehen, die Abhängigkeit der Entwicklungsländer aufrechtzuerhalten. Dabei würden Eliten aus Entwicklungsländern in Industrieländern ausgebildet und an die Wertvorstellungen und Lebensstile des Westens gebunden, um als ›Brückenköpfe‹ zwischen Zentrum und Peripherie zu dienen. Eine Einbindung der Ökonomien der Entwicklungsländer in die bestehenden Weltmarktstrukturen im Sinne einer Modernisierungsstrategie nach westlichem Vorbild² ist bislang ebenfalls noch nicht unter Migrationsaspekten diskutiert worden. Zwar wird die Strategie einer Kapitalverflechtung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern als Voraussetzung für eine erfolgreiche Entwicklung angesehen³, die Bedeutung und Funktion einer gesellschaftlichen Verflechtung in Form von sozialen Netzwerken zwischen Industrie- und Entwicklungsländern wurde hingegen weitgehend ausgeblendet.

Umgekehrt wurden in der *Migrationsforschung* die Entwicklungschancen, die sich aufgrund von Elitenwanderungen aus Entwicklungs- in Industrieländer bieten, noch nicht systematisch untersucht. Migration wird im Zusammenhang des globalen Entwicklungsthemas zumeist entweder nur unter ›Brain-Drain‹-Aspekten gesehen oder aber unter dem Stichwort ›Welt-

1 Eduardo Galeano, *Die offenen Adern Lateinamerikas*, 13. Aufl. Wuppertal 1988; Dieter Senghaas (Hg.), *Peripherer Kapitalismus. Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung*, Frankfurt a.M. 1974.

2 Walt W. Rostow, *Stadien des wirtschaftlichen Wachstums*, 2. Aufl. Göttingen 1967.

3 Martin Kaiser/Norbert Wagner, *Entwicklungspolitik. Grundlagen, Probleme, Aufgaben*, Bonn 1991, S. 335–350.

flüchtlingsproblem⁴ als Folge der dramatischen Bevölkerungszunahme und ökonomischen Unterentwicklung in weiten Teilen der südlichen Hemisphäre diskutiert.⁵ Die Abwanderung größerer Bevölkerungsgruppen wird in diesem Zusammenhang insofern als potentielle Entwicklungschance gewertet, als sich durch die Verringerung der Bevölkerungszahl eine gewisse Entlastung für das Entwicklungsland, etwa auf dem Arbeitsmarkt, einstellt.⁶ Bestehende Migrationstheorien zur Wanderung von Hochqualifizierten konzentrieren sich andererseits zumeist auf Wanderungen von Eliten aus einem Industrie- in ein Entwicklungsland, um dort mit ihrem Know-how beim Aufbau einer ökonomischen Infrastruktur mitzuhelfen.⁷ Auf diesem Gedanken fußen die Grundkonzeptionen der heutigen Entwicklungspolitik. Die entgegengesetzte Wanderungsrichtung von Eliten ist meiner Kenntnis nach dagegen noch nicht systematisch unter Entwicklungsaspekten für das Herkunftsland untersucht worden.

Daneben gibt es einen wachsenden Literaturkorpus zum Phänomen der transnationalen Migration und der Bedeutung transnationaler sozialer Netzwerke, für das Ludger Pries den Begriff ›transnationaler sozialer Raum‹⁸ geprägt hat. Diese Forschungsrichtung konstatiert eine wachsende Bedeutung transnationaler Verflechtungen aufgrund von Migration.⁹ Es wird herausgestellt, daß Migration infolge der Globalisierung und der damit einhergehenden weltweiten kommunikativen, technologischen und verkehrstechnischen Integration¹⁰ nicht mehr nur einen einmaligen Vorgang der Aus- bzw. Ein-

-
- 4 Peter J. Opitz, Das Weltflüchtlingsproblem zu Beginn der 90er Jahre. Ursachen und Perspektiven, München 1991; Franz Nuscheler, Internationale Migration. Flucht und Asyl, Opladen 1995.
 - 5 Globale Trends 1998, hg. v.d. Stiftung Entwicklung und Frieden, Frankfurt a.M. 1997.
 - 6 Klaus J. Bade, Europa in Bewegung. Migration vom späten 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, München 2000, S. 169–185.
 - 7 Felicitas Hillmann/Hedwig Rudolph, S(Z)eitenwechsel – Internationale Mobilität westlicher Hochqualifizierter am Beispiel Polen, in: Ludger Pries (Hg.), Transnationale Migration (Soziale Welt, Sonderbd. 12), Baden-Baden 1997, S. 245–263; Lin-Lean Lim, Growing Economics Interdependence and Its Implications for International Migration, in: Population Distribution and Migration. Proceeding of the United Nations Expert Meeting on Population Distribution and Migration, 18.–22.1.1993, Santa Cruz/Bolivia 1994, S. 334–354; Allan Findlay, New Technology, High Level Manpower Movements and the Concept of the Brain Drain. Dokumentation der Internationalen Konferenz zu Migration, 13.–15.3.1991, Rom 1991.
 - 8 Ludger Pries, Transnationale Soziale Räume. Theoretisch-empirische Skizze am Beispiel der Arbeitswanderungen Mexiko-USA, in: Zeitschrift für Soziologie, 25. 1996, H. 6, S. 437–453.
 - 9 Pries (Hg.), Transnationale Migration; Thomas Faist, The Volume and Dynamics of International Migration and Transnational Social Spaces, Oxford 2000.
 - 10 Bernhard Santel, Migration in und nach Europa. Erfahrungen, Strukturen, Politik, Opladen 1995, Kap. 7.

wanderung und Eingliederung in einen neuen Staat umfaßt, sondern sich zunehmend ›pluri-lokale‹ Existenzen herausbilden, bei denen sich die »Lebenspraxis und die Lebensprojekte der ›Transmigranten‹, also ihre ›sozialen Räume‹, zwischen verschiedenen Wohnorten bzw. ›geographischen Räumen‹ aufspannen.«¹¹ Auf potentielle positive Rückwirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung des Herkunftslandes wird in diesem Zusammenhang hingewiesen.¹² Als Beispiele werden zumeist Kapitaltransfers in die Heimatländer¹³ oder sich infolge der Migration transstaatlich entwickelnde Märkte, wie z.B. zwischen Deutschland und der Türkei¹⁴, angeführt. Die Bedeutung transnationaler Migration für die ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung im Herkunftsland klingt in diesem Forschungsstrang an, wird aber nicht theoretisiert. Das Theoriedefizit auf diesem Gebiet, auf das auch Pries hinweist¹⁵, wird durch die Relevanz des empirischen Falls der indischen ›Software-Migranten‹ unterstrichen. Daß hier die Praxis der Theorie bereits weit vorausgeeilt ist, zeigen die hohen Zahlen zugewanderter indischer Softwarespezialisten in die USA seit den 1970er Jahren.

Die Entwicklung des indischen Softwaresektors

Indien ist ohne Zweifel eines der wichtigsten Länder der Welt. Zwar wird es auf der einen Seite nach wie vor als Entwicklungsland wahrgenommen, das von Armut, Naturkatastrophen und Überbevölkerung gekennzeichnet und gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf eines der ärmsten Länder der Welt ist. Auf der anderen Seite ist Indien jedoch auch die größte Demokratie der Welt und in den Augen vieler Experten nicht nur wegen seiner atomaren Bewaffnung eine neue aufstrebende ›Supermacht‹ des 21. Jahrhunderts.¹⁶ In jüngster Vergangenheit hat Indien zudem ein neues, modernes Image durch das Aufstreben eines neuen ›Industriezweigs‹ erhalten, der in den Augen

-
- 11 Ludger Pries, Neue Migration im transnationalen Raum, in: ders. (Hg.), Transnationale Migration, S. 15–44, hier S. 16.
 - 12 Ders., Internationale Migration und die Emergenz Transnationaler Sozialer Räume, in: Karl-Siegbert Rehberg (Hg.), Differenz und Integration: die Zukunft moderner Gesellschaften. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, 28. Kongreßband (Sektionen, Arbeitsgruppen, Foren), Fedor-Stepun-Tagung, Opladen/Wiesbaden 1997, S. 313–318, hier S. 314.
 - 13 Migration and Development. New Partnerships for Co-operation, hg.v. OECD, Paris 1994.
 - 14 Beate Rieple, Transstaatliche Wirtschaftsräume zwischen Deutschland und der Türkei, in: Thomas Faist (Hg.), Transstaatliche Räume. Politik, Wirtschaft und Kultur in und zwischen Deutschland und der Türkei, Bielefeld 2000, S. 87–111.
 - 15 Pries, Internationale Migration und die Emergenz Transnationaler Sozialer Räume, S. 317.
 - 16 Paul Kennedy, In Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert, Frankfurt a.M 1992.

vieler Analytiker der Zukunftsmarkt schlechthin ist: die Softwarebranche.¹⁷ Die Weltbank beschreibt die indische Softwarebranche als einen der dynamischsten Wirtschaftszweige der Welt, der inzwischen, was das Wirtschaftswachstum angeht, sogar vor dem Weltmarktführer USA an vorderster Stelle rangiert.¹⁸

Die Anfänge des Entwicklungsbooms der indischen Softwareproduktion liegen Mitte der 1980er Jahre, als die indische Regierung ein Konzept entwickelte, die Potentiale dieser neuen Branche durch eine spezielle Computersoftware-Politik systematisch zu fördern und zu nutzen. Seither hat die indische Softwarebranche eine enorme Aufwärtsentwicklung genommen. Der Gesamtumsatz der Softwarebranche wies in den 1990er Jahren eine Wachstumsrate von durchschnittlich über 50% auf und betrug 1998/99 rund 4 Milliarden US-Dollar. Der Hauptanteil der Umsätze fällt auf den Exportsektor, der von 30 Millionen US-Dollar im Jahr 1985 auf 2,65 Milliarden US-Dollar im Jahr 1998/99 gewachsen ist. Mit über 58% im Jahr 1998 geht die überwiegende Zahl der indischen Softwareausfuhren in die USA. Die Inlandsnachfrage, die von allen Experten als grundlegende Bedingung für eine nachhaltig positive Entwicklung der Gesamtbranche gesehen wird, ist in den letzten Jahren ebenfalls stark angestiegen. 1997/98 belief sie sich auf 1,25 Milliarden US-Dollar, was einem Anteil von 40% an den Gesamterlösen der Branche entsprach.¹⁹

Mit der Einsetzung einer nationalen ›Task Force‹ für Informationstechnologie und Softwareentwicklung wurde im Jahr 1998 die nationale Computersoftware-Politik weiter ausgebaut, »die Indien in den nächsten 10 Jahren in eine Software-Superpower verwandeln soll.«²⁰ Ziel ist es laut einer Expertise der Unternehmensberatung McKinsey, die Software-Industrie in die Lage zu versetzen, bis 2008 einen Jahresumsatz von 100 Milliarden US-Dollar zu erwirtschaften, wobei die Exporte dabei nur noch die Hälfte des Gesamtumsatzes ausmachen sollen.²¹ In diesem Zeitraum soll der Anteil der Softwareexporte am indischen Gesamtexportvolumen von heute 5% auf 35% anwachsen. Der Softwaresektor wird dann bis zu 7,5% des Bruttoinlandsprodukts ausmachen.²²

17 Robert Reich, Die neue Weltwirtschaft, Frankfurt a.M. 1996.

18 Exploiting Information Technology for Development. A Case Study of India, hg. v.d. Weltbank (Discussion Paper No. 246, written by N. Hanna), Washington, DC 1994.

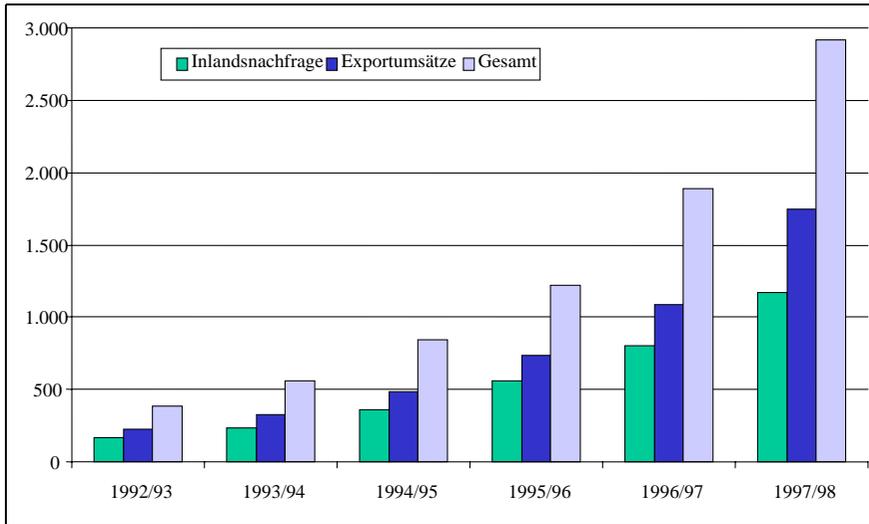
19 India. Your Software Partner, hg. v.d. National Association of Software and Service Companies (NASSCOM), CeBIT Hannover, 18.-24.3.1999, Neu Delhi 1999.

20 Ebd., S. 28.

21 Highlights of the NASSCOM/McKinsey Study Report 1999, hg. v.d. National Association of Software and Service Companies (NASSCOM)/McKinsey, Neu Delhi 1999.

22 Ebd., S. 3f.

Schaubild 1: Umsatzentwicklung der indischen Softwarebranche 1990–98 (in Millionen US-Dollar)



Quelle: India. Your Software Partner, hg. v.d. National Association of Software and Service Companies (NASSCOM), CeBIT Hannover, 18.–24.3.1999, Neu Delhi 1999.

Tabelle 1: Wachstumsraten der indischen Volkswirtschaft (Bruttoinlandsprodukt, BIP) und Softwarebranche 1993–98 im Vergleich (in %)

	Wachstumsrate des BIP	Wachstumsrate der Softwarebranche
1993/94	8,1	45
1994/95	7,4	50
1995/96	7,4	45
1996/97	4,8	55
1997/98	6,5	55

Quelle: India. Your Software Partner, hg.v. NASSCOM; International Financial Statistics Yearbook, hg.v. International Monetary Fund, Washington 1999, S. 512.

Der Softwaresektor mit seinem großen Wachstumspotential gilt angesichts dieser Zahlen als Hoffnungsträger für Indien. Dies gilt sowohl im Hinblick auf die Entwicklung der Computerbranche selbst als auch hinsichtlich ihres Potentials für die Modernisierung der indischen Wirtschaft insgesamt. So

wird erwartet, daß in Indien bis zum Jahr 2008 mehr als 2 Millionen neue Arbeitsplätze im Softwarebereich entstehen.²³ Im Jahr 1999 betrug die Zahl der Beschäftigten im Softwaresektor rund 200.000. Durch die Diffusion der Technik und besonders des Internets, dessen Benutzerzahl in Indien Schätzungen zufolge von heute 3,2 auf 100 Millionen im Jahr 2008 anwachsen kann²⁴, soll die Entwicklung auch breitere Bevölkerungsschichten erreichen und zu ›spill-over‹-Effekten in benachbarten Bereichen führen. Es ist bereits heute festzustellen, daß in der gesamten indischen Wirtschaft, wie etwa im Bankensektor, mehr und mehr Computertechnologie zum Einsatz kommt und auf diese Weise immer größere Bereiche der Wirtschaft effizienter gestaltet und modernisiert werden. Angesichts einer allgemeinen informationstechnologischen Rückständigkeit Indiens ist innerhalb der nächsten Jahre ein weiterer nationaler Bedarf an Computersoftware zu erwarten.²⁵ Gleiches gilt für die Nachfrage nach Computern selbst, was sich zusätzlich günstig auf die Entwicklung der Inlandsnachfrage im Softwarebereich auswirken wird (Tabelle 2).

Die sich hieraus bietenden Entwicklungschancen sind für Indien verheißungsvoll. Führende Köpfe hoffen, daß Indien, nachdem es von der industriellen Revolution nicht profitieren konnte, nun an der ›neuen‹ (IT-)Revolution auf einer Ebene mit den Industrieländern teilhaben kann und eventuell sogar eine führende Position einzunehmen imstande ist.²⁶ Insgesamt erhofft sich Indien von der Softwareindustrie – bei allen verbleibenden Problemen des Landes²⁷ – nun erstmals die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Entwicklung mit Anschluß an die westliche Welt. Dies könnte in der Tat dann gelingen, wenn Indien den Softwaresektor als Katalysator zur Modernisierung der gesamten indischen Wirtschaft und Gesellschaft zu nutzen versteht.²⁸

23 Ebd.

24 NASSCOM Projects 300 GB Internet Band with demand in India by 2005, hg. v.d. National Association of Software and Service Companies (NASSCOM), Press Release, Neu Delhi, 1.6.2000.

25 Jürgen Wiemann, Von Indien lernen! Entwicklungspolitische Bewertung der Anwerbung qualifizierter Arbeitskräfte aus Entwicklungs- und Transformationsländern (Deutsches Institut für Entwicklungspolitik), Berlin 2000.

26 N. Lakshminarayan, Indian Software Production for the World Market, in: G. Cyraneck/S.C. Bhatnagar (Hg.), Technology Transfer for Development – The Prospects and Limits of Information Technology, Neu Delhi 1992, S. 118–128.

27 Uwe Andersen, Grundlegende Probleme der Entwicklungsländer, in: Informationen zur Politischen Bildung: Entwicklungsländer, Bonn 1996, S. 6–17; Weltentwicklungsbericht 1999/2000, hg. v.d. Weltbank, Washington, DC 2000.

28 Exploiting Information Technology for Development. A Case Study of India, hg. v.d. Weltbank.

Unter entwicklungstheoretischen Aspekten kann die Softwarebranche – als Zukunftsmarkt mit einem großen Entwicklungspotential (von 1987 bis 1997 sind die Ausgaben für Informationstechnologien weltweit um 23% gestiegen²⁹) – durchaus als Idealtypus und als Vorbild für andere sich entwickelnde Volkswirtschaften gelten. Es handelt sich bei dem Softwarebereich um einen sehr arbeits- und wenig kapitalintensiven Sektor. Die Markteintrittskosten sind ebenso wie die Transportkosten gering. Das Internet begünstigt zudem die Entstehung transnationaler Netzwerke zur Zusammenarbeit mit führenden Industrienationen, da räumliche und zeitliche Distanzen kaum noch eine Rolle spielen. Vor dem Hintergrund der erfolgreichen Entwicklung der sog. ›vier kleinen Tigerstaaten‹ in Südostasien (Taiwan, Singapur, Südkorea und Hongkong) erscheint eine exportorientierte Strategie (›export-led growth‹), wie sie nun auch in Indien verfolgt wird, nachahmenswert. Die Softwareproduktion erscheint schließlich auch deshalb so zukunftsweisend, weil sie nicht mit den üblichen negativen ökologischen Konsequenzen einer industriellen Entwicklung behaftet ist, die in der Entwicklungstheorie als eines der größten Probleme angesehen werden.³⁰ Mit dem Einstieg in das Informationszeitalter kann ein Überspringen industrieller Phasen erleichtert werden, die von der neueren, auf ›Nachhaltigkeit‹ abzielenden Entwicklungstheorie (›sustainable development‹) gefordert wird.³¹ Die deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) hat in den 1990er Jahren aus diesem Grund ein Pilotprojekt ›Strengthening Environmental Technological Capability in Developing Countries‹ (ETC) unter anderem auch mit der indischen Softwareindustrie durchgeführt.³²

Was sind die Gründe für diese außerordentliche Entwicklung? Aus der Vielzahl von Einflußfaktoren können im wesentlichen drei Kernpunkte herausgearbeitet werden, die in einem engen Beziehungsgeflecht miteinander verknüpft sind. Es sind dies erstens die Impulse der aktiven Industriepolitik des indischen Staates, mit der er den indischen Softwaresektor systematisch gefördert hat, zweitens das traditionell gut ausgebaute und im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung weiter expandierte indische Ausbildungssystem mit technischem Schwerpunkt sowie drittens der Einfluß der vielen Tausend indischen Emigranten, die Indien als technisch ausgebildete Eliten

29 Highlights of the NASSCOM/McKinsey Study Report 1999, S. 4.

30 Franz Nuscheler, Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik, 4. neubearb. Aufl. Bonn 1996, Kap. XI.

31 Hans-Jürgen Harborth, Dauerhafte Entwicklung: Zur Entstehung eines neuen ökologischen Konzepts (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung), Berlin 1989.

32 Deutsche Gesellschaft für Entwicklungszusammenarbeit: Report of Fact Finding Mission to India. Report, Evaluation, Recommendations. Working Papers 3.1.4 (Strengthening Environmental Technological Capability in Developing Countries, ETC), Eschborn 1998.

verlassen haben und durch ihre Rückkehr bzw. durch den Transfer von Kapital oder Know-how über soziale Netzwerke zur Entwicklung des indischen ›Software-Wunders‹ wesentlich beigetragen haben. Im folgenden sollen zentrale Faktoren innerhalb dieses Beziehungsgeflechts und ihr Zusammenwirken genauer betrachtet werden.

Tabelle 2: Projektionen der Informationsentwicklung in Indien

	Stand 31.3.2000	Ziel 2008
Indikatoren der Computernutzung	Anzahl in Millionen	
Gesamtzahl der PCs	4,3	20
Internetanschlüsse	0,77	35
Internetbenutzer	3,2	100
Softwareumsätze	in Milliarden US-Dollar	
Gesamt	9,6	137
Inlandsnachfrage	5,7	87
Exporte	3,9	50

Quelle: India. Your Software Partner, hg.v. NASSCOM.

Wirtschaftspolitik: Wie bereits zu Beginn dieses Kapitels angesprochen wurde, hat sich die Grundausrichtung der indischen Wirtschaftspolitik zum Ende der 1980er Jahre grundlegend verändert. Folgte die indische Regierung über Jahrzehnte dem Paradigma einer autozentrierten, auf Importsubstitution ausgerichteten Entwicklungsstrategie (›self reliance‹), so zeichnet sich die indische Wirtschaftspolitik heute durch eine stärker auf Modernisierung und weltwirtschaftliche Integration ausgerichtete Strategie aus. In vielen Bereichen betreibt Indien heute eine an marktwirtschaftlichen Konzepten orientierte, offene und aktive Industriepolitik, die ausländische Investoren für das Land wirbt und die Exportindustrie systematisch stützt.³³

Der Softwaresektor spielt hierbei, wie aus den Zahlen deutlich wurde, eine ganz entscheidende Rolle. Er genießt als einer von fünf ausgewählten Kernsektoren der indischen Volkswirtschaft eine besondere Wirtschaftsförderung und Befreiung von rechtlichen Reglementierungen.³⁴ Hierzu zählen Maßnahmen wie die Erleichterung der Importbestimmungen für Soft- und Hardware Ende der 1980er Jahre ebenso wie die Liberalisierung des Kapitalmarktes, in deren Folge der Umfang der Direktinvestitionen ausländischer

33 Christian Wagner, Politischer Wandel und wirtschaftliche Reformen in Indien (Rostocker Informationen zu Politik und Verwaltung, Bd. 7), Rostock 1997.

34 Richard Heeks, India's Software Industry. State Policy, Liberalisation and Industrial Development, Neu Delhi 1996.

Unternehmen in Indien rasant anstieg und neue wirtschaftliche Aktivität freigesetzt wurde. Nur auf der Basis dieser Maßnahmen ist es möglich geworden, daß viele führende ausländische Software-Unternehmen heute über Niederlassungen in Indien verfügen. Größte Investoren sind US-amerikanische Firmen, wie etwa der Weltmarktführer Microsoft, der den indischen Markt für die kostengünstige Entwicklung seiner Softwareprodukte nutzt. Durch die Verabschiedung des ›Information Technology Act 2000‹ will die indische Regierung die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Softwaresektors weiter liberalisieren und durch Maßnahmen wie Steuerreduktionen und -befreiungen die wirtschaftliche Aktivität weiter fördern.³⁵

Erziehungssystem: Parallel dazu intensiviert die indische Regierung ihre Anstrengungen, technische Ausbildungsgänge an leistungsfähigen Universitäten des Landes, deren Aufbau auch durch die deutsche Entwicklungszusammenarbeit lange Zeit unterstützt wurde³⁶, auszubauen und die Bildung neuer Softwarezentren wie in Mumbai oder Bangalore finanziell zu unterstützen. Den breiten Ausbau technischer Bildungsstätten beschreibt auch Lakshminarayan: »Mehr als 20 technische Colleges und Universitäten begannen, zusätzlich zu den ohnehin schon bestehenden traditionellen Ausbildungsgängen Elektrotechnik [und] Maschinenbau, [...] Informatikausbildungsgänge anzubieten. Dies hat zu einem enormen Anstieg von Graduierten und Postgraduierten mit Computerkenntnissen geführt, die nun für die Ausbildung zum Softwareentwickler zur Verfügung stehen.«³⁷ Heute gilt Indien im weltweiten Vergleich nach den USA als eine der größten Ausbildungsstätten für Computer-Spezialisten und technische Berufe überhaupt. An den rund 1.800 Bildungseinrichtungen (u.a. Technische Hochschulen und Fachhochschulen) werden heute jährlich mehr als 65.000 Menschen ausgebildet. 1983 betrug ihre Zahl nur etwa 1.000. Zusätzlich hierzu werden an über 2.000 Privatinstituten Computerkurse angeboten, so daß Indien Ende der 1990er Jahre über 4,1 Millionen technisch ausgebildeter Arbeitskräfte verfügte.³⁸

Daß Indien bei dem Aufbau seiner technischen Einrichtungen nicht bei Null anfangen mußte, sondern auf eine bereits gut ausgebaute Bildungsstruktur insbesondere technischer Bereiche aufbauen konnte, ist für die Erklärung des beschriebenen indischen Software-Booms von entscheidender Bedeutung. Bereits im Zuge der auf industrielle und technologische Unabhängigkeit ausgerichteten ›self-reliance‹-Strategie investierte Indien große

35 Information Technology Act, abgedr. in: The Gazette of India, No. DL-33004/2000.

36 Wiemann, Von Indien lernen! Entwicklungspolitische Bewertung der Anwerbung qualifizierter Arbeitskräfte.

37 Lakshminarayan, Indian Software Production for the World Market.

38 India. Your Software Partner, hg.v. NASSCOM.

Anteile des Bruttoinlandsprodukts in den Bildungssektor und insbesondere in technische Ausbildungsgänge.³⁹ Über Jahrzehnte produzierte Indien in diesen Einrichtungen einen Überschuß an Akademikern, die keine adäquate Beschäftigung im Land finden konnten. Aus diesem Grund setzte bereits in den 1970er Jahren eine massive Auswanderung von technischen Eliten ins Ausland ein.

Tabelle 3: Regionale Verteilung der 500 erfolgreichsten indischen Softwarefirmen

Stadt	Anzahl der ansässigen Softwarefirmen
Mumbai (Bombay)	104
Bangalore	97
Hyderabad	55
Chennai (Madras)	52
Gurgaon & Noida	50
Delhi	41
Calcutta	28
Pune (Poona)	23
Andere	50

Quelle: India. Your Software Partner, hg.v. NASSCOM.

Transnationale Elitenmigration: Die USA als führendes Technologie- und traditionelles Einwanderungsland war bevorzugtes Ziel der auswandernden indischen Eliten. Neben arbeitsmarkt- und einwanderungspolitischen Argumenten spielte auch die gemeinsame Sprache eine bedeutsame Rolle, da Englisch in Indien bekanntlich die zweite Muttersprache zumindest der gebildeten Schichten ist. Noch heute gehen viele indische Experten nach ihrem Abschluß an den international anerkannten indischen Hochschulen ins Ausland, um dort ihre Kenntnisse und Fähigkeiten zur Geltung zu bringen. Heute schätzt man, daß 30% der weltweit tätigen Software-Ingenieure aus Indien kommen. Allein im kalifornischen Silicon Valley, das zum Synonym des Aufstiegs der IT-Branche geworden ist, sollen 75% der ausländischen Softwareexperten aus Indien stammen.⁴⁰

39 Wiemann, Von Indien lernen! Entwicklungspolitische Bewertung der Anwerbung qualifizierter Arbeitskräfte.

40 Erhard Haubold, Computer-Milliardäre und Cybercities. Fast jeder dritte Software-Ingenieur stammt aus Indien, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1.4.2000.

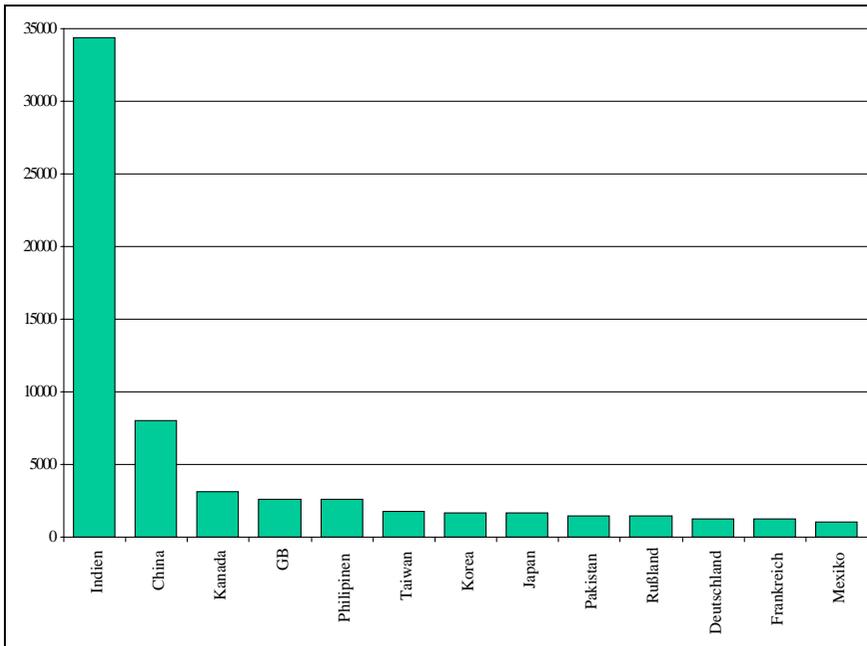
Die Liberalisierungspolitik und positive Entwicklung der Softwarebranche in Indien hat dazu geführt, daß seit Mitte der 1980er Jahre viele Auswanderer wieder nach Indien zurückgekehrt sind und dort am Aufbau der indischen Wirtschaft maßgeblich beteiligt waren und sind. So werden heute die meisten führenden indischen Softwarefirmen, die auch auf dem amerikanischen Markt erfolgreich sind, von ehemals in den USA beschäftigten Indern geführt, die über gute Kontakte in die USA verfügen. Ein Grund dafür, daß es den Migranten gelungen ist, ihr in den USA gewonnenes ökonomisches und technisches Know-how gewinnbringend in Indien umzusetzen, ist zu einem großen Teil auf ihre Kenntnis der indischen Kultur zurückzuführen, die es ihnen ermöglicht, technische Fortschritte und betriebliche Umstrukturierungsprozesse sehr viel besser als ausländische Investoren in Indien zu implementieren. Diese Pioniere der wirtschaftlichen Aufbauarbeit gehören heute zu den reichsten Männern Indiens und genießen hohes öffentliches Ansehen.⁴¹ Der Erfolg der heimkehrenden Softwarespezialisten wirkt auf die Jugend in Indien motivierend und führt zu Nachahmungseffekten.

Die Auswanderung in die USA hat sich so auch in den 1990er Jahren weiter fortgesetzt. Seitdem die amerikanische Regierung zur Deckung des Bedarfs an Computerexperten in der eigenen Softwareindustrie im Jahr 1990 eine besondere Visa-Kategorie für Spezialisten aus dem Ausland (H1-B) eingeführt hat⁴², wandern jährlich weitere Zehntausende von indischen Softwareexperten in die USA und sind dort in US-amerikanischen Softwarefirmen beschäftigt. Die Tendenz ist weiter steigend, wie die aktuellen Zahlen der in den USA angeworbenen technischen Eliten zeigen. Allein im Zeitraum zwischen Oktober 1999 und Februar 2000 beantragten und erhielten mehr indische Spezialisten ein H1-B Visum (34.381) als sonst im Laufe eines gesamten fiskalischen Jahres (1996: 29.239). Fast die Hälfte aller über diese Visa-Kategorie eingewanderten Spezialisten und drei Viertel aller eingewanderten Softwareexperten in den USA stammt heute aus Indien. Ein Teil der indischen Softwarespezialisten geht nach Ablauf der Aufenthaltsberechtigung von maximal sechs Jahren zurück nach Indien, ein anderer Teil erwirbt ein permanentes Aufenthaltsrecht in den USA. Beide Gruppen tragen dazu bei, daß sich enge transnationale soziale Netzwerke zwischen beiden Ländern ausbilden. Es steht für alle Beobachter des indischen Softwarebooms außer Frage, daß ohne diese Migranten eine derartige Entwicklung kaum möglich gewesen wäre.

41 Ebd.

42 Demetrios G. Papademetriou/Stephen Yale-Loehr, *Balancing Interests: Rethinking U.S. Selection of Skilled Immigrants*, Washington, DC 1996.

Schaubild 2: Erteilte H1-B Visa für die USA nach ausgewählten Nationalitäten im Zeitraum Oktober 1999 bis Februar 2000



Quelle: U.S. Immigration and Naturalization Service, Characteristics of Specialty Occupation Workers (H-1B): October 1999 to February 2000, Washington 2000, S. 2.

Schlußfolgerungen und Hypothesen

Das Beispiel der indischen ›Software-Migranten‹ zeigt, daß die Beurteilung der Elitenmigration von Entwicklungs- in Industrieländer unter Kosten-Nutzen-Aspekten nicht immer einseitig ausfallen muß. Auch das Entwicklungsland kann von der Migration seiner Eliten durchaus profitieren, und dies gilt nicht allein unter den Gesichtspunkten von Kapitaltransfer oder Entlastungseffekten für den Arbeitsmarkt. Wenn es zu einem fruchtbaren Prozeß der Hin- und Rückwanderung von Eliten und zur Ausbildung transnationaler sozialer Netzwerke kommt, können unter entsprechenden staatlichen Rahmenvoraussetzungen positive Entwicklungsprozesse im Herkunftsland der Migranten ausgelöst werden. Im Idealfall kann dies zu einem sich selbst tragenden Aufschwung führen, der ohne die von den Migranten ausgehenden Impulse kaum möglich wäre.

Migration und insbesondere Elitenmigration aus Entwicklungs- in Industrieländer ist ein modernes Phänomen, das in Zukunft im Zuge der Globalisierung noch zunehmen wird. Schätzungen gehen heute davon aus, daß etwa 1 bis 1,5 Millionen hochqualifizierter Menschen aus Entwicklungsländern in den OECD-Ländern leben und arbeiten.⁴³ Was man bisher als ›Brain-Drain‹ angesehen und politisch beklagt hat, sollte nun angesichts des Pionierbeispiels Indien zukünftig verstärkt unter dem Aspekt eines potentiellen ›Brain-Gain‹ betrachtet werden. Es ist unter entwicklungstheoretischer Perspektive zu fordern, im konkreten Fall zunächst einmal zu prüfen, ob tatsächlich eine Knappheit an Eliten in dem jeweiligen Entwicklungsland besteht und ob die Abwanderung dieser Gruppe daher per se negativ zu beurteilen ist. Im Fall Indien zeigt sich, daß jahrelang ein Akademikerüberschuß produziert wurde, der eine Voraussetzung für eine Elitenmigration ohne ›Brain-Drain‹-Effekte war und sich im Nachhinein als überaus günstig für das Land erwiesen hat.

Damit ist ein neuer Migrationstyp sichtbar geworden, der bisher wenig untersucht worden ist. Nicht der ›Transmigrant‹ an sich und das Phänomen der transnationalen sozialen Netzwerkbildung allein ist entscheidend, sondern vielmehr die Funktion der Migranten als Wirtschaftssubjekte bzw. Unternehmer, die entweder aus dem Ausland ökonomische Beziehungen für ihr Land realisieren können oder als Rückkehrer die besten Entwicklungshelfer für ihr Land sind, weil sie wie kein anderer das Know-how der westlichen Industrieländer und die intime Kenntnis der Entwicklungsvoraussetzungen im Heimatland in einer Person vereinen. Ein Modell, das zeigt, unter welchen Voraussetzungen solche Migranten ihre in Industrieländern gewonnenen technischen, sozialen und ökonomischen Kenntnisse in den sozio-ökonomischen Entwicklungsprozeß ihres Herkunftslandes einbringen können, vermag der Migrationstheorie⁴⁴ wie der internationalen Entwicklungs-

43 Heiko Körner, ›Brain-Drain‹ aus Entwicklungsländern, in: IMIS-Beiträge, 1996, Nr. 11, S. 55–64, hier S. 56; Felicitas Hillmann, Green Cards für die Hugenotten von morgen? Die weltweite Wanderung von Hochqualifizierten. Ein Vergleich zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Deutschland, in: Frankfurter Rundschau, 26.4.2000.

44 James F. Hollifield, The Politics of International Migration: How Can We ›Bring the State Back In?‹, in: Axel Schulte/Dietrich Thränhardt (Hg.), Internationale Migration und freiheitliche Demokratien (Jahrbuch Migration 1999/2000), Münster 1999, S. 21–76.

zusammenarbeit⁴⁵ neue Impulse zu geben und dazu beizutragen, sie aus ihrem ›Schattendasein‹⁴⁶ herauszuführen.

Grundlage hierfür ist eine umfassende Analyse der sozio-strukturellen Entwicklungsvoraussetzungen (z.B. in Hinsicht auf das Erziehungssystem⁴⁷, einen daraus resultierenden Qualifikationsüberschuß, eine marktorientierte Entwicklungsstrategie und eine offene Wanderungspolitik) als auch der bestehenden historischen und kulturellen Beziehungen zwischen Herkunfts- und Aufnahmeland (z.B. gemeinsame Sprach- bzw. Kolonialgeschichte⁴⁸), die für die spezifische Dynamik von Wanderungsprozessen und die Herausbildung transnationaler sozialer Netzwerke vermutlich von entscheidender Bedeutung sind. Die Offenlegung des komplexen sozio-ökonomischen, politisch-historischen und kulturellen Bedingungsgeflechts schafft die Voraussetzungen dafür zu klären, ob die am empirischen Beispiel gewonnenen Erkenntnisse und plausibilisierbaren Vermutungen sich auch mit Blick auf die Entwicklung anderer Länder und Wanderungsgruppen bestätigen lassen.

Daß eine solche Sichtweise in der Politik mehr und mehr an Bedeutung gewinnt, aber wissenschaftlich kaum ausreichend abgeklärt ist, zeigt die aktuelle Green-Card-Debatte in Deutschland um die Anwerbung indischer Softwarespezialisten. Bei dieser Debatte standen eher simple Konzepte über transnationale Elitenmigration im Vordergrund. Die Frage nach den Möglichkeiten transnationaler Wirtschaftszusammenarbeit zwischen deutschen Softwarefirmen und wieder in ihre Heimat zurückkehrenden, ausländischen Software-Migranten, von der beide Partnerländer profitieren können, wurde dagegen nur vereinzelt aufgeworfen.⁴⁹ Angesichts der hohen Anmeldezahlen von Softwareexperten aus Staaten Mittel- und Osteuropas ist die Entwicklung des ›amerikanisch-indischen Software-Raums‹ aber gerade auch für die deutsche Wirtschaft und die Ökonomien der Schwellenländer in Osteuropa relevant. Ein Perspektivenwechsel vom ›Brain-Drain‹ zum ›Brain-Gain‹ in der Migrationsforschung wie in der Entwicklungstheorie erscheint deshalb zukunftsweisend und vielversprechend.

45 Franz Nuscheler, Gegen den entwicklungspolitischen Pessimismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 12, 1996, S. 3–10; Ulrich Menzel, Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der großen Theorie, Frankfurt a.M. 1992.

46 Paul Kevenhörster, Das Schattendasein der Entwicklungspolitik, in: Internationale Politik, 1996, Nr. 4, S. 19–24.

47 Jon W. Meyer/Fransisco O. Ramirez/Yasemin Soysal, World Expansion of Mass Education, 1879–1980, in: Sociology of Education, 65. 1992, S. 128–149.

48 Dietmar Rothermund, Indiens wirtschaftliche Entwicklung, Paderborn 1985.

49 Wiemann, Von Indien lernen! Entwicklungspolitische Bewertung der Anwerbung qualifizierter Arbeitskräfte.

Wolfgang Mayer

Überlebensstrategie ›Exode‹

Eine empirische Fallstudie aus der Region Nara im Sahel

Die vorliegende Studie ist das Ergebnis einer Fragestellung praktischer Entwicklungshilfearbeit. Die Erhebung der zentralen empirischen Daten erfolgte durch Interviews von zurückgekehrten Migranten in elf Dörfern des malischen Arrondissement Central de Nara im nördlichen Sahel. Ausgewertet wurden die Angaben über 500 einzelne Wanderungen von 177 Männern. Nach der ethnischen Herkunft handelt es sich um 321 Sarakollé (= Soninke), 178 Mauren und einen Bambara.

Die elf Dörfer liegen im Interventionsgebiet der Landesarbeitsgemeinschaft Bayern Entwicklungshilfe Mali e.V. (kurz: LAG Malihilfe) mit Sitz in Nürnberg, die als Spendenorganisation in Partnerschaft mit dem Deutschen Entwicklungsdienst (DED), gefördert vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) und unterstützt von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in der malischen Hauptstadt Bamako seit Anfang der 1980er Jahre in dieser Region ›Hilfe zur Selbsthilfe‹ leistet. Den Schwerpunkt der Maßnahmen bilden Brunnenbau, Alphabetisierungs- und Kreditprogramme sowie die Entwicklung von Dorfstrukturen zum adäquaten Management der Naturraumpotentiale für die landwirtschaftliche Produktion. Entwicklungsfortschritte werden in der Region jedoch erschwert durch die Knappheit an Arbeitskraft und fehlende Einkommensmöglichkeiten – nicht zuletzt wegen der schlechten Voraussetzungen, über die Subsistenzwirtschaft hinaus landwirtschaftliche Überschüsse zu produzieren. Ein wichtiger Grund für die Knappheit an Arbeitskraft ist eine massive Migration der Männer im mittleren Alter.

Auf Dorfversammlungen wird jedenfalls sowohl von den Dorfältesten als auch von den Frauen regelmäßig die Klage über den ›Exode‹ der Männer artikuliert. Angemerkt wird dabei immer wieder, daß sich die Hälfte der Männer im besten Arbeitsalter gerade auf Wanderschaft befinde. Die Frauen vermissen zudem die ›moralische Unterstützung‹ durch die abwesenden Männer. Die Verantwortlichen der LAG Malihilfe beschlossen deshalb 1996, Detailinformationen über dieses Phänomen von der angestellten malischen Projektmannschaft sammeln zu lassen. Eine Vermutung war, daß die Migranten in der Fremde Know-how erwerben, das eventuell alternativ auch in

der Heimat für einen Einkommenserwerb genutzt werden könnte. Damit war das Erkenntnisinteresse definiert.

Unter Anleitung der Projektleitung vor Ort befragten zwischen März und Mai 1997 Mitglieder der malischen Projektmannschaft während ihrer turnusmäßigen Dorfbesuche die Männer mit Hilfe eines standardisierten Fragebogens. Die Standardisierung ermöglichte den Einsatz unterschiedlicher Interviewer und die grundsätzliche Vergleichbarkeit des später in Deutschland ausgewerteten Materials. Die Befragten machten zum Teil sehr detaillierte Angaben. In einem Kulturkreis, in dem mangels Alphabetisierung keine Niederschriften vorhanden sind und in dem die orale Überlieferung ein hohes Niveau hat, ist von der hinlänglichen Verlässlichkeit des Erinnerungsvermögens und der Daten auszugehen.¹

Zu einer Verzögerung bei der Auswertung kam es, weil im Anschluß an die Befragung einer der Angestellten mit einem Stapel der ausgefüllten Fragebogen verschwand. Erste Resultate der Befragung wurden Anfang Juni 1998 in einem Planungsworkshop der LAG Malihilfe in Bamako vorgestellt und diskutiert.² Zur Ergänzung und Abrundung des Datenmaterials wurde im September 1998 ein malischer Soziologe mit einer zusätzlichen Befragung in zwei Pilotdörfern beauftragt. Wiederum auf der Basis zweier standardisierter Fragebogen ging es bei dieser Sonderuntersuchung zum einen um die Erhebung sozio-demographischer Daten, die systematisch alle Familienmitglieder in einem Haushalt (= Gehöfte) erfaßte. Zum anderen wurden 87 Männer, die aus dem Exode zurück gekehrt waren, detailliert zu den Bedingungen der Migration und ihrer Rückkehr befragt.

Migration als sozialer und ökonomischer Faktor in Westafrika

Die Bewohner des nördlichen Sahel befinden sich inmitten eines allgemeinen Transformationsprozesses. Die Geschwindigkeit der Transformation wird allerdings unterschiedlich eingeschätzt, ebenso die Bedeutung der verschiedenen Determinanten für diesen Prozeß. Von einigen Forschern wird den Gesellschaften in Westafrika generell eine hohe Innovationsbereitschaft attestiert³, während andere Veränderungsprozesse erst dann feststellen, wenn zwei oder drei Generationen mit Ideen und mit der Warenzirkulation in der

-
- 1 Zur Bedeutung der oralen Überlieferung im afrikanischen Kontext s. Joseph Ki-Zerbo, *Histoire de l'Afrique noire*, Paris 1972, S. 17f.
 - 2 Für wichtige Hinweise in der Diskussion sei insbesondere der Projektkoordinatorin Frau Isabella Fischer vom Deutschen Entwicklungsdienst (DED) und ihrem malischen Stellvertreter Herrn Salif Touré gedankt.
 - 3 Antony Gerald Hopkins, *An Economic History of West Africa*, London 1975, S. 222.

Außenwelt ihres Dorfes in Berührung gekommen sind.⁴ Untersuchungen zu sozialen Fragen oder zu Einflüssen in dieser Region haben zwangsläufig Implikationen auf den gesellschaftlichen Wandel⁵ in den untersuchten Dörfern – was auch für die vorliegende Studie zutrifft.

Die gesellschaftlichen Verhältnisse in den Dörfern im Raum Nara sind komplexer und komplizierter, und damit auch konfliktbeladener, als es auf den ersten Blick zu vermuten ist. Die Anwendung moderner Evaluationsmethoden als Instrument einer zielgruppenorientierten Analyse und Planung des LAG-Projekts deckte zahlreiche Interessenkonflikte und divergierende Zukunftsvisionen, z.B. zwischen Männern und Frauen, Alten und Jungen, Bauern und Herdenbesitzern, in den hier untersuchten Dörfern auf. Im Denkschema von Bewohnern mancher Maurendörfer sind sogar noch Relikte traditioneller Sklavenhalterbeziehungen verankert⁶, während gleichzeitig Repräsentanten eines modernen Staatsapparates Steuern als neue Form des Tributs verlangen und Repräsentanten einer neuen Bourgeoisie ihre Pfründe zu sichern versuchen. Dazu kommt ein (zumindest für die nicht-maurische Bevölkerung) neuer, religiöser Führungsanspruch islamischer Marabuts, der sich in den Dörfern äußerlich durch Moscheebauten manifestiert und zunehmend animistische Bräuche verdrängt. Politische Organisationsformen, das ökonomische System, soziale Strukturen und Religionsformen sind zugleich in Bewegung. In diesem Transformationsprozeß ist davon auszugehen, daß bestimmte Formen der Migration für zusätzliche soziale Turbulenzen sorgen.

Sozial- und wirtschaftsräumliche Veränderungen aufgrund von Migration haben in Afrika eine lange Tradition. Den ersten Höhepunkt erreichten die Wanderungen durch Umsiedlungen auf der Flucht vor Sklavenjägern, die im 17. bis 19. Jahrhundert europäische Kaufleute belieferten; trotzdem wurden in der größten mit Gewalt erzwungenen Völkerwanderung der Geschichte der Menschheit⁷ noch rund zehn Millionen Afrikaner zu den Plantagen in der Neuen Welt Amerikas verschleppt. Eine zweite Hauptphase begann mit dem Zustrom zu den neuen landwirtschaftlichen Export-Mono-

4 Elliot J. Berg, Backward-Sloping Labour Supply Functions in Dual Economies: The Africa Case, in: Quarterly Journal of Economics, 75. 1961, S. 394–412.

5 Zu den historischen Wandlungsvorgängen s. Wolfgang Mayer, Penetration und Transformation in Französisch-Westafrika. Eine historische Studie zum Problem der Unterentwicklung, Frankfurt a.M./Bern 1977.

6 Entwicklungshelfer erlebten in einem der malischen Maurendörfer den Auftritt eines ›maitre‹ aus Mauretania, der als vermutlicher Nachkomme des einstigen Sklavenhalters von der Bevölkerung (als Nachkommen der Sklaven) als spiritueller Führer verehrt wurde.

7 Basil Davidson, Vom Sklavenhandel zur Kolonisierung. Afrikanisch-europäische Beziehungen zwischen 1500 und 1900, Reinbek 1966, S. 12.

kulturen in den Küstenregionen des Kontinents seit Beginn des 20. Jahrhunderts. Schon in den Dokumenten der französischen Kolonialverwaltung um das Jahr 1910 wird auf das Phänomen hingewiesen, daß sich die Arbeitskräfte an der Elfenbeinküste aus dem Gebiet des damaligen Französisch-Sudan (dem heutigen Mali) rekrutierten. Für Erwerbsdruck sorgte nicht zuletzt die Einführung von Kopfsteuern in den meisten Kolonialgebieten; die von der Kolonialverwaltung aufoktroierte Zwangsarbeit verstärkte die Wanderungsbewegungen.

Nach Antony Gerald Hopkins zogen die Erdnußplantagen im Senegal und in Gambia in den 1920er Jahren jährlich 60.000 bis 70.000 Saisonarbeiter an, die Kakaoplantagen an der Goldküste in den 1950er Jahren sogar rund 150.000 bis 200.000.⁸ Samir Amin geht davon aus, daß Arbeitsmigration überhaupt erst die Voraussetzung dafür schuf, daß eine exportorientierte Wirtschaft entstehen konnte.⁹ Die Herkunftsgebiete der Migranten hätten sich nie aus sich selbst heraus entwickelt – der Arbeitskrafttransfer sei deshalb ein ›Geschenk‹ der ärmeren an die reicheren Regionen, die davon profitierten.¹⁰ So stellten Mitte der 1960er Jahre Immigranten zwei Drittel bis drei Viertel der Arbeitskraft in den Plantagen im Süden der Elfenbeinküste und in Abidjan.¹¹ Amin belegt allerdings einen ab den 1950er Jahren rückläufigen Anteil der saisonalen Migration.¹²

Im Unterschied zu den historischen Wanderungen wird die zeitgenössische Migration trotz aller Zwänge, die etwa die Besteuerung ausübte, von der Mehrzahl der Wissenschaftler als freiwillige Arbeitsmigration verstanden und in ihren Auswirkungen gemessen an den Veränderungen der gesellschaftlichen Strukturen.¹³ Nach der Migrationsdauer lassen sich saisonale, längerfristige und definitive Wanderungen unterscheiden.¹⁴ Im Unterschied zu den genannten historischen Bewegungen zwischen verschiedenen Räumen und abgesehen von temporären Fluchtbewegungen vor Bürgerkriegen fehlen heute externe Initialzündungen. Es handelt sich vielmehr um verselbständigte Verhaltensmuster.¹⁵ In verschiedenen Untersuchungen wurden ganz unterschiedliche individuelle Motive für den Aufbruch in die Fremde

8 Hopkins, *An Economic History of West Africa*, S. 223f.

9 Samir Amin (Hg.), *Modern Migration in Western Africa*, London 1974, S. 106f.

10 Ebd., S. 106.

11 Ebd., S. 76.

12 Ebd., S. 74f.

13 Jean-Loup Amselle (Hg.), *Les migrations africaines*, Paris 1976, S. 28f.; Amin (Hg.), *Modern Migrations in Western Africa*, S. 66f.

14 Wolfgang Mayer/Alfred Schmidt, *Kapitalistische Durchdringung und Mobilität von Arbeitskraft in Westafrika*, in: Hartmut Elsenhans (Hg.), *Migration und Wirtschaftsentwicklung*, Frankfurt a.M. 1978, S. 117–155, hier S. 119.

15 Ebd., S. 147.

identifiziert – teils ökonomische, teils normative Zwänge bis hin zur Arbeitsmigration als einer Art Initiationsritual.¹⁶ Manche afrikanische Soziologen sprechen im Fall der Land-Stadt-Wanderung auch von einem mechanischen Prozeß.¹⁷ In der Literatur taucht sogar der Begriff der psychosozialen Migration auf.¹⁸

Die Wanderungen führen in jedem Fall zu einem Defizit an Arbeitskraft in den Herkunftsgebieten. Sie verringern gleichzeitig die personellen Kapazitäten für eine angepaßte dörfliche Organisation, die für ein Ressourcenmanagement nötig wären. Aus der Erfahrung praktischer Entwicklungshilfearbeit heraus sind mangelnde Potentiale zur Bildung von Dorfkomitees unterhalb der Ebene der Versammlung der Dorfältesten sogar schwerwiegender als der Mangel an bloßer Arbeitskraft.

Nach herkömmlichem Verständnis kehren die Migranten mit Erfahrungen heim, die den gesellschaftlichen Transformationsprozeß fördern. Mit den Erfahrungen sind Normen verbunden, die im Widerspruch zu den traditionellen Werten der Dorfbevölkerungen stehen und ein Transformationspotential darstellen. Dieses Potential ist zunächst wertneutral. Es kann entwicklungsfördernd wirken – das dieser Studie zugrunde liegende Erkenntnisinteresse und die Ergebnisse gehen letztlich von dieser Variante aus. Das Transformationspotential kann aber auch zum latenten oder gar manifesten Konfliktpotential werden, wenn z.B. der Zusammenbruch der traditionellen gesellschaftlichen Hierarchiesysteme droht. Eines der Prinzipien, die in Frage gestellt werden können, ist die Erbfolge im Amt des Dorfhofs, der in den hier untersuchten Dörfern traditionell der Familie des Dorfgründers entstammt.

Die malischen Diskussionsteilnehmer am Planungsworkshop der LAG Malihilfe assoziierten mit dem Exode den Prozeß eines ›Kulturschocks‹. Die Existenz von fließendem Wasser und Strom in der Fremde ist allein schon eine sensationelle Erfahrung. Tiefgreifend ist vor allem aber die Konfrontation mit der Individualität¹⁹: Auf der Wanderung und am Zielort ist der einzelne plötzlich nicht mehr in das gewohnte soziale Netz des Familienverbundes und der Dorfgemeinschaft eingebunden, sondern – auch bei gemeinsamer Wanderung – auf sich allein gestellt. Er muß sich nun im Exi-

16 Einen Überblick über ältere Forschungen gibt Josef Gugler, On the Theory of Rural-Urban Migration. The Case of Subsaharan Africa, in: John A. Jackson (Hg.), Migration, Cambridge 1969, S. 134–155.

17 Oshomha Imoagene, Some Sociological Aspects of Modern Migration in West Africa, in: Amin (Hg.), Modern Migrations in Western Africa, S. 343–357, hier S. 348.

18 Ebd., S. 353.

19 Diese Erscheinung wird schon in Quellen aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts beschrieben; Mayer, Penetration und Transformation in Französisch-Westafrika, S. 277–279.

stenzkampf in einer Wettbewerbssituation behaupten. Die Individualität manifestiert sich schließlich am Erlebnis, daß für individuelle Arbeit ein individueller Lohn bezahlt wird. Daheim dominiert dagegen immer noch die Rechtsform der Gemeinschaftsfelder, die gemeinsam bewirtschaftet werden und deren Ertrag gemeinsam genutzt wird.

Der Ersatz kollektiver Subsistenzerhaltung im Heimatdorf durch eine Existenzsicherung mit individueller Entlohnung von Arbeit in der Fremde ist subjektiv eine revolutionäre Erfahrung. Individualität als neue Norm der zurückkehrenden Migranten kann zumindest potentiell als Impuls zu neuen Denkweisen und zu einer gesellschaftlichen Veränderung in den Heimatdörfern beitragen. Dies führt aber noch nicht automatisch zu einer Strukturveränderung in Richtung auf eine Modernisierung traditioneller Subsistenzwirtschaften.²⁰ Oshomha Imoagene stellt sogar fest: »Am Ende ihrer Karriere in der Stadt nehmen die gezwungenen Migranten im Dorf ihr Stammesleben wieder auf, so als hätten sie es nie verlassen.«²¹

In diesem Kontext findet man im Sahel auch Abwehrversuche gegen fremde Wertssysteme. Oft heißt es in der Praxis: Der älteste Sohn des Dorfchefs, der als Nachfolger in dieser Funktion designiert ist, darf nicht in den Exode gehen – weil befürchtet wird, »daß er den Geist verändert«, wie Erfahrungen aus dem Interventionsgebiet der LAG Malihilfe zeigen.²² Allein die Abwesenheit bei Bestattungsfeiern im Dorf kann, wie berichtet wird, als eine Mißachtung der Gemeinschaft und damit negativ gewertet werden.

Das Veränderungspotential aufgrund neuer normativer Erfahrungen wird nicht dadurch geschmälert, daß die Migranten in den Zielorten kaum in das sozioökonomische und sozialpolitische Leben eingebunden sind. Jean-Marie Gibbal²³ hat in einer – wenn auch älteren – empirischen Untersuchung die gesellschaftliche Realität in einer afrikanischen Großstadt am Beispiel Abidjan nachgezeichnet. Er klassifiziert die Bevölkerung als Bürger, Neubürger und ländliches Proletariat und ordnet jeder dieser Gruppen ganz unterschiedliche ökonomische Bedingungen und Verhaltensformen zu. Gerade die letztere Gruppe, zu der die hier untersuchten Migranten zählen, lebt wäh-

20 Mayer/Schmidt, Kapitalistische Durchdringung und Mobilität, S. 133.

21 Imoagene, Some Sociological Aspects of Modern Migration, S. 348.

22 Im Dorf Keybane-Maure mußten alle Entwicklungshilfemaßnahmen wegen hoffnungsloser Zerstrittenheit der Bewohner vorübergehend aufgegeben werden. Als der alte Dorfchef starb, wurde sein Sohn als Nachfolger nur vom kleineren Teil der Bevölkerung anerkannt, weil der Sohn lange Zeit in Kongo-Brazzaville gelebt hatte und erst nach dem Tod des Vaters zurückgekommen war. Die Ablehnung begründeten die Dorfältesten mit dem Argument, er sei durch den »Exode« von einem »anderen Geist« beseelt worden.

23 Jean-Marie Gibbal, Citadins et villageois dans la ville africaine – d'exemple d'Abidjan, Grenoble 1974.

rend ihres Aufenthaltes in der fremden Stadt getrennt nach ethnischen Gemeinden.

Das Solidaritätsgefühl mit dem Heimatdorf bleibt in der Regel bestehen. Gibbal und andere Autoren weisen allerdings auf das Entstehen neuer Solidaritätsbeziehungen hin: Freiwillige, meist ethnische Assoziationen dienen als soziales Netz und haben Schutzfunktion gegenüber der Nachbarschaft. Diese Assoziationen wirken ambivalent, indem sie einerseits den sozialen Wandel bremsen und die Integration in das urbane Umfeld behindern, andererseits neue Sozialbeziehungen erschließen.

Die Heimat der Migranten

Die Situation der Dörfer

Die Dörfer²⁴, aus denen die befragten Migranten stammten, haben die Namen Bergénaré, Chedem II, Diagaba, Djalloubé, Dougouni, Kabida-Soninke, Keybane-Maure, Keybane-Soninke, Madina, Nima-Bellebougou und Touboudrane. Aus verschiedenen, LAG-intern angefertigten Dossiers von 1996 stammen folgende Angaben:

- *Bergénaré*: Vor über 100 Jahren gegründet und erst vom vierten (inzwischen 70jährigen) Dorfchef geführt; 435 Einwohner. 50 Touren von Sarakollé erfaßt.
- *Chedem II*: Vor rund 100 Jahren als Aussiedlung vom benachbarten Dorf Chedem I gegründet. Als das Dossier im Oktober 1996 erstellt wurde, war der letzte Dorfchef eineinhalb Jahre zuvor gestorben, und es war immer noch keine Nachfolgeregelung gefunden; 175 Einwohner. 37 Touren von Mauren erfaßt.
- *Diagaba*: Der Ort wurde vor rund 100 Jahren gegründet, keine Bevölkerungszahlen erhältlich. Im Dossier heißt es: »Das Fehlen eines Zusammenhalts im Dorf nimmt viel von seiner Kraft weg«. 27 Touren von Sarakollé erfaßt.
- *Djalloubé*: Vom Maurenstamm der Kabylen im heutigen Mauretanien gegründet; 464 Einwohner. 75 Touren von Mauren erfaßt.
- *Dougouni*: Anfang des 17. Jahrhunderts durch Ansiedlung von zehn Familien gegründet. Heute 627 Einwohner. Nach über 380 Jahren amtiert jetzt erst der neunte Dorfchef; er ist es seit seinem 12. Lebensjahr, hat inzwischen das 76. Lebensjahr erreicht. 18 Touren von Mauren, 4 von Sarakollé erfaßt.

24 Nicht berücksichtigt wird in der vorliegenden Untersuchung, ob es sich um ›echte‹ Dörfer nach den Kriterien der Administration oder nach der Definition nur um sog. ›hameaux‹ (Weiler) handelt, die verwaltungsmäßig einem ›echten‹ Dorf unterstehen.

- *Kabida-Soninke*: Vor etwa 150 Jahren gegründet. Im Dossier werden unter den Festen ausdrücklich Initiationsriten und Beschneidungszeremonien genannt; 1.349 Einwohner. 42 Touren von Sarakollé, 16 Touren von Mauren erfaßt.
- *Keybane-Maure*: Entstanden als Neuansiedlung von Mauren, die ihr altes Dorf wegen Wassermangels verließen. Im Dossier heißt es: »Seit dem Tod des ehemaligen Dorfchefs vor eineinhalb Jahren ist das Dorf gespalten. Der jetzige Dorfchef wird von 152 Familien unterstützt, 29 Familien sind im Lager der Familie Dicko, die den ehemaligen Dorfchef stellte«; 1.526 Einwohner. 32 Touren von Mauren erfaßt.
- *Keybane-Soninke*: Vor gut 50 Jahren als Ausgründung von Keybane-Maure besiedelt. Als Resümee heißt es im Dossier: »Der Exode und die fehlende Autorität des Dorfchefs sind blockierende Faktoren bei der Entwicklung der dörflichen Organisation«; 1.159 Einwohner. 54 Touren von Sarakollé erfaßt.
- *Madina*: Entstanden als Neuansiedlung von Sarakollé, die ihr altes Dorf verließen, um der von der französischen Kolonialverwaltung geforderten Zwangsarbeit zu entgehen. Keine aktuellen Bevölkerungszahlen erhältlich. Anmerkung im Dossier: »Unterscheidungsmöglichkeit zwischen ›noblen‹ Familien und einer Kaste, die keine Mittel zur Heirat hat«. 23 Touren von Sarakollé erfaßt.
- *Nima-Bellebougou*: Im Dossier heißt es: »Der Exode beeinflußt die Aktionen des Projekts LAG, so gering sie auch sein mögen«; keine aktuellen Bevölkerungszahlen erhältlich. 51 Touren von Sarakollé, 1 Tour von Bambara erfaßt.
- *Toumboudrane*: Vor gut 100 Jahren gegründet. Der Dorfchef war zum Zeitpunkt der Erhebung 88 Jahre alt; wegen seines hohen Alters setzten die Dorfältesten schon vor zehn Jahren einen Amtsverwalter ein. Im Dossier steht als Kennzeichnung der Situation im Dorf: »Mangel an Arbeitskraft als Folge des Exode, aber auch Gewinne dank des Exode«; 1.115 Einwohner. 70 Touren von Sarakollé erfaßt.

Insgesamt scheint das Gebiet um Nara auf den ersten Blick für menschliche Besiedlung wenig geeignet zu sein. Bevölkerungsdruck von Norden (durch die zunehmende Desertifikation) ebenso wie von Süden (durch die Übervölkerung des Niger-Flusstals) sorgten dennoch vor allem vor rund 100 Jahren für Ansiedlungen. Die Dörfer weisen allerdings heute noch Bevölkerungszuwachs auf. Hochrechnungen (aus wenn auch fragmentarischen Daten der regionalen Behörden) ergeben, daß die Bewohnerzahl im untersuchten Gebiet in den zehn Jahren zwischen 1986 und 1996 um rund 32% von 6.400 auf 8.350 gestiegen ist.

Selbst im Januar bei einem relativ niedrigen Stand der Mittagssonne erreichen die Temperaturen häufig über 40 Grad, und der Wind des Hamattan

treibt den Sand in alle Poren der Haut. Die Dörfer sind nur durch Eselskarrenpfade erreichbar und untereinander verbunden. Eine spärliche Energieversorgung wird allein durch Brennholz von speziellen Baum- und Straucharten gewährleistet. Die Vegetation ist karg, wie typisch für den nördlichen Sahel. Die Existenz der Bevölkerung durch Subsistenzwirtschaft ist nur unzulänglich gesichert. Wasserknappheit prägt den Alltag der Menschen. Von Juli bis September dauert die bange Zeit der Hoffnung auf Regenschauer. In Tümpeln, ›Mare‹ genannt, sammelt sich dann für wenige Wochen, höchstens bis Februar Wasser. Abseits der Mare und außerhalb der Regenzeit bilden Brunnen die einzige Wasserversorgung. In den meisten Dörfern hat erst die LAG Malihilfe Brunnen installiert; die Bohrungen stießen in Tiefen zwischen 20 und 40 m auf Wasser.

Einkommensmöglichkeiten außerhalb der Subsistenzwirtschaft gibt es kaum – auch keinen ›informellen Sektor‹. Die geographischen und klimatischen Bedingungen erlauben keine Anlagen von großflächigen Agrarkulturen. Der Exode bietet demnach tatsächlich die einzige Chance zum Gelderwerb – er ist auf jeden Fall in schlechten Erntejahren Überlebensstrategie. Mangels Kaufkraft sind in den Dörfern mit ihren Hütten in traditioneller Lehmbauweise nicht einmal Händler ansässig, nur einige wenige Handwerker zur Herstellung von landwirtschaftlichen Geräten (Hacken) oder Haushaltsgeräten (Hirsestampfer) leben im Dorf. Einkäufe, sofern möglich, erfolgen auf dem Montagsmarkt in der Verwaltungsstadt Nara (mit rund 6.000 Einwohnern).

Nara ist von der Struktur her nicht viel mehr als ein größeres Dorf. Von der malischen Hauptstadt Bamako aus ist der Ort auf einer Tagestour über eine Schotter- und Sandpiste erreichbar. Nara hat keinen Strom-, aber immerhin seit wenigen Jahren Wasseranschluß. Der Montagsmarkt im Ort ist ein zentraler Waren- und Viehumschlagsplatz im nordwestlichen Sahel und einer der farbenprächtigsten in Mali. Der Markt ist Schnittstelle im Güterverkehr zwischen Mauretanien und der Elfenbeinküste im Süden sowie dem Nigerbogen im Osten. Insbesondere für die Chefs der Dörfer in der Umgebung ist er eine Kommunikationsplattform; der regelmäßige Marktbesuch ist ein eingeführter Brauch.

Die relativ junge Besiedlung der meisten Dörfer in der Region²⁵ bedeutet, daß der Exode für die Bewohner der hier untersuchten Dörfer noch keine allzu lange Tradition hat. Von den 500 erfaßten Touren begannen nur 20 vor 1970. In drei Fällen wurde das Jahr 1960 als Zeitpunkt der ersten Tour genannt.

25 Nur im Dorf Koli, das aber nicht in die Untersuchung einbezogen wurde, berichten die Dorfältesten von rund 1.600 Jahren Dorfgeschichte. Zentrum des Dorfes war ein ›heiliger Brunnen‹, mit dem sich zahlreiche Riten verbinden und dessen Relikte heute noch sichtbar sind.

Die soziodemographische Struktur der Dörfer

Bei der Sonderuntersuchung zur soziodemographischen Struktur wurden Erhebungen in den Dörfern Keybane-Soninke und Djalloubé vorgenommen. Bei dieser Stichprobe ergab sich folgende Struktur:

Tabelle 1: Daten zur Sozialstruktur in den Dörfern Keybane-Soninke und Djalloubé

	Keybane-Soninke	Djalloubé
Untersuchte Haushalte	81 – mit 1.159 Mitgliedern (= Ø 14,3)	71 – mit 464 Mitgliedern (= Ø 6,5)
Von Exode betroffen	43 Haushalte = 53,1%	27 Haushalte = 38,0%
Männer im Haushalt	645 (= 55,7%)	253 (= 58,1%)
davon 14–60 Jahre	451 (= 69,9% von 645)	159 (= 62,8% von 253)
davon im Exode	99 (= 22,0% von 451)	30 (= 18,9% von 159)
Frauen im Haushalt	514	211
Familienchefs	81	71
ohne Ehefrau	5	4
mit einer Ehefrau	48	64
mit zwei Ehefrauen	24	3
mit drei Ehefrauen	4	–
<i>Ehefrauen der Chefs</i>	<i>108</i>	<i>70</i>
Brüder der Chefs	70	30
davon im Exode	24	9
<i>Schwägerinnen der Chefs</i>	<i>57</i>	<i>4</i>
<i>Schwestern der Chefs</i>	<i>6</i>	<i>19</i>
Söhne der Chefs	286	128
davon im Exode	56	21
<i>Schwiegertöchter der Chefs</i>	<i>54</i>	<i>23</i>
<i>Töchter der Chefs</i>	<i>127</i>	<i>64</i>
Enkel der Chefs, männlich	71	12
davon im Exode	2	–
<i>Enkeltöchter der Chefs</i>	<i>49</i>	<i>4</i>
Neffen der Chefs	136	11
davon im Exode	17	–
<i>Nichten der Chefs</i>	<i>85</i>	<i>5</i>
<i>Mütter der Chefs</i>	<i>27</i>	<i>21</i>
Vater des Chefs	1	1
<i>Schwiegermutter des Chefs</i>	<i>1</i>	<i>1</i>

Bei der Bewertung der Ergebnisse ist zu berücksichtigen, daß der Zeitpunkt der Befragung noch in der Erntezeit lag – die Mehrzahl der Männer aber erst nach der Erntearbeit in den Exode aufbricht. Vor diesem Hintergrund erhöht sich noch der Anteil der Männer im arbeitsfähigen Alter zwischen 14 und 60 Jahren im Exode, nämlich von derzeit 22% im Fall von Keybane-Soninke und 18,9% in Djalloubé.

Typisch für patriarchalische Gesellschaften ist, daß zwar Schwägerin und Schwiegertochter im Haushalt des Familienchefs aufgenommen werden, in keinem Fall aber Schwiegersohn oder Schwager. Das heißt, Brüder und Töchter verlassen bei der Heirat den Haushalt. Signifikant verschieden und ethnisch-spezifisch ist in den beiden Dörfern die durchschnittliche Familiengröße: Bei den Sarakollé in Keybane-Soninke sind es 14,3 Familienmitglieder, bei den Mauren in Djalloubé mit 6,5 nicht einmal halb so viele. Im letzteren Fall kann – nach afrikanischem Maßstab – fast von Kleinfamilien gesprochen werden; der Ausfall von Arbeitskraft durch den Exode ist hier noch gravierender. Unterschiede ergaben sich bei dieser Stichprobe auch hinsichtlich der generationsmäßigen Zusammensetzung der Familien (s. Tab. 2).

Table 2: Generationsmäßige Zusammensetzung in den Dörfern Keybane-Soninke und Djalloubé (Anzahl der Personen und Anteil in %)

	Keybane-Soninke	Djalloubé
Generation des Dorfchefs (mit Ehefrauen, Brüdern, Schwägerinnen und Schwestern)	322 = 27,8%	194 = 41,8%
Erste nachfolgende Generation (mit Söhnen, Schwägerinnen und Töchtern)	467 = 40,3%	215 = 46,3%
Zweite nachfolgende Generation (mit Enkeln, Enkeltöchtern, Nefen und Nichten)	341 = 29,4%	32 = 6,9%
Elterngeneration (mit Müttern, Vätern und Schwiegermüttern)	29 = 2,5%	23 = 5,0%

Der deutlich geringere Anteil von Personen in der zweiten Generation bei den Mauren in Djalloubé läßt den Schluß zu, daß die Geburt von Kindern dort häufiger zum Anlaß der Gründung eines eigenen Hausstandes genommen wird. Bei den Mauren ist außerdem offenbar der Verbleib von Brüdern oder Schwestern im Haushalt häufiger vorzufinden. Immerhin fast 35% der Familienchefs in Keybane-Soninke, aber nur 4% in Djalloubé leben polygam. Schließlich ergab die demographische Untersuchung noch Aufschluß über die Altersstruktur (s. Tab. 3).

Tabelle 3: Daten zur Altersstruktur der Bevölkerung den Dörfern Keybane-Soninke und Djalloubé

	Keybane-Soninke	Djalloubé
Durchschnittsalter der Männer	22,6 Jahre	22,2 Jahre
davon mehr als 40 Jahre alt	15,0%	16,8%
davon mehr als 50 Jahre alt	8,3%	7,8%
davon mehr als 60 Jahre alt	3,7%	2,0%
Durchschnittsalter der Frauen	23,9 Jahre	22,5 Jahre
davon mehr als 40 Jahre alt	16,3%	13,5%
davon mehr als 50 Jahre alt	9,9%	8,7%
davon mehr als 60 Jahre alt	4,9%	1,4%

Die Befragungsergebnisse

Die Wanderungsziele

So wie nach anderen Untersuchungen die Migrationsströme von Kayes aus vornehmlich in den Senegal und von dort aus oft weiter nach Frankreich verlaufen und von Nioro aus nach Guinea führen, folgen auch die Männer aus den Dörfern um Nara bei der Selektion des Wanderungsziels einer festen Bahn. Mehr als 90% der 500 Touren führten in die Elfenbeinküste. Im einzelnen wurden als Wanderungsziele genannt:

452 x Elfenbeinküste (davon 315 x Abidjan)

15 x Mauretaniens

14 x innerhalb Malis

4 x Brazzaville

4 x Paris

3 x Siguiri (Guinea)

2 x Bobo Dioulasso

je 1 x Banjul, Monrovia, Niamey, Alger, Lagos, Kinshasa.

Mit Ausnahme der 15 Touren nach Mauretaniens führten 97% der Wanderungen angesichts fehlender alternativer Routen in der ersten Etappe automatisch zunächst in die malische Hauptstadt Bamako. Auffällig ist, daß aber nur fünf Arbeitsmigranten in Bamako ›hängen blieben‹, je zwei nicht weiter als nach Koulikoro und nach Ségou gelangten – obwohl in diesen Orten, im Gegensatz zu Nara, bereits ein funktionierender informeller Sektor besteht, der Einkommensquellen geboten hätte. Dies bestätigt die Annahme, daß der Exode seinen eigenen Regeln folgt.

Um weitere Hintergrundinformationen zu erhalten, wurden in einer zweiten Interviewrunde in den Dörfern Keybane-Soninke und Djalloubé die 87 männlichen Migranten (51 aus Djalloubé und 36 aus Keybane-Soninke) danach befragt, warum sie gerade ihr jeweiliges Wanderungsziel angesteuert hatten. Als Antwort wurde genannt:

33x: Ich kann dort ein Einkommen finden/Geld verdienen;

26x: Ich kann dort leicht Arbeit finden;

17x: In diesem Gebiet findet man vielfältige Aktivitäten/enorme Potentiale;

11x: Dort ist Arbeitskraft stark nachgefragt.

Zwei Migranten gaben zusätzlich an: Die Sicherheit und die gute Aufnahme von Fremden vor Ort.

In Abidjan, der früheren Hauptstadt der Elfenbeinküste, werden die Mauren und Sarakollé aus den Dörfern um Nara zu einem sehr geringen Bestandteil einer Einwohnerschaft, die sich der 3-Millionen-Grenze nähert. Sie sind dabei nur ein kleiner Mosaikstein in der Bandbreite der unterschiedlichen Ethnien.²⁶ Zählungen ergaben einen Haushaltsanteil der Mauren und Sarakollé im Stadtteil Nouveau Koumassi von 1,2% und im Stadtteil Marcory von 0,5%. Nach den Erzählungen der Heimkehrer waren hier im Laufe der Zeit jene Netze aus der Heimat entstanden, in die sich die Neuankömmlinge auch aus dem Raum Nara in der ivoirischen Metropole einfügen können und die ihnen Unterkunft und Unterstützung sichern. Das bestätigte auch die Zusatzbefragung, in der es um die Frage nach der Unterkunft am Ziel ihrer Wanderung ging:

31x: Unterkunft mit Hilfe von Landsleuten/Freunden/Mitbürgern gefunden;

17x: Beim schon dort wohnenden Bruder gelebt;

13x: Bei dort wohnenden Eltern gelebt;

5x: Bei einem dort wohnenden Landsmann gelebt;

5x: Bei einem schon dort wohnenden Onkel gelebt;

3x: In einer Massenherberge untergekommen;

3x: Unterkunft allein gefunden;

2x: Unterkunft mit Hilfe des Bruders gefunden;

2x: »Bei jemandem gewohnt.«

Je einer hatte bei einem Neffen, einer Schwester, einem Schwager, als Nachwächter in einem Lagergebäude und »in einer großen Familie« gelebt, einer mit Hilfe eines örtlichen Dorfchefs seine Unterkunft gefunden. Damit ist auch dies wieder eines jener Beispiele, in denen die Migranten mehrheitlich auch in der Fremde in ein aus der Heimat exportiertes Sozialgeflecht einbezogen werden.

26 Gibbal, *Citadins et villageois dans la ville africaine*, S. 14, 24, 39–42.

Erwerbsquellen im Exode

In der Fremde scheiden die Migranten nicht nur aus dem System der dörflichen Subsistenzwirtschaft aus. Im vorliegenden Fall wechseln sie auch den Wirtschaftssektor, nämlich von der Landwirtschaft ins Handwerk. Aus dem Raum Nara in Mali stammt z.B. eine große Zahl der Schlachter und Metzger in Abidjan. Bei der Frage nach der ausgeübten Tätigkeit im Zielland gab es im einzelnen folgende Nennungen:

Schlachter/Metzger	204	(= 40,8%)
Händler	177	(= 35,4%)
Arbeiter (ouvrier, manœuvre)	85	(= 17,0%)
Schuhputzer	8	(= 1,6%)
Maurer	5	(= 1,0%)
Hausangestellter	4	(= 0,8%)
Schmuckhersteller	4	(= 0,8%)

Je zweimal genannt wurden Tätigkeiten als Schmied, Karrenfahrer und Gärtner. Je einmal verdienten sich die Männer Geld als Kunsthandwerker, Gerber, Bäcker, Schneider, Koch (in Paris), Schuster und Plantagenaufseher.

Als Schlachter und Metzger arbeiteten Migranten aus den untersuchten Dörfern auf 200 der 500 Touren in Orten in der Elfenbeinküste. Mit 131 Nennungen steht Abidjan an der Spitze der Zielorte – je nach Route zwischen 1.520 und 1.640 Straßen- (bzw. Pisten-)kilometer von der Heimat entfernt. In der Reihenfolge folgen Divo (30x), Gagnoa (17x), Man (6x), Daloa (6x), Bouaké (5x), Yamoussoukro (2x) sowie Agnibilekrou, Adzopé und Bako (je einmal). Alle Städte liegen im südlichen Teil der Elfenbeinküste. Je zwei Touren, die in eine Tätigkeit als Metzger mündeten, führten nach Ségou/Mali und Bobo-Dioulasso/Burkina Faso. In zwei Fällen gaben die Befragten »Metzger-Lehre« an.

Die Migranten verschiedener ethnischer Gruppen arbeiteten sowohl als Metzger als auch als Händler, allerdings mit unterschiedlicher Dominanz:

die Mauren auf 178 Touren	in 102 Fällen (= 57,3%) als Metzger, in 50 Fällen (= 28,1%) als Händler,
die Sarakollé auf 321 Touren	in 101 Fällen (= 31,5%) als Metzger, in 127 Fällen (= 40,0%) als Händler.

Das heißt, daß vor allem die Mauren im Exode als Metzger tätig sind. Es gibt jedoch Abweichungen: Bei den Sarakollé in Nima-Bellebougou verhalten sich die Tätigkeiten »Metzger« zu »Händler« wie 20:19, bei den Sarakollé in Madina sogar wie 20:1.

Daß sich die Schlachter und Metzger in Abidjan in so großer Anzahl ausgerechnet aus der malischen Region um Nara rekrutieren, ist um so erstaunlicher, als in deren Heimatdörfern Fleisch nur selten auf dem Speiseplan steht, für eine Berufsausübung zu Hause also kaum Gelegenheit besteht.

Zwar gibt es Vieh, und der Viehkauf steht auch an prominenter Stelle bei der Ausgabe des erworbenen Geldes. Die Rinder werden in den Heimatdörfern aber nur bei Festen geschlachtet, daneben erfüllen sie vor allem Prestige- und Sicherheitsfunktionen. Bei der Zusatzbefragung wurde u.a. nach den Anlässen gefragt, bei denen Vieh geschlachtet wird. Genannt wurden ausschließlich drei Gelegenheiten: Hochzeiten, Taufen und das jährliche Tabaski-Fest, das mit dem islamischen Hammelfest identisch ist, bei dem ein Schaf in Erinnerung an das Opfer des Abraham geschlachtet werden muß.

Wenn Schlachtungen nicht mit religiösen Zeremonien verbunden sind, gelten sie als eine ›schmutzige‹ Arbeit. Untersuchungen aus dem Senegal zeigen, daß der Beruf der Fleischer und Metzger üblicherweise von Mitgliedern niederer sozialer Schichten ausgeübt wird.²⁷ Der Wettbewerb um diese Beschäftigungsnische ist wegen des geringen sozialen Status, der sich mit diesem Beruf verbindet, gering. Aber auch das neue Sozialgeflecht am Zielort und die beruflichen Bindungen der bereits anwesenden Landsleute führen dazu, daß die Arbeitsmigration automatisch zu einer beruflichen Spezialisierung führt.²⁸ Allerdings übten 81 von 156 Männern (= 52%), die mehr als einmal in den Exode aufbrachen, andere Tätigkeiten aus.

Die im Handel tätigen Männer lieferten nur wenige zusätzliche Angaben darüber, mit welchen Gütern sie in der Fremde handelten. Siebenmal wurde Vieh genannt, je einmal Früchte, Kolanüsse und Holz. Dreimal wiesen sich die Migranten als bloße Angestellte im Handel aus; Nachfragen ergaben aber, daß die Mehrzahl der Männer im Exode als nicht-selbständige Hilfskräfte im Handelssektor tätig ist. Ebenso gab es nur in einigen Fällen eine Konkretisierung, welche Erwerbstätigkeit in anderen Wirtschaftsbereichen ausgeübt wurde. Zehnmal wurde der Bergbau genannt: Acht Migranten arbeiteten in der Kohleförderung an der Elfenbeinküste, zwei in Diamantenminen Liberias. Dreimal endete die Tour in der französischen Hauptstadt Paris in Fabrikarbeit. Zweimal wurde eine Tätigkeit als Transportarbeiter angegeben, je einmal eine solche als Hafearbeiter und Plantagenarbeiter.

Dauer, Frequenz und Organisation der Touren

Der Exode umfaßt meist eine mehrmalige Migrationsbewegung im Leben der Männer. Statistisch errechnete sich aus den Daten eine durchschnittliche Zahl von 2,8 Touren. Im einzelnen gingen von den 177 befragten Männern auf Wanderschaft:

einmal: 21 (= 11,8%) zweimal: 67 (= 37,8%) dreimal: 42 (= 23,7%)
viermal: 25 (= 14,1%) fünfmal: 16 (= 9,0%) sechsmal: 5 (= 2,8%).

27 Majhemout Diop, *Histoire des classes sociales dans l'Afrique de l'Ouest: Le Sénégal*, Paris 1972, S. 152f.

28 Mayer/Schmidt, *Kapitalistische Durchdringung und Mobilität*, S. 141.

Den Rekord hielt ein Maure aus Chedem II, der zwischen dem 19. und dem 42. Lebensjahr insgesamt zehnmal auf eine Tour aufbrach.

Es gibt auch kein typisches Lebensalter für die erste Wanderschaft. Als Alter des ersten Aufbruchs wurden genannt:

14 Jahre: 2x	15 Jahre: 3x	16 Jahre: 8x	17 Jahre: 5x
18 Jahre: 9x	19 Jahre: 12x	20 Jahre: 23x	21 Jahre: 14x
22 Jahre: 9x	23 Jahre: 12x	24 Jahre: 9x	25 Jahre: 9x
26 Jahre: 4x	27 Jahre: 7x	28 Jahre: 8x	29 Jahre: 6x
30 Jahre: 10x	31 Jahre: 2x	32 Jahre: 3x	34 Jahre: 5x
35 Jahre: 2x	36 Jahre: 4x	38 Jahre: 3x	39 Jahre: 2x
40 Jahre: 3x	41 Jahre: 1x	45 Jahre: 1x	46 Jahre: 1x

Im statistischen Durchschnitt brechen die Männer mit über 24 Jahren zum ersten Mal zum Exode auf. Nur 62 sind 20 Jahre alt oder jünger (= 35%). Dagegen sind 37 (= 20,9%) 30 Jahre und älter. Angesichts des recht niedrigen Durchschnittsalters der Männer in Keybane-Soninke von 22,6 Jahren und in Djalloubé von 22,2 Jahren wandern viele Männer das erste Mal somit relativ spät. Die Momentaufnahme zum Zeitpunkt der Interviews ergab außerdem, daß 38 der 177 befragten Männer älter als 40 Jahre waren, als sie das letzte Mal in den Exode aufbrachen. Dies läßt den Schluß zu, daß die Wanderung der Männer aus den Dörfern in der Region Nara kein generationsspezifisches Phänomen ist.

Sehr unterschiedlich ist die Dauer der Wanderschaft und damit der Abwesenheit vom heimatlichen Dorf. Die Angaben im einzelnen:

bis 11 Monate:	107x
1 Jahr:	159x
2 Jahre:	141x
3 Jahre:	56x
4 Jahre:	21x
5 Jahre:	9x
7 Jahre und mehr:	7x

Der Exode beginnt üblicherweise nach dem Ende der Erntezeit im Oktober/November. Von den 87 Männern der Zusatzbefragung aus Djalloubé und Keybane-Soninke nannten als Zeitpunkt des Aufbruchs:

September	2
Oktober	16
November	29
Dezember	28
Januar bis August	12

Bei diesen Interviews wurde auch gefragt, warum die Männer gerade diesen Zeitpunkt des Aufbruchs gewählt hatten. Die Antworten:

Keine Arbeit mehr im Dorf/Erntearbeit beendet	77
Ernte war schlecht	3
Akute Not/Miserable Lebensbedingungen	4
Kein Grund, im Dorf zu bleiben	2
Die beste Zeit, in der Zielregion Arbeit zu bekommen	1

Im Unterschied zu saisonalen Wanderungen, bei der nur die arbeitsfreie Zeit in der Ferne verbracht wird, kehren im vorliegenden Fall angesichts der Dauer der Abwesenheit 78,6% der Männer nicht vor der nächsten Ernte zurück. Sie sind deshalb der Kategorie der längerfristigen Wanderung zuzuordnen. Die Feldarbeit spielt unter den Motiven zur Rückkehr in den späteren Jahren dann aber offensichtlich doch eine zentrale Rolle. Auf die Frage, warum sie gerade zum Zeitpunkt der Abreise vom Wanderungsziel zurückgekehrt sind, antworten die 87 Männer aus Djalloubé und Keybane-Soninke:

57x: Feldarbeit ruft

15x: Feldarbeit und Heiraten

5x: Feld- und andere Arbeit (z. B. Hausbau)

7x: Genug Geld verdient, um die Familie zu unterstützen

1x: Vieh mästen

1x: Heiraten und Hausbau

1x: Krank geworden

Beim Exode aus den Dörfern um Nara handelt es sich in der Regel nicht um eine dauerhafte Auswanderung, die Männer kehren vielmehr regelmäßig in ihre Heimat zurück. Hinweise auf Ausnahmen lieferte allerdings die Zusatzbefragung der Migranten in Keybane-Soninke und Djalloubé: 13 von ihnen hatten am Zielort bei dort schon wohnenden Eltern gelebt. Anders als bei den Lobi in Obervolta (heute: Burkina Faso), von denen 69% der Migranten, die zum Großteil ebenfalls die Elfenbeinküste ansteuern, dort mehr als fünf Jahre unterwegs sind²⁹, trifft dies nur auf 1,4% der Männer aus den malischen Dörfern zu.

Allerdings schwankt die Zeitspanne zwischen Heimkehr und erneutem Aufbruch zur Wanderschaft stark. Von jenen Männern, die mehrmals auf Wanderschaft gingen, verbrachten dazwischen zu Hause:

weniger als 1 Jahr:	24 (= 7,4%)	etwa 5 Jahre:	13 (= 4,0%)
etwa 1 Jahr:	104 (= 32,0%)	etwa 6 Jahre:	11 (= 3,4%)
etwa 2 Jahre:	74 (= 22,8%)	etwa 7 Jahre:	7 (= 2,2%)
etwa 3 Jahre:	48 (= 14,8%)	8 Jahre und mehr:	16 (= 4,9%)
etwa 4 Jahre:	28 (= 8,6%)		

29 Michèle Fièloux, Les migrations Lobi en Cote-d'Ivoire: Archaïsme ou création sociale?, in: Amselle (Hg.), Les migrations africaines, S. 43–61, hier S. 43–45.

Rekordhalter ist ein Maure aus Djalloubé, der nach 26 Jahren daheim im Alter von 56 Jahren zu seiner sechsten Tour an die Elfenbeinküste aufbrach.

Gefragt wurde auch, ob die Männer in einer Gruppe oder einzeln in den Exode aufbrachen. 160 Touren (= 32%) wurden in der Gruppe organisiert und durchgeführt, 340 (= 68%) allein. Die Erfahrung der Individualität beginnt somit für gut zwei Drittel der Männer unmittelbar nach dem Aufbruch. Das trifft bereits bei der ersten Tour zu, zu der 56% der Männer ohne Begleitung in die Fremde starten, bei der zweiten sind es 71% und bei der dritten 75%.

Motive der Wanderung

Die Männer wurden aufgefordert, die drei wichtigsten Gründe für ihre Touren in der Reihenfolge der Bedeutung zu nennen. 175 Männer gaben darauf eine Antwort. Gelderwerb ist für 168 (= 96%) der Männer das primäre Motiv für die Wanderschaft, wobei sich keine signifikanten Unterschiede zwischen den beiden befragten ethnischen Gruppen ergaben. Nur bei zwei Männern wurde dieses Ziel überhaupt nicht genannt. In keinem Fall ist Gelderwerb aber das alleinige Motiv. Am zweithäufigsten, nämlich 108mal, wurde von den Befragten »neues Wissen« (auch: Vertiefung oder Vergrößerung von Wissen) genannt. Für zwei Probanden war dies sogar wichtiger als Gelderwerb. Am dritthäufigsten, nämlich 92mal, wurde als Antwort »Öffnung des Geistes« erfaßt. Auf Platz vier folgt mit 52 Nennungen das »Kennenlernen der Welt«. Die Antworten verteilen sich im einzelnen wie folgt:

Tabelle 4: Genannte Gründe für den Exode

	insges.	1. Stelle	2. Stelle	3. Stelle
»Gain d'argent« (Gelderwerb)	99,4%	96,0%	3,4%	–
»Nouvelles connaissances« (Neues Wissen)	61,6%	1,1%	31,4%	29,1%
»Ouverture d'esprit« (Öffnung des Geistes)	52,6%	0,6%	25,7%	26,3%
»Connaissance du monde/des autres milieux/des nouvelles cultures etc.« (Kennenlernen der Welt)	29,8%	2,3%	14,9%	12,6%
»Apprentissage d'un metier« (Berufliche Kenntnisse erwerben)	24,6%	–	5,7%	18,9%
»Connaissance de la vie« (Das Leben kennenlernen)	16,0%	0,6%	8,6%	6,9%
»Amélioration des conditions de vie« (Verbesserung der Lebensbedingungen)	12,6%	–	9,1%	3,4%

Die Unterscheidung zwischen einzelnen Kategorien, z.B. einem Interesse an ›neuem Wissen‹ und ›Kennenlernen der Welt‹, bleibt unscharf. Zur Präzisierung hätte es – nachträglich gesehen – eines ausgefeilteren Befragungsschemas und möglicherweise einer Ergänzung durch qualitative Erhebungsmethoden bedurft. Ins Gewicht fallen außerdem Erfassungs- und Interpretationsschwierigkeiten, die sich bei der Übertragung von Antworten nach dem Denkschema einheimischer Sprachen ins Französische durch die Befragungsmannschaft ergaben.

Migrationsgewinn

Die Migranten brachten addiert 71,282 Millionen CFA von ihren Wanderungen mit nach Hause – das sind nach gegenwärtigem Wechselkurs (100 CFA = 1 französischer Franc) umgerechnet 250.000 DM. Als Durchschnitt errechnen sich 142.564 CFA, rund 500 DM pro Arbeitsmigration. Folgende Geldbeträge pro Tour wurden erzielt:

Bis zu 20.000 CFA:	16x	155.000 bis 190.000 CFA:	16x
25.000 bis 45.000 CFA:	46x	200.000 CFA:	43x
50.000 CFA:	57x	225.000 bis 275.000CFA:	23x
55.000 bis 70.000 CFA:	24x	300.000 CFA:	23x
75.000 CFA:	51x	350.000 bis 400.000 CFA:	6x
80.000 bis 95.000 CFA	12x	450.000 bis 500.000 CFA:	11x
100.000 CFA:	93x	600.000 bis 900.000 CFA:	5x
110.000 bis 140.000 CFA:	24x	1,0 bis 1,2 Millionen CFA:	6x
150.000 CFA:	44x		

In Abhängigkeit von der Dauer des Exode ergibt sich folgendes Bild:

Tabelle 5: Durchschnittseinkommen nach Dauer des Exode

Abwesenheit vom Heimatdorf	CFA je Tour	CFA je Monat
bis 11 Monate	73.477	11.247
1 Jahr	145.346	12.112
13 Monate bis 2 Jahre	156.702	6.539
3 Jahre	178.571	4.960
4 Jahre	253.333	5.277
6 Jahre	191.667	3.194
7 und mehr Jahre	167.143	995

Tabelle 5 zeigt, daß nach mehr als einem Jahr der nach Hause gebrachte Geldbetrag pro Monat Abwesenheit rapide abnimmt. Nach zwei Jahren Exode hat sich der Monatswert fast halbiert. Das erlaubt die Feststellung, daß

mehr als ein Jahr Abwesenheit eine Vergeudung der zu Hause dringend benötigten Arbeitskraft bedeutet.

Der nach Hause gebrachte Geldbetrag ist natürlich nicht identisch mit dem Arbeitsverdienst in der Fremde. Längere Seßhaftigkeit in Abidjan oder an den anderen aufgesuchten Orten führt dort auch zu höheren Reproduktionskosten, die angesichts der Inflation permanent steigen.³⁰ Nicht verifizierbar, aber auch nicht von der Hand zu weisen ist die Unterstellung der malischen Diskussions Teilnehmer am LAG-Planungsworkshop, daß eine große Zahl der Migranten mit einem längerfristigen Aufenthalt in der Elfenbeinküste dort zumindest vorübergehend einen zweiten Haushalt mit womöglich einer zweiten Frau gegründet hat. Mit zunehmender Abwesenheit von zu Hause steigen jedenfalls die laufenden Ausgaben in der Fremde, und analog sinken die Ersparnisse.

Stichproben untermauern die Feststellung der Vergeudung von Arbeitskraft mit zunehmender Abwesenheit vom Dorf. Ein extremes Beispiel liefert jener Sarakollé aus Bergénaré, der nach einem achtjährigen Aufenthalt in Bamako als Maurer mit gerade 50.000 CFA heimkehrte. 650.000 CFA ist der Ertrag der längsten Tour (14 Jahre), den ein Migrant als Metzger in Divo/Elfenbeinküste ansparte – je Monat ergibt sich allerdings ein Betrag von nur 3.869 CFA. Auch vier Jahre Arbeit in den Diamantenminen Liberias brachten einem Sarakollé aus Nima-Bellebougou nur 100.000 CFA verfügbares Transfereinkommen ein.

Schon nach zehn Monaten brachte dagegen ein Migrant aus Abidjan 500.000 CFA mit nach Hause, ein anderer sogar bereits nach vier Monaten Aufenthalt in Divo/Elfenbeinküste 450.000 CFA. Sicherlich hat auch jener Maure aus Kabida-Soninke in der Fremde gut verdient, der dreimal jeweils ein Jahr als Metzger in der ivoirischen Metropole arbeitete und mit 2,65 Mio. CFA nach Hause kam. Ein Extrembeispiel für Vergeudung von Arbeitskraft im Exode liefert jedoch jener Maure aus Chedem II, der das erste Mal sieben Jahre, ein zweites Mal zwei Jahre als Händler und Metzger in Abidjan tätig war und beide Male nur 50.000 CFA zurückbrachte.

Das Tontines-System

Bei der Diskussion der Umfrageergebnisse in Mali wurde auf ein Phänomen zum Sparen hingewiesen, das das Migrationsverhalten mit beeinflußt. Ein hoher Prozentsatz der Dorfbewohner schließt sich nach übereinstimmenden Aussagen in der Fremde nämlich sogenannten Tontines an. Dabei handelt es sich um ein informelles Finanzierungsinstrument, das in ganz Westafrika

30 Nach offiziellen Statistiken lagen die Lebenshaltungskosten in der Elfenbeinküste mit einem Preisindex von 158,5 im ersten Quartal 1997 um mehr als 50% über denen vom Frühjahr 1993 (Preisbasis 100).

verbreitet ist. Die Ursprünge gehen auf den italienischen Bankier Lorenzo Tonti zurück, der 1653 im Auftrag des französischen Kardinals Mazarin Staatsanleihen besorgen sollte. Das simple Prinzip: Viele zahlen ein, doch nur der letzte Überlebende erhält das von der Gemeinschaft der Kapitalgeber eingebrachte Geld. Im Unterschied zur Lotterie entscheidet über den Gewinn nicht der Zufall eines Loses, sondern der Zufall der längeren Lebenserwartung. Die Geschichte des Tontines-Systems ist voller Anekdoten – beispielsweise wie Teilnehmer an solchen Gemeinschaften durch Ermordung der anderen versuchten, als letzte Nutznießer übrig zu bleiben. Es entwickelten sich mehrere Varianten: Tontines mit fester Zeitbegrenzung von zum Beispiel 20 Jahren, nach deren Ablauf sich alle übrig gebliebenen Einzahler den Geldbetrag teilten. Oder Tontines mit kurzer Laufzeit, nach der das von allen eingezahlte Geld reihum vergeben wird.

Die letztgenannte Form fand in ganz Westafrika Verbreitung. Studien aus dem Senegal³¹ und aus Niger³² zeigen die Bedeutung dieses Finanzierungsinstruments. Vier von fünf Marktfrauen in Ziguinchor/Senegal sind demnach an mindestens einem Tontine beteiligt und finanzieren damit reihum ihre Wareneinkäufe. In Niamey nimmt jeder dritte Erwachsene an einem Tontine teil. Im Durchschnitt sind zehn Teilnehmer angeschlossen, von denen jeder/jede 10.000 CFA einbezahlt; reihum bekommt dann jeder/jede 100.000 CFA. Üblich ist eine monatliche Ein- und Auszahlung. Bei zehn Teilnehmern ist demnach nach zehn Monaten eine ›Runde‹ abgeschlossen.

Das System fällt nicht in die Kategorie der Selbsthilfe-Netzwerke als Überlebenshilfe, wie sie in der Literatur beschrieben werden.³³ Die Mitgliedschaft in Tontines schafft Abhängigkeiten von Spielregeln und kann wegen der Laufzeit die Rückkehr von beteiligten Männern in die Heimatdörfer verzögern. Außerdem lassen sich Ersparnisse aus Arbeitsverdiensten vortäuschen, die es gar nicht gab. Auf jeden Fall fördert die Teilnahme an Tontines den Prozeß der Umorientierung von der dörflichen und familiären Existenzgemeinschaft zu fremden Solidaritätsverbänden. In der vorliegenden Studie wurde keine Befragung vorgenommen, welchen konkreten Einfluß das Tontines-System auf das Wanderungsverhalten der Männer aus der Region Nara wirklich hat. Es bleibt eine Hypothese, daß die Dauer des Aufenthalts in der Fremde davon beeinflusst wird – denn wer frühzeitig (etwa durch Rückkehr

-
- 31 Maxime Akpaca, *Pratiques financières informelles en Casamance (Sénégal): à propos des boutiquiers garde-monnaie et des tontines de marché*, in: *Note de Recherche*, H. 37, Paris 1994. (Internet-Ausgabe)
- 32 Christian Rietsch, *Les paramètres de base des tontines à Niamey*, in: *Note de Recherche*, H. 8, Paris 1990. (Internet-Ausgabe)
- 33 Hierzu s etwa Franz Nuscheler, *Migration, Ethnizität und Konflikt in Afrika*, in: Klaus J. Bade (Hg.), *Migration – Ethnizität – Konflikt: Systemfragen und Fallstudien* (IMIS-Schriften, Bd. 1), Osnabrück 1996, S. 289–304, hier S. 299.

in die Heimat) ausscheidet, hat vielleicht nur einbezahlt, ist aber vielleicht noch nicht in den Genuß einer Auszahlung gekommen.

Die Verwendung des Migrationsgewinns in der Heimat

Wie aber investieren die Migranten das nach Hause gebrachte Geld? Eine eigene Frage im Interviewbogen sollte Aufschluß darüber geben (s. Tab. 6).

Tabelle 6: Die Verwendung des zurückgebrachten Verdienstes

	1. Tour	2. Tour	3. Tour	4. Tour	5. Tour	6.-10. Tour	insges.
Lebensmittelkäufe	121x	114x	73x	46x	20x	10x	384x
Getreidekäufe	20x	14x	4x	2x	-	-	40x
Lebensmittel- und Getreideversorgung					424x = 84,8% der Touren		
Rinder	20x	15x	7x	8x	1x	-	51x
Hammel/Schafe	7x	4x	3x	-	1x	-	5x
Kühe	-	3x	-	1x	1x	-	15x
Ziegen	4x	3x	2x	1x	-	-	10x
Esel	6x	-	1x	1x	-	-	8x
Pferd	-	-	-	1x	1x	-	2x
Kamel	-	-	-	-	1x	-	1x
Viehkäufe					92x = 18,4% der Touren		
Familiäre Ausgaben	19x	12x	2x	1x	1x	-	35x
Kleidung	7x	7x	3x	2x	1x	-	20x
Hauseinrichtung	5x	7x	1x	1x	-	1x	15x
Hausbau	-	1x	7x	-	-	-	8x
Kauf eines Jagdgewehrs	-	1x	-	-	1x	1x	3x
Steuerzahlung	-	-	1x	-	-	-	1x
Persönliche und familiäre Ausgaben					82x = 16,4% der Touren		
(Esels-)Karren	4x	2x	2x	2x	1x	-	11x
Pflüge	11x	4x	2x	3x	1x	-	21x
Landwirtschaftl. Gerät	1x	1x	-	-	-	-	2x
Ausgaben zur Unterstützung der landwirtschaftl. Produktion					4x = 6,8% der Touren		
Heiratskosten	8x	16x	6x	1x	-	1x	32x
Heiratskosten					32x = 6,4% der Touren		
Handelswaren	-	2x	-	-	-	-	2x
Handelswaren					2x = 0,4% der Touren		

Die Behebung von Defiziten bei der Existenzsicherung steht damit unter den unmittelbaren Wirkungen des Exode an vorderster Stelle, wobei wiederum keine signifikanten Unterschiede zwischen den Ethnien festzustellen sind. Das mitgebrachte Geld verbessert die Lebensbedingungen im Heimatdorf. Vor allem in regenarmen Jahren, die nur minimale Erntemengen ermöglichen, wird der Einkommenserwerb durch den Exode sogar zur simplen Überlebensstrategie.

Der Kauf von Tieren hat vor allem die Funktion, das persönliche Prestige anzuheben. Im Hintergrund steht außerdem der Absicherungsgedanke: Wiederverkauft werden die Tiere nur in extremen Notsituationen. Eine Investition im Sinne ökonomischer Wertbildung findet nicht statt. Nicht zu unterschätzen ist die Bedeutung des erworbenen Geldes auch als Grundlage einer Familiengründung. In Djalloubé beispielsweise haben die Dorfältesten die Höhe des Brautpreises einheitlich auf 400.000 CFA festgelegt – ein Vermögen angesichts der fehlenden Einkommensmöglichkeiten daheim. Drei Männer gaben übrigens gleich bei zwei verschiedenen Touren ›Heirat/Brautpreis‹ als Verwendungszweck für das erworbene Geld an. Nur zwei der befragten Männer setzten das erworbene Geld als unternehmerisches Kapital um. Die Bildung einer modernen Bourgeoisie im Dorf fördert der Exode im vorliegenden Falle somit ebensowenig wie eine Modernisierung der traditionellen Subsistenzwirtschaft.

Aus dem Dorf Djalloubé wird außerdem berichtet, daß die Männer, die in den Exode gehen, eine Gemeinschaftskasse haben. Sie dient als eine Art Unterstützungskasse, wenn Probleme während der Wanderschaft (wie Krankheiten) auftreten. Alle, die auf Wanderschaft gehen, zahlen monatlich oder vierteljährlich eine Summe in nicht bekannter Höhe ein. Es gibt auch Hinweise darauf, daß Geld aus dem Exode dafür dient, sich in die von der LAG Malihilfe eingerichteten Banques des céréales (Getreidebanken) ›einzukaufen‹ und durch Kredite dies auch anderen Dorfbewohnern zu ermöglichen.

Die persönliche Bilanz der Migranten

Ein paar wenige, persönlich-biographische Facetten erbrachte die offene Frage nach ›Schwierigkeiten‹ auf den Touren. 22 der Migranten kamen während des Exode mit der Polizei in Konflikt. Die Angaben lauteten:

Verhaftung wegen fehlender Papiere	9 Fälle
Verhaftung/Gefängnis ohne Angabe eines Grundes	8 Fälle
Verhaftung wegen Holzschmuggels	2 Fälle
»Von der Polizei schikaniert«	2 Fälle
»Erst fristlos als Arbeiter entlassen, dann im Gefängnis«	1 Fall

Nur vereinzelt gibt es Angaben über die Dauer des Gefängnisaufenthalts. Einer saß in Paris ein Jahr lang in Haft. Gewalt erlebten 13 der Migranten. Hier die Angaben:

Opfer von Diebstahl	6 Fälle
»Zöllner nahmen Sachen ab«	4 Fälle
Opfer von Betrug	2 Fälle
»Von Banditen überfallen«	1 Fall

Des weiteren wurden registriert:

Erkrankung während des Exode	9 Fälle
Probleme der Unterkunft	6 Fälle
»Papiere verloren«	2 Fälle
Verschuldung	1 Fall.

Die Migranten wurden außerdem aufgefordert, die ihrer persönlichen Meinung nach auftretenden positiven und negativen Effekte des Exode zu nennen. Negative Effekte formulierten 34 der 177 Probanden (= 19,2%). In den Antworten spiegeln sich offensichtlich persönliche Erfahrungen und Klagen ihres Umfelds wieder, die zuvor bereits angesprochen wurden.

- 8 Männer nannten die Gefahr, verhaftet zu werden oder im Gefängnis zu landen. Allen acht war genau dieses selbst widerfahren. Einer sprach von »schrecklichen Unannehmlichkeiten« – er hatte krank im Hospital gelegen –, ein anderer von der Gefahr, bestohlen zu werden (was ihm selbst passierte).
- 22 Männer waren sich bewußt, daß die Zurückgebliebenen unter ihrer Abwesenheit zu leiden hatten. Ermüdung, Leiden, Hunger, Verdruß, Not, Erschöpfung und schwierige Bedingungen der Eltern im heimatlichen Dorf wurden genannt.
- 7 Männer nannten schwere und ansteckende Krankheiten als negative Folge.³⁴
- 2 Männer sprachen von Verlust an Ehre – ohne weitere Erklärung.
- 1 Mann sprach vom »Verlust der kulturellen Identität«.
- 1 Mann sah den »Verlust an Arbeitskraft in den Dörfern« als Problem an.

Eine Minderheit von 22 Männern (= 12,4%) gibt durch ihre Antworten Hinweise auf einen persönlichen Loyalitätskonflikt: Diese Migranten sind sich bewußt, daß durch ihre Touren im heimatlichen Haushalt ein personeller Engpaß entsteht, der sich negativ auf die Subsistenzwirtschaft auswirkt.

34 Keiner von ihnen hatte angegeben, unterwegs erkrankt zu sein. Die Nennung könnte auf die Angst vor Aids-Ansteckung zurückzuführen sein, vor der die Behörden und internationalen Organisationen in Aufklärungskampagnen auch überall in Mali warnen.

Positive Effekte des Exode formulierten 143 (= 80,8%) der 177 Probanden. Es ergaben sich folgende Nennungen, wobei 14 Männer zwei Effekte angaben:

Erwerb von Geld	53 (= 33,8%)
Verbesserung der Lebensbedingungen	17 (= 10,8%)
Kennenlernen der Welt	20 (= 12,7%)
Vergrößerung bzw. Vertiefung von Wissen	17 (= 10,8%)
Lebenserfahrung	17 (= 10,8%)
Öffnung des Geistes	13 (= 8,3%)
Steigerung des sozialen Wohlempfindens	9 (= 5,7%)
›Entdeckung neuer Dinge‹	5 (= 3,2%)
Kennenlernen eines neuen Milieus	3 (= 1,9%)
Erhöhung von Bildung	2 (= 1,3%)
Ein fremdes Land kennenlernen	1 (= 0,6%)

Die Antworten unterscheiden sich deutlich von den Antworten auf die Frage nach den Motiven für die Wanderung. Während bei den Motiven der Gelderwerb von 99,4% der Männer genannt wurde, liegt der Prozentsatz (auch bei Einbeziehung der Nennungen einer Verbesserung der Lebensbedingungen, die der materielle Gewinn ermöglicht) bei den Wirkungen nach Beendigung der Migration (des Exode) nur noch bei 44,6%. Dafür erhält der Erwerb von neuem Wissen stärkeres Gewicht. Als Interpretation bietet sich an, daß trotz der Funktion des Exode als Überlebensstrategie offensichtlich der geistige Gewinn die Migranten stark beeindruckt und beschäftigt – was zur These paßt, daß die normativen Einflüsse aus der Fremde ein latentes Konflikt- und Veränderungspotential haben, auch wenn nach Rückkehr in die Heimatdörfer keine unmittelbare Umsetzung des Wissens und der Erfahrungen erfolgt.

Die Nutzbarkeit des in der Fremde erworbenen Know-hows

Zweck dieser Untersuchung war es, die Kernfrage zu beantworten, ob die Migranten in der Fremde Know-how erwerben, das alternativ auch in der Heimat für einen Einkommenserwerb genutzt werden könnte. In den Interviews in den zwei Dörfern Keybane-Soninke und Djalloubé beantworteten tatsächlich 78 der 87 befragten, zurückgekehrten Migranten die Frage, ob sie die in der Fremde erworbenen beruflichen Fähigkeiten zu Hause im Dorf nutzen könnten, mit »ja«, nur neun antworteten mit »nein«.

Die direkte Ausbeute an in der Fremde erworbenem Know-how erweist sich angesichts der Konzentration der Erwerbsquellen auf die Schlachtung und auf den Handel dennoch als wenig nützlich für die Heimatorte. Das Ziel, »berufliche Kenntnisse zu erwerben«, das immerhin 43 Männer bei der Befragung als Grund für ihre Wanderschaft nannten, wurde

zwar teilweise erfüllt; bei genauer Betrachtung stehen aber die erworbenen beruflichen Kenntnisse der Migranten im Widerspruch zu den realistischen Möglichkeiten in den Heimatdörfern. Für die Betätigung als Metzger oder Händler oder gar für die Herausbildung eines Metzger- oder eines Händlergewerbes fehlen jedenfalls in den Dörfern um Nara die Voraussetzungen.

Wegen des hohen Anteils der Männer, die in der Fremde als Metzger arbeiten, wurde in der zweiten Interviewrunde auch die Frage gestellt, wer denn überhaupt zu Hause das Vieh schlachtet. In Keybane-Soninke mit 81 Haushalten wurden dabei 67 verschiedene Personen genannt, in Djalloubé mit 71 Haushalten waren es 68 Personen. Praktisch ist es in der Regel die Aufgabe des Familienchefs, bei religiösen Zeremonien das Vieh zu schlachten; nur in wenigen Fällen wird Hilfe von einem anderen Haushalt in Anspruch genommen. In Keybane-Soninke gibt es zudem vier, in Djalloubé sechs Männer, die üblicherweise das Vieh schlachten, die aber nie auf Wanderschaft gegangen sind. Ein Kausalzusammenhang zwischen einem Know-how-Erwerb des Schlachtens in der Fremde und der entsprechenden Tätigkeit daheim ist also nicht gegeben. Im vorliegenden Fall ist sogar das Gegenteil feststellbar, daß der Erwerb dieses spezifischen Know-hows sogar kontraproduktiv wirkt – eben weil sich die Berufsausübung in der Fremde auf ein Metier konzentriert, für das es in den Dörfern daheim nur eine sehr geringe Nachfrage gibt.

Vielfältig waren die Antworten auf die offene Frage in der zweiten Interviewrunde, wie denn die Migranten das in der Fremde erworbene Wissen zu Hause umsetzen möchten. Teilweise wurden sehr skurrile Ideen genannt. Ein Migrant will im Dorf den Bau neuer, moderner Häuser anregen, um dem Dorf ein »schönes architektonisches Aussehen« zu verleihen. Ein anderer kann jetzt Radioapparate reparieren und möchte eine entsprechende Werkstatt eröffnen. Einem weiteren fehlen daheim Bezugsquellen für »rotes Holz« zur Herstellung von Bettgestellen, wie man sie in einem Marktbereich von Bamako sieht. Ein Mann aus Keybane-Soninke, der in der Fremde als Schuhputzer arbeitete, will der Jugend seines Dorfes nun die Techniken des Schuhputzens beibringen, obwohl allenfalls einige Dorfbewohner Sandalen besitzen. 38 von 97 Ideen (Mehrfachnennungen inbegriffen) zielten auf den Bau und die Eröffnung von Läden – obwohl der Mangel an Einkommen und hinreichender Kaufkraft eine solche Investition ausschließt.

Allerdings wurden – immer als Ausfluß erworbenen Wissens – auch Ziele genannt, die einem Entwicklungsfortschritt und damit einen positiven Transformationsprozeß unterstützen können. So wollen sich elf der 87 Befragten für die Alphabetisierung einsetzen, die von der LAG Malihilfe angeboten wird. Des weiteren wurden als Anliegen genannt:

Die Förderung des agrarischen Anbaus	5x
Bau von Gesundheits- und Hygiene-Einrichtungen	5x

Die Verbesserung der Wasserversorgung	4x
Die Einrichtung einer Dorfsparkasse	3x
Die Verbesserung der Getreidebank	1x
Verbesserung der Geflügelzucht	1x
Schutz der Umwelt	1x
Die Konservierung von Lebensmitteln	1x
Die Jugend in Gemeinschaftsarbeit schulen	1x

Diese Antworten zeigen, daß zumindest einige Migranten aus der Fremde Innovationsvorstellungen mitbringen, die befruchtend für einen positiven Transformationsprozeß sein können. Manche der mitgebrachten Vorstellungen stellen somit eine Form von Transformationspotential dar. Die Antworten sind zugleich ein ermutigendes Indiz dafür, daß zumindest einige der aus dem Exode zurückgekehrten Männer Interesse haben, initiativ und eigenverantwortlich am Entwicklungsprozeß mitzuwirken. Festzuhalten ist, daß einige der mitgebrachten Vorstellungen auf eine Verbesserung der Lebensbedingungen des Dorfkollektivs abzielen; andere Vorschläge dagegen – wie der Bau und die Eröffnung von Läden – sind Ausdruck neuer Vorstellungen.

Insbesondere die Erkenntnis einiger Migranten, wie wichtig Alphabetisierung ist, könnte den Transformationsprozeß beflügeln – auch Emanzipationsprozesse in Europa hatten schließlich im 19. Jahrhundert eine Voraussetzung in der Verbesserung des Bildungsstandards. In diesem Sinne ist eine andere ›Ausbeute‹ des Exode zu bewerten, die die Entwicklungshelfer vor Ort als wichtig bezeichneten: der Erwerb von Französisch-Kenntnissen. Für Außenkontakte dörflicher Komitees im Hinblick auf ein effizientes Ressourcenmanagement und für die Zusammenarbeit mit der Administration sind diese entwicklungsfördernd.

Schlußfolgerungen

Im Fall der Dörfer in der Region Nara bedingen weniger die während des Exode erworbenen beruflichen Fertigkeiten gesellschaftliche Wandlungsprozesse, sehr wohl aber andere Erfahrungen aus der Fremde. Den Exode stoppen oder durch die Schaffung von Einkommensmöglichkeiten in den Heimatdörfern substituieren zu wollen, würde die Dorfbevölkerungen nicht nur einer gewohnten Überlebensstrategie berauben. Dies widerspräche auch den Gewohnheiten der Migranten, würde sie von eigenen Innovationsvorstellungen abschneiden und stünde im Gegensatz zur Maxime der Selbstbestimmung, wie sie in der UN-Konferenz in Rio de Janeiro 1992 festgeschrieben wurde.

Initiativen von Entwicklungshilfeakteuren – wie in dieser Region der LAG Malihilfe in Partnerschaft mit dem DED – sind andere Determinanten des gesellschaftlichen Wandels. Es bleibt das Phänomen, daß der Exode zu

Defiziten an Arbeitskraft führt und zugleich die Potentiale für eine angepaßte dörfliche Organisation verringert, die für ein effektives Ressourcenmanagement nötig wäre. Denkanstöße für mögliche sanfte Eingriffe zur Lösung des Problems liefert die Erkenntnis, daß die Effizienz des Arbeitskrafteinsatzes in der Fremde, gemessen am Rückfluß von Geld in die Heimatdörfer, ab einem Jahr Exode signifikant abnimmt.

Die Fragen, die sich Entwicklungshilfeakteure stellen sollten, lauten deshalb, durch welche Maßnahmen oder Anreize

- die Dauer des Exode *verkürzt* sowie die Häufigkeit der Touren verringert werden könnte;
- Teile des in der Fremde erworbenen Geldes in einen dörflichen Wirtschaftskreislauf einfließen und ökonomisch produktiv verwendet werden können.

Der Aufbau eines dörflichen Spar- und Kreditsystems kann möglicherweise den Zufluß des Geldes in einen dörflichen Wirtschaftskreislauf fördern. Natürlich drängt sich auch die Frage auf, ob das Bedürfnis, Wissen und Erfahrungen von der Welt außerhalb der jeweiligen Dorfgrenzen zu sammeln, alternativ gestillt werden könnte. Der Raum Nara liegt außerhalb der Reichweite von Rundfunk- und Fernsehstationen³⁵, und er wurde auch niemals mit Printmedien beliefert. Allerdings sind Zweifel angebracht, ob moderne Medien die Erfahrungen der Migranten substituieren könnten.

Eine unbekannte Größe sind künftige Determinanten der Migrationsbewegungen, die von politischen Entscheidungsprozessen ausgehen. In der Elfenbeinküste sind Tendenzen zu erkennen, die Einwanderung aus den benachbarten Sahelstaaten einzuschränken.³⁶ Die Binnenmigration und das Bevölkerungswachstum der Städte³⁷ stehen in zunehmender Konkurrenz mit der Arbeitsmigration aus der Region Nara. Auch deshalb müssen neue Überlegungen entwickelt werden, wie die Ressource Arbeitskraft, die bisher durch den Exode abgezogen wurde, in der Heimat genutzt werden kann.

35 In der Stadt Nara existiert seit Mitte 1997 zwar eine örtliche Rundfunkstation ›Radio Vesuve Ouagadou‹, der Sender ist aber nur in wenigen Kilometern Umkreis zu hören und hat nicht die Ausstattung für ein Programm, das über das Abspielen von Musikkassetten und unregelmäßigen Sprachbeiträgen hinausgeht.

36 Jacques Giri, *Le Sahel au XXIe siècle*, Paris 1989, S. 204.

37 Die Einwohnerzahl z.B. der malischen Hauptstadt Bamako wird nach Hochrechnungen bis 2010 auf 3,2 Millionen wachsen, das ist der sechsfache Wert von 1980.

Noel Watts and Andrew Trlin

Diversity as a Productive Resource

Employment of Immigrants from Non-English Speaking Backgrounds in New Zealand

New Zealand is a country of immigration. Since the arrival of the first British settlers in 1840¹, New Zealand has looked to immigration to supply the additional skills, experience and capital necessary for economic and social development. During the past 160 years, New Zealand has attracted people from many different countries. While the main regions of origin have been the United Kingdom and Ireland, Australia and North America, New Zealand has also received immigrants from other parts of Europe (such as Scandinavia, the Netherlands, Switzerland, Germany, Yugoslavia), neighbouring countries in the South Pacific (the Cook Islands, Niue, Samoa, Tonga), as well as immigrants from Asia (India, China), the Middle East and Africa. In addition, New Zealand has received, and continues to receive, refugees from areas which have suffered political and social unrest such as Chile, Somalia and Bosnia.²

During the past decade immigration policy changes have been made to further increase the numbers of skilled immigrants and add to New Zealand's human capital.³ In the context of these policy changes, this paper examines the extent to which companies and government organisations make productive use of immigrant resources. The results of two recent studies of the employment and deployment of immigrants with non-English speaking

1 The first British settlers arrived in Wellington in January 1840. The New Zealand Company which organised this settlement had purchased land from the local Maori people, who had themselves settled in Aotearoa (New Zealand) in a succession of migration waves between c. 800 and 1200 AD.

2 For bibliographical references on immigration to New Zealand see Keith Thomson/Andrew Trlin (eds.), *Immigrants in New Zealand*, Palmerston North 1970; Keith Carwell-Cooke/Paul Spoonley/Andrew Trlin, *Immigrants and Immigration: A New Zealand Bibliography*, Wellington 1980; Andrew Trlin/Paul Spoonley (eds.), *New Zealand and International Migration: A Digest and Bibliography*, No. 1-3, Palmerston North 1986, 1992, 1997.

3 The annual immigration target is 0.1 per cent of the present population figure (3.7 million).

backgrounds (NESB) in New Zealand will be drawn on to identify policies and practices which promote or inhibit effective utilisation of the talents of immigrant employees. It will be argued that there are policy deficiencies in both the private and public sector that have handicapped the ability of immigrants to achieve their full potential and hence New Zealand's ability to benefit from immigrant resources in terms of meeting the nation's desired economic and social development objectives.

Immigration to New Zealand

Amongst the more obvious demographic changes that have occurred in New Zealand in recent years has been an increase in ethnic and cultural diversity. The 1996 Census recorded over 200 ethnicities, although the majority fell into four main groups: (in order) European – principally New Zealanders of British descent –, Maori, Pacific Islands and Asian. Though the European group still dominated with 76 per cent of the total population, the highest increases in the intercensal period 1991–1996 were for the Asian and Pacific Islands groups, 80 per cent and 21 per cent respectively. New Zealand's overseas-born population increased by 15 per cent, while the New Zealand-born population rose by just over 1 per cent. The most significant growth was in the number of New Zealand residents born in Northeast Asia which increased almost threefold between 1991 and 1996.⁴ A major determinant of this increase in diversity has been a shift in immigration policy, particularly the abandonment of the preference for immigrants from traditional source countries (mainly British) in 1986 and the introduction in the 1990s of a competitive, merit-based points system designed to select the best skilled and qualified. These changes have opened the doors to many who would formerly have been excluded on the basis of their countries of origin.

The primary aim of New Zealand's more open immigration policy during the past decade has been economic growth, coupled (since 1995) with the maintenance of the society's high level of social cohesion.⁵ Four objectives are associated with this overarching goal: to build New Zealand's human capital by increasing the skill levels in the workforce; to strengthen international linkages at government, corporate, community and individual levels; to encourage enterprise and innovation by bringing in people with vision and a desire to succeed; and to maintain social cohesion while increasing

4 Statistics New Zealand, *Census of Population and Dwellings: People Born Overseas*, Wellington 1998.

5 For a fuller discussion of these policy changes, see Andrew Trlin, *For the Promotion of Economic Growth and Prosperity: New Zealand's Immigration Policy 1991–1995*, in: *idem/Spoonley (eds.), New Zealand and International Migration: A Digest and Bibliography*, No. 3, pp. 1–27.

New Zealand's diversity and vitality.⁶ Added impetus to the achievement of these aims has come from the recognition of the importance of developing a more highly-educated workforce to meet the challenges of globalisation and the demands of developments in the information technology domain.⁷ A further matter of concern has been the outflow of well-qualified New Zealanders who have left to seek better employment opportunities which has resulted in skills gaps in certain professions and occupations.⁸

The concept of diversity leading to economic growth and adding richness to social life also underpins Australia's immigration and settlement policies. The productive diversity strategy which has been adopted in Australia to capitalise on the inflow of people from a wide variety of countries, involves establishing programmes aimed at developing awareness amongst employers of the advantages of a multicultural workforce and communicating ways in which this diversity might be more effectively harnessed.⁹ Australian firms are encouraged to draw on the diverse language skills, cultural insights and perspectives of their employees. Through negotiation of differences, the repertoire of skills, knowledge and understandings in an organisation is increased, creativity is released, important synergies are created, and, as a result, a diversity dividend is gained. This, it is argued, has particular relevance to organisations with a diverse clientele and better places them to understand and respond to the complexities of dealing with clients from varied cultural and linguistic backgrounds. The productive diversity strategy, then, focuses on the dynamics of managing diversity and rejects a cul-

6 New Zealand's ›Targeted‹ Immigration Policies: Summary of October 1995 Policy Changes, ed. New Zealand Immigration Service, July 1995, Wellington 1995; Background Paper: A Review of New Zealand's Residence Policies: The ›Targeted‹ Immigration Streams, ed. idem, Wellington 1995.

7 The reasons why New Zealand should develop a more knowledge-based economy are outlined in Howard Frederick/Don McIlroy, *The Knowledge Economy*. Submission to the New Zealand Government by the Minister for Information Technology's IT Advisory Group, Wellington 1999.

8 For example, in the period 1 April 1998 to 31 March 1999, a net migration loss of 14,000 was recorded. While 20,100 citizens of other countries came to New Zealand on a permanent/long-term basis and 6,600 on a short-term basis, 30,300 New Zealand citizens left the country on a permanent/long-term basis and 10,400 on a short-term basis. See the analysis of recent trends in net migration by Jacqueline Lidgard/Richard Bedford, *New Zealand's International Migration System at the End of the Twentieth Century. Review and Prospect*, in: *New Zealand Population Review*, 25. 1999, pp. 41-56.

9 *Productive Diversity: Australia's Competitive Advantage*, ed. Department of Immigration and Multicultural Affairs, Canberra 1999.

ture-as-sameness paradigm in favour of the productive paradox of cohesion-in-diversity.¹⁰

The extent to which New Zealand firms and organisations are, in similar fashion, capitalising on immigrant diversity will be examined via two surveys that form part of the New Settlers Programme (NSP), a multidisciplinary research project designed and conducted mainly by Massey University staff, and which is supported by the New Zealand Foundation for Research, Science and Technology. The general aim of the NSP is to contribute to the attainment of three broad, interrelated outcomes: the development of a balanced, well-integrated institutional structure of immigration¹¹; a reduction in the difficulties experienced by immigrants in the process of settlement; and an increase in the benefits accruing to New Zealand from its targeted immigration programmes.

Utilisation of Immigrant Language Skills: Research Findings

The two studies outlined in this paper investigate the ways in which immigrant resources, in particular their linguistic and cultural competence, are utilised by New Zealand companies and organisations as a means of increasing their competitiveness and/or effectiveness. Skills in languages other than English¹² and an understanding of other cultures are a unique feature of the human capital that NESB immigrants bring to an English-speaking host country such as New Zealand. These linguistic and cultural attributes have received increasing attention for their potential to enhance international business opportunities¹³, and to serve growing ethnic community needs.

The two studies comprise: (a) a two-part survey of the employment and deployment of NESB immigrants in New Zealand companies engaged in international business, trade and tourism; and (b) a survey of the employment

10 Bill Cope/Mary Kalantzis, *Productive Diversity: A New Australian Model for Work and Management*, Annandale 1997; Sandra Kipp/Michael Clyne/Anne Pauwels, *Immigration and Australia's Language Resources*, Canberra 1995.

11 Andrew Trlin, *The Social Effects and Institutional Structure of Immigration in New Zealand in the 1980s*, in: *Asian and Pacific Migration Journal*, 2. 1993, pp. 1-25.

12 English is the dominant language in New Zealand and is used extensively for administrative, economic and social purposes. The Maori language also has official language status but is used mainly for formal occasions involving Maori people.

13 See, for example, John Stanley/David Ingram/Gary Chittick, *The Relationship between International Trade and Linguistic Competence*. Report to the Australian Advisory Council on Languages and Multicultural Education, Canberra 1990; Graham Crocombe/Michael Enright/Michael Porter, *Upgrading New Zealand's Competitive Advantage*, Auckland 1991; Noel Watts, *The Use of Foreign Languages in Tourism: Research Needs*, in: *Australian Review of Applied Linguistics*, 17. 1994, pp. 73-84.

and deployment of NESB immigrants in New Zealand central and local government organisations and the service provision for ethnic communities that these organisations make.

In the first study, 460 New Zealand companies involved in international business dealings received a 42-item postal questionnaire in July 1998.¹⁴ 187 completed questionnaires were returned, which represents a 41 per cent response rate. Follow-up interviews were held with 19 of these companies, selected on the basis of the ways in which they employed innovative means of using immigrant language resources, in order to obtain best practice data on effective employment of immigrant skills and abilities. In the second part of the study, a postal survey was carried out in September/October 1998 amongst NESB immigrants who had recently gained tertiary-level New Zealand business qualifications to ascertain their perceptions of employment policies and practices. 156 graduates received questionnaires.¹⁵ 52 completed questionnaires were returned by the due date, a response rate of 33 per cent.

The second study involved both central government (departments, ministries, crown entities) and local government organisations (regional, city and district councils). A 46-item postal questionnaire was received by 321 of these public sector organisations in February/March 1999¹⁶; 157 questionnaires were returned by the cut-off date, a response rate of 49 per cent. Follow-up interviews were conducted in April/May 1999 with 16 of the organisations that made innovative use of NESB immigrant employee resources and were delivering a range of language-related services for NESB clients.

The 187 participating companies in the first study were mainly exporting companies (88) and firms involved in tourism (88). The remaining 11 companies formed a miscellaneous group engaged in a variety of international business dealings ranging from banking to consultancy. Only 21 of the participating companies (11.2 per cent) reported an explicit policy concerning the recruitment of NESB immigrants with the percentage varying across the categories (tourism 14.8 per cent, exporting and >other< categories 8 per cent

14 The companies were targeted on the basis of information concerning their involvement in non-English speaking markets provided in the New Zealand Export Yearbook 1998, Auckland 1998; the New Zealand Trade Directory 1998/99, Auckland 1998; and the Travel Industry Directory and Information Guide 1998, Auckland 1998.

15 Access to this group was gained through the cooperation of the Alumni Associations of the University of Auckland and Massey University with some extra assistance provided by the New Zealand Federation of Ethnic Councils.

16 These included: (a) central government organisations listed in The New Zealand Government Directory 1999, Wellington 1999, and public health providers included in: The Health and Disability Sector in New Zealand: A Directory, Wellington 1998; and (b) regional, city and district councils listed in: A Directory of Local Government in New Zealand, Wellington 1997.

and 9.1 per cent, respectively). Policies on employing NESB immigrants included: the primary importance of appointing the best applicants; and special recruitment provision for particular positions that cannot be filled locally because the skills sought are in short supply or because the positions require a blend of work experience and linguistic or cultural competence not easily found in New Zealand.

In comparison, only 8.3 per cent of the participating central (95) and local (62) government organisations reported the existence of explicit policies regarding the employment of immigrants, the percentage being much higher among those in central (12.6 per cent) rather than local (1.6 per cent) government. Recruitment policy guidelines emphasised the importance of obtaining people with the best mix of skills, qualifications and experience for positions advertised. However, some policies recognised that certain positions are more appropriately filled by people with an ability to communicate directly with particular ethnic groups. Equal Employment Opportunity provisions¹⁷ were expected to be followed in the appointment and deployment of staff as well as in the establishment of workplace measures to combat discrimination and harassment. A small number of organisations, notably those operating in areas with large concentrations of people with non-European backgrounds, saw a need for affirmative action to bring staffing profiles more in line with the composition of the client base.

Of the 187 participating tourism and exporting companies, 130 (69.5 per cent) reported having NESB immigrants in their workforce. The main languages of these immigrants were Chinese languages/dialects, Japanese, Samoan and German. 97 companies (74.6 per cent of these 130) indicated that some use was made of such immigrant employee native language skills for work-related purposes. Utilisation of these skills was much more evident in the tourism (91.9 per cent) than the exporting companies (55.2 per cent), despite the fact that Asia and Europe featured as major trading regions for the latter group. Use of the cultural competence of NESB immigrant employees was even less common. Only 55 companies (42.3 per cent) signalled that they utilised the cultural knowledge of their immigrant employees – 59.7 per cent of tourism companies, compared with 25.9 per cent in the exporting category. Similarly, a mere 38 companies (29.2 per cent) indicated use of the overseas contacts and networks of NESB immigrant employees (32.3 per cent of those in the tourism category and 29.3 per cent in the exporting category). This finding is somewhat surprising as many of the skilled immigrants in recent years have had considerable work experience in their countries of origin and are likely to have developed useful personal links in the business sector.

17 Public and private sector employers are required to ensure that there is no discrimination in employment on the basis of race, gender, religion and age under the Human Rights Act 1993.

The primary aim of the second part of the study, the survey of NESB immigrants who had recently gained tertiary-level New Zealand qualifications, was to gain information on company policies and practices from the perspective of immigrants themselves. The 52 respondents were mainly males, aged less than 40 years, and of Asian ethnicity. Most had been resident for more than 5 years and all had completed New Zealand tertiary-level business qualifications (usually between 1994 and 1998), three quarters with Masters degrees or above. The majority had also gained business-related work experience before coming to New Zealand.

Given this work experience and their New Zealand qualifications, it could reasonably be expected that they would have little difficulty in obtaining employment in New Zealand organisations or in setting up their own businesses. Such was not the case. At the time of the survey, 11 (21.2 per cent) were unemployed and there were cases of underemployment with individuals having to resort to work that did not match their experience and skills. 48 of the 52 respondents classed themselves as native speakers of one or more languages other than English, with just over half speaking a Chinese language/dialect. 28 of those employed indicated that they made some use of their native-speaker skills at work, but the reported use of these skills was only up to three times a month in the majority of cases. 14 reported that their cultural backgrounds were useful at work, while only 7 reported use of their business connections in their employment.

In answers to open-ended questions the respondents made a number of criticisms of what they perceived as the wastage of NESB immigrant resources. They felt strongly that their potential to contribute was overlooked by employers and that had employers recognised the value of their overseas work experience and their linguistic and cultural background, then the companies and organisations would have profited considerably. They also drew attention to a range of problems that impeded the utilisation of their skills. Included among these problems were an apparent reluctance by many New Zealanders to adjust to the new immigration environment, widespread negative attitudes towards people from different cultures and discrimination. In each case the difficulty noted or problem encountered echoed those reported in other studies of recent skilled and business immigrants in New Zealand¹⁸ and/or mentioned by recent skilled Chinese immigrants included

18 These difficulties have been noted in a number of recent surveys. See, for example, Tania Boyer, *Problems in Paradise: Taiwanese Immigrants to Auckland, New Zealand*, in: *Asia Pacific Viewpoint*, 37, 1996, pp. 59–79; *High Hopes: A Survey of Qualifications, Training and Employment Issues for Recent Immigrants in New Zealand*, ed. Department of Internal Affairs, Wellington 1996; Jacqueline Lidgard, *East Asian Migration to Aotearoa/New Zealand: Perspectives of Some New Arrivals* (Population Studies Centre, Discussion Papers No. 12), Hamilton 1996; Forsythe Research, Ex-

in the New Settlers Programme longitudinal study. With reference to the latter group, as a measure of the effect of the problems encountered, it may be noted that at the time of the first interview, typically within six months of taking up residence, only 7 of the 36 Chinese participants (19.4 per cent) were in either full- or part-time employment (including self-employment) and a year later, although their situation had improved, only 18 (54.5 per cent) were in some form of employment.¹⁹

Many of the themes that emerged concerning the utilisation of NESB immigrant resources in New Zealand companies were found also in the survey of government organisations. Of the 157 participating organisations, 101 (64.3 per cent) reported that they had NESB immigrants in their workforce: 65 (68.4 per cent) of the 95 central government organisations compared with 36 (58.1 per cent) of the 62 local government organisations. These employees were first-language speakers of a variety of languages. Pacific Islands languages predominated (particularly Samoan and Tongan), along with Indian languages/dialects (Hindi, Gujarati, Punjabi etc.), and Chinese languages/dialects (Cantonese, Taiwanese, Mandarin etc.). Dutch was the most prominent of the European languages. But less than half (49.5 per cent) of the organisations reported that their NESB immigrant employees used their native languages at work in some way. Greater use of such skills was noted in central (63.1 per cent) as compared with local (25.0 per cent) government organisations. Furthermore, of the 101 participating organisations employing NESB immigrants, only 26 (25.7 per cent) reported that they made use of the cultural backgrounds of their employees in some way. These were almost exclusively central government organisations, particularly those involved in the social welfare, health and justice areas.

The second part of this particular study was directed at determining the kinds of language-related services provided by the organisations for NESB clients and the extent to which these services involved the participation of their NESB employees. Two main findings emerged. Under half of the organisations (46.5 per cent) reported that they provided translation or interpreting facilities for their clients. In general, when interpreters or translators were required, the participating organisations indicated a tendency to contract in outside personnel rather than make use of their own staff. Just over a third of the organisations (34.4 per cent) reported that they provided material for clients in languages other than English or Maori. Although a number of

periences of Recent Business Migrants in New Zealand. Report Prepared for the New Zealand Immigration Service, Auckland 1998.

19 See Anne Henderson/Andrew Trlin/Noel Watts, *Squandered Skills? The Employment Problems, Experiences and Responses of Skilled Chinese Immigrants in New Zealand, Asian Nationalism in an Age of Globalisation* (NZASIA 13th International Conference), Dunedin 1999.

the organisations admitted that there was a need for informational materials in languages other than English to cater for people in migrant communities who were not competent in English, they were unable to supply these materials because of a lack of resources.

A small sub-group of the companies and organisations included in the two studies was selected for follow-up interviews. On the basis of these interviews the following best practice features in the utilisation of immigrant linguistic and cultural resources by New Zealand companies and organisations were identified. Best practice in NESB immigrant recruitment and appointment involves the development of explicit policies that identify the advantages immigrants might bring to a company or organisation. The policies also set out procedures for settling NESB immigrants effectively into the workforce. Consideration is given to the fact that some might require additional training or retraining to make better use of their skills and qualities in the New Zealand work environment. Procedures are outlined in policies for providing this support.

At the pre-arrival stage, best practice involves making personal contact with potential immigrants in their countries of origin, providing them with accurate information about employment and living conditions in New Zealand, and assisting them in completing immigration formalities. Effective on-arrival assistance involves greeting immigrants, placing them into suitable accommodation, helping them to choose schools for their children and facilitating their contact with community networks (including links with other members of their ethnic group). Depending on the circumstances, best practice follow-up assistance could include providing access to English language courses or to professional or vocational courses that could help the immigrants in their employment. Best practice in integrating immigrants into the company/organisation involves induction programmes that focus on their needs and which provide them with knowledge and understanding of the company/organisation culture. Recent immigrants may also be called upon to contribute to staff development programmes that aim to increase the multicultural and multilingual awareness of staff and help them become more aware of issues related to their work amongst people of different backgrounds.

Furthermore, companies and organisations which exemplify best practice identify the competence of immigrant employees in languages other than English in human resource records. This listing is used as a reference point when interpreting/translating needs arise. Abilities in languages relevant to the operations of the company/organisation are recognised through a rewards system, particularly if use of these abilities falls outside of normal duties. Native speakers of other languages are encouraged to maintain or extend their fluency and gain qualifications as translators or interpreters. Se-

lected individuals are nominated for further training to take up specialist positions in the company/organisation where their linguistic and cultural competence could be used to better advantage, particularly in areas where they would have direct interaction with clients who are native speakers of the languages in which they are fluent.

Organisations with particular responsibilities for providing services within New Zealand exhibited best practice by collecting data on the cultural and linguistic backgrounds of clients; providing competent, qualified interpreters in situations where clients have difficulties communicating in English; providing documentation in the main languages used by NESB client groups; consulting with NESB communities on issues which could impact on their cultural sensitivities; and monitoring the effectiveness of service provision via feedback from NESB clients.²⁰

While current New Zealand immigration policy is directed at adding to the nation's human capital by attracting skilled, well-qualified people, the results of the two studies reported above suggest that there are barriers to the participation of NESB immigrants that may have a negative effect on their ability to contribute productively. In this context, four key factors in the promotion of productive diversity in the workplace are identified and discussed below.

First, a pre-requisite for productive diversity is the acknowledgement that diversity indeed exists in New Zealand. It would appear, on the basis of the survey responses, that such recognition cannot be assumed as a given. While some companies and organisations recognised in their policies and practices the multicultural make-up of their workforce, others appeared to view their staff as primarily homogeneous – embodying similar ways of thinking, feeling and acting. Furthermore, a number of companies appeared to overlook the diversity in their customer base, both in respect to the domestic and international markets. There was a tendency to perpetuate myths that all people can speak English and that they are familiar with Western values, beliefs and customs.

Second, the surveys showed conflicting views on the value of diversity. Again, there were differences between those companies/organisations that considered diversity a source of valuable insights and expertise that could be drawn upon to provide competitive advantages and opportunities and others which overlooked these assets or associated diversity with dangers and threats. Regrettably, there were companies and organisations that appeared

20 For further details concerning the results of the two surveys, see Noel Watts/Andrew Trlin, *Utilisation of Immigrant Language Resources in International Business, Trade and Tourism in New Zealand*, Palmerston North 1999; *idem*, *Employment and Service Provision for Immigrants from Non-English Speaking Backgrounds in Central and Local Government Organisations in New Zealand*, Palmerston North 2000.

to prefer native-born New Zealanders rather than people from other backgrounds in matters of recruitment or promotion. Immigrants are acutely aware of such cultural biases.²¹

Third, productive diversity is more likely to flourish in a workplace culture that is inclusive and affirming, that encourages the input of people from different backgrounds. A common element in the best practice features identified was a commitment at managerial level to fully involve NESB immigrant employees in company/organisation activities and to educate other staff on the value of their contributions.

Finally, on the wider front, productive diversity is more likely to be attained if new immigrants have positive settlement experiences. All sectors have a major role in this: central government agencies, business, local authorities, as well as ethnic networks, family connections and voluntary groups in the local community.

Conclusion

A strong, knowledge-based economy depends on a citizenship that is well educated, skilled, hard-working and creative. To achieve the benefits of a knowledge-based economy, all available human resources, imported as well as native, must be recognised, developed and utilised to their full potential. This cannot occur if skilled immigrants have limited opportunities to participate fully. Here, economic considerations link with issues of social justice and equity. Immigrants should not have to face social or institutional barriers which reduce their potential to contribute as residents or citizens²², whether this is discrimination in employment, inequitable access to services or a lack of social support to meet specific needs. In other words, the development and effective implementation of appropriate settlement policies are essential to the optimum realisation of NESB immigrant resources.

While legislation exists in New Zealand with respect to the provision of Equal Employment Opportunities, this provision requires effective monitoring to ensure that compliance is not perfunctory but carried out in a positive manner. This could involve proactive programmes to educate employers and administrators on the advantages of a multicultural workforce. More specifically, employers in both the private and the public sectors should be encour-

21 See, for example, the conclusions in: Asoka Basnayake, *Employment Experiences of Sri Lankan Migrants in New Zealand*, Auckland 1999.

22 The case for recognising the rights of citizens or >denizens< is argued eloquently by Thomas Hammar and David Jacobson. See Thomas Hammar, *Citizenship: Membership of a Nation and a State*, in: *International Migration*, 24, 1986, pp. 735–747; David Jacobson, *Rights Across Borders: Immigration and the Decline of Citizenship*, Baltimore 1996.

aged to identify positions which require particular blends of linguistic and cultural competencies not normally found in the native-born population, and to institute measures to increase the participation rate of people with these attributes.

The effective monitoring and implementation of Equal Employment Opportunities in turn suggests the need for a closer partnership between business, government and the community to promote the value of productive diversity. A possible promotional model may be found in Victoria (Australia), where a concerted campaign has been mounted to draw popular attention to the advantages of diversity for increasing exports, productivity and the improvement of client services. This is a combined effort drawing on government, business and education sectors as well as the ethnic communities themselves.²³

Finally, productive diversity depends on the existence of an infrastructure that assists immigrants to settle smoothly into the host society. Timely, appropriate assistance in the immediate post-arrival period is crucial; if needs are not met at this stage (including access/entry to appropriate employment), the effects may be long-lasting and detrimental to both the individual and society in general.²⁴ The sooner immigrants are helped to settle in the new environment, the sooner New Zealand will gain the benefits of their skills and abilities. But this requires coordinated planning to achieve a balanced, well-integrated institutional structure of immigration. In this sense, productive diversity and social cohesion, the two principal objectives of New Zealand's current immigration policy, can be seen to be intertwined. Productive diversity and social cohesion are most likely to flourish when immigrants are empowered to contribute economically, socially, culturally and intellectually. They are undermined when immigrants are hindered from contributing to the best of their potential either because of lack of recognition of their skills and abilities in the workplace, or because of the lack of effective

23 See, for example, Employment Victoria, *Our Multicultural Advantage*, Melbourne 1998.

24 Nicola North/Andrew Trlin/Rajapuri Singh, *Characteristics and Difficulties of Unregistered Immigrant Doctors in New Zealand*, in: *New Zealand Population Review*, 25, 1999, pp. 133–143; Andrew Trlin/Anne Henderson/Nicola North, *Effects of Unemployment among Skilled Immigrants from India*, in: *ibid.*, pp. 99–117; Andrew Trlin/Anne Henderson, *The Effects and Implications of Unemployment Among New Chinese Arrivals: A Report from the New Settlers Programme*, in: Jim Ng/Brian Moloughney (eds.), *Chinese in Australasia and the Pacific: Old and New Migrations and Cultural Change*. Conference for the Study of Overseas Chinese, 20–21 November 1998, New Zealand Conference of ASCADAPI (Association for the Study of Chinese and their Descendants in Australasia and the Pacific Islands), Dunedin 1999, pp. 102–116.

public and private assistance to incorporate them successfully into New Zealand society.²⁵

Both the private and the public sectors must, then, consider carefully their policies and practices for dealing with NESB immigrant needs. Although some New Zealand companies and organisations have developed their own codes and protocols relating to the provision of culturally responsive services²⁶, overall there is an absence of integrated top-level policies that could provide a consistent approach to meeting the needs of new settlers who are linguistically and culturally different. In this respect, policies and practices in New Zealand lag well behind those in Australia where considerably more attention has been paid to coordinating and implementing action designed to address immigrant access and equity issues²⁷.

The ways in which companies and organisations have responded to the increasingly multicultural nature of New Zealand society were neither sufficient nor efficient. There are deficiencies in the effective management of this diversity which are contributing to the wastage of the talents of many of the skilled NESB immigrants who have arrived in recent years. It is only when all skills of all immigrants will be recognised as productive resource, New Zealand will begin to derive maximum advantage from its adoption of a more open immigration society.

25 The New Zealand Race Relations Conciliator has strongly criticised the present situation in which new arrivals are largely left on their own to make a transition to life in New Zealand and advised that there is an urgent need to develop a more comprehensive programme to assist new migrants to settle. Such a programme should make English language classes readily available and other settlement services should also be offered to new settlers as well as the communities in which they settle. See Report of the Office of the Race Relations Conciliator for the Year Ended 30 June 1998, Wellington 1998.

26 An example of this increasing concern for the welfare of immigrant communities is the Department of Social Welfare's targeted strategies to provide assistance to Pacific Island people in New Zealand. See Department of Social Welfare, *Pate Lali Nafa: Strategies for Pacific Islands Employment and Service Delivery*, Wellington 1996.

27 For example, the Australian Charter of Public Service in a Culturally Diverse Society, endorsed by the Commonwealth, State and Territory governments and the Australian Local Government Association, is based on the seven principles of access, equity, communication, responsiveness, effectiveness, efficiency and accountability. See *Charter of Public Service in a Culturally Diverse Society*, ed. Department of Immigration and Multicultural Affairs, Canberra 1998.

Philip A. Klinkner and Rogers M. Smith

The Unsteady March Toward Racial Equality

Under what circumstances does the United States make significant progress toward greater racial justice?¹ We do not attempt here an elaborate empirical analysis of that question. Instead, we have combed through American history and arrived inductively at an answer that seems to us most likely. More rigorous testing by appropriate specialists should ensue. But we think it is also an answer worth describing before such investigations, as a possibility that all American citizens might usefully ponder. Though our case for our answer is only suggestive, it is disturbingly plausible. It is plausible because so much national history supports our argument. It is disturbing because if our answer is right, Americans must not only abandon the belief that there was anything inevitable about the overcoming of Jim Crow laws in the 1960s. They must also recognize that further progress toward overcoming racial divisions and inequalities is not likely in our time absent extraordinary efforts of a sort never undertaken before except under great duress.

Our answer is that, at least so far in American history, substantial progress toward greater racial equality has come only: (1) in the wake of a large-scale war requiring extensive mobilization of African-Americans for success; (2) when the nature of America's enemies has prompted American leaders to justify such wars and their attendant sacrifices by emphasizing the nation's inclusive, egalitarian, and democratic traditions; and (3) when political protest movements prod national leaders to live up to that justificatory rhetoric by instituting domestic reforms. We do not say all these elements must always be present for progress to occur. We do say that thus far, substantial progress has never occurred in their absence.

There have been only three eras of significant progress toward greater racial equality in U.S. history. All three elements have been at work in all three eras. The first such reform era was the First Emancipation following the Revolutionary War, when slavery was put on the path to extinction in the north and restrictions on free blacks and on manumissions lessened even in much of the south. The Revolution had been a war fought in the name of re-

1 This chapter is adapted from Philip A. Klinkner/Rogers M. Smith, *The Unsteady March: The Rise and Decline of America's Commitment to Racial Equality*, Chicago 1999.

publicanism and inalienable human rights against a monarchical foe, won with key contributions from American blacks, and accompanied by religious movements, especially, that highlighted the contradictions between the Declaration of Independence and the continuation of black slavery. The second era was during Reconstruction after a Civil War that could not have been won without black soldiers. The resulting post-war constitutional amendments ended slavery and established formally equal black citizenship, in accordance with the strong demands of black and white abolitionists. The third period is the modern civil rights era, occurring in the wake of World War II and during the Cold War and the Vietnam War, an extraordinarily prolonged period in which all three of the factors we stress remained present. Throughout these years the U.S. mobilized huge numbers of black soldiers for actual or possible combat against Nazi and Communist foes, against which American leaders stressed the nation's democratic ideals, while a broad array of civil rights protesters pushed them to make those ideals realities for all Americans.

After the first two reform eras progress toward racial equality ceased in most, if not all, arenas of American life. Whites constructed new systems of racial hierarchy that significantly eroded previous advances. Today, after the fall of the Soviet Union and the end of the Cold War, the forces that pressed for racial equality so powerfully for so long in modern America have receded, though not vanished. Whether the nation will continue to progress in that direction is, we think, the most important political question in America as the United States enters the 21st century. From our reading of the headlines of the present in light of the lessons of the past, we see abundant cause for concern.

The three pressures that produced the triumphs of the modern civil rights movement have now all diminished. Though African-Americans continue to serve disproportionately in the nation's military, the armed forces are now voluntary and reduced in numbers. The large-scale military mobilization of blacks during the Cold War and Vietnam years is long past. Correspondingly, the United States does not have a clearly defined enemy against which it feels compelled to stress its comparatively democratic and inclusive traditions, even if it still does so in regard to some lesser rivals like Saddam Hussein. There is also no large-scale civil rights movement pressuring the United States to live up to its more egalitarian ideals. Indeed, the largest mobilization of African-Americans in the 1990s came in the Million Man March, organized by the separatist Nation of Islam leader Louis Farrakhan.

Though our argument will be uncongenial to many, no part of it is wholly original. Many black commentators, in particular, from the anti-slavery leader Frederick Douglass and the distinguished sociologist and historian W.E.B. Du Bois onward, have stressed the importance of war in moti-

vating previous racial reforms. Historian John Higham has published a masterful brief analysis of the three reform eras just defined, which he calls ›America's Three Reconstructions‹. Higham similarly casts these major wars, and their accompanying defenses in democratic, inclusive ideological terms, as vital catalysts to periods of racial progress, decisively reinforcing civil rights activism. He also worries, as we do, that the modern spirit of reform cannot be sustained without war's ›moral equivalent‹. Higham is slightly more optimistic than we about our current prospects, for he explains the sources of racial retrogression between these Reconstructions somewhat differently.²

Part of the explanation for the routine persistence of racial inequality interrupted by extraordinary periods of racial progress was offered by Du Bois.³ Like him, we believe that the attachment of American whites to our country's longstanding racial ordering is not only, and perhaps even not chiefly, a matter of economic interests, though those interests are a major part of the story. Through most of our history, white Americans have also received a ›psychological wage‹, to use Du Bois' term, from living in a society in which members of their racial group occupy the leading positions in most political, economic, cultural, and social institutions. That favored status has meant that whites are commonly accepted as the ›normal‹ and norm-setting members of American society. People who have grown up within arrangements in which their group regularly receives special social esteem as well as more material benefits, arrangements which seem so familiar as to be virtually natural, are always likely to find changes in those arrangements disquieting and to look for reasons to confine or condemn them. Our fellow white Americans, we firmly believe, are not people inherently any more prone to racism, selfishness, or evil than any other group in this or any other society. Their attachments to familiar ways are perfectly normal and human, and in

2 See John Higham, *America's Three Reconstructions*, in: *New York Review of Books*, November 6, 1997, pp. 52–56. Higham believes the American Revolution crystallized ›a distinctive national ideology‹ of equal and inalienable individual rights and dedication to the common good that has been the engine of the ›enduring dynamics of racial reform‹ in America. Longtime organizing by reform groups, reinforced by the favorable milieu wrought by certain sorts of wars, can sometimes drive the zeal of most Americans to realize these national ideals to heights that are expressed in substantial reforms. After their achievement, however, Higham sees moral fervor and national idealism as fading and narrow economic self-interests coming to the fore, usually joined by racist ideas justifying renewed inequalities. He believes, however, that if Americans can avoid undue cynicism about their past failures and strengthen their faith in their original national ideals, the progress those principles have always supported can be continued.

3 William Edward Burghardt Du Bois, *Black Reconstruction in America, 1860–1880*, New York/Toronto 1992 (1st ed. 1935), p. 700.

many regards such attachments can rightly be cherished. But in American society, whites have historically had the upper hand and so many of their understandable attachments to the status quo have always worked against overcoming real and severe injustices, despite genuine good will toward others. Even if there are economic benefits to egalitarian reforms, many whites consciously or unconsciously experience the loss of status they have long enjoyed as a cost too high to pay. Absent unusually strong imperatives to do so, most simply cannot be expected to pay that price. This privileged status of white people probably originated in the economic institution of chattel slavery, but it was embodied in virtually every institution of American life by the time of the Revolutionary War.

As political scientists we also insist that any analysis of prospects for reform in America ultimately has to come to grips with the incentives that shape the behavior of political parties, for little change can come without strong support from at least one major party. Even if powerful elements in American society support racial justice, no party is likely to push hard for it unless it can garner votes and dollars by doing so. Votes and dollars have always been predominantly in the hands of those who will tend to resist change in arrangements that benefit them. For this reason, parties will normally have strong incentives to support racial justice symbolically, perhaps, but to eschew substantive change. Again, barring exceptional circumstances, we doubt that leaders of major political parties are likely today, any more than in the past, to champion policies that erode rather than reinforce the advantages of those groups who are most numerous, most affluent, and most politically powerful. The United States is a complex and diverse society, but middle-class and upper-class whites remain best-positioned. Indeed, the political advantages of whites have led political leaders past and present most often to uphold rather than condemn America's racial hierarchy.⁴

We must, of course, acknowledge that the American racial landscape stands vastly improved in many respects. The victories of the modern civil rights movement have transformed America. Most major institutions of American society – from military headquarters to legislative and judicial chambers, to city halls, to university classrooms, to professional offices, to corporate boardrooms – are more racially integrated than they have ever been. With those achievements the black middle class and, indeed, the black upper class have become far larger and more prosperous than in any previous era. Icons like Michael Jordan and Oprah Winfrey are hugely wealthy. And the civil rights movement's success in ending the National Origins Quota system in 1965 has meant that America has become more racially di-

4 We are indebted here to Paul Frymer, *Uneasy Alliances: Race and Party Competition in America*, Princeton 1999; also see Philip A. Klinkner, *The Losing Parties: Out-Party National Committees, 1956–1993*, New Haven 1994.

verse than ever before, with fast-growing Latino and Asian populations transforming the traditional white-black/Euro-American-African-American structure of America's racial and ethnic composition.

Beyond these material changes, opinion polls suggest that whites have by and large abandoned their old beliefs in the legitimacy of racial hierarchies. Instead, the egalitarian ideals of the civil rights movement are celebrated in American discourse, institutions and practices to a far greater degree than those of Reconstruction ever were. Martin Luther King, Jr.'s birthday is a national holiday and political leaders across the spectrum invoke his example, in ways that were never true of Thaddeus Stevens or Frederick Douglass.

Blacks have indeed made great strides since the 1940s, and white attitudes have shifted in important ways. But these changes have resulted largely from the pressures for racial progress that have since diminished. Whenever these pressures have weakened previously, some important accomplishments have been sustained, and analysts have proclaimed that racial problems are largely matters of the past. But movement toward racial justice has then stalled and even receded.

Some have argued, however, that the U.S. has reached a point where Americans can expect continuing declines in racial animosities and achievement of more equal opportunities for all, even in the absence of the factors that seem heretofore to have been necessary for real change to occur. Perhaps this is correct. On the other hand, we see abundant similarities between American political debates and developments in the late 20th century and those of the late 19th century. Those similarities ought to restrain optimism that further racial progress will come automatically or easily. That the United States is not headed back to formal Jim Crow laws, much less slavery, is obvious. But it is not so improbable that Americans of different races, and especially blacks and whites, will live in different regions, attend different schools, concentrate in different occupations, and be governed by policies that reinforce these patterns, especially when they serve the interests and values of affluent whites and their closest allies. If so, the result is likely to be extensive de facto segregation accompanied by severe inequality in economic, educational, and political status and chronically fractious, sometimes explosive, racial and ethnic relations. This outcome is not improbable because it is more or less where we are now, and because the current policy discourse seems likely to move us further in that direction.

Racial Retrenchment: Historical Parallels

Though the number could reasonably be expanded or contracted in various ways, we identify here eleven significant similarities in the policy and political debates of the late 19th century and the current era. That seems to us too

many to dismiss lightly. *The first parallel is the resurgence of arguments for state and local governance instead of national governance.* The 1860s and the 1960s were both times of great expansion in the powers, size, and range of purposes of the U.S. government. During the Civil War and Reconstruction, the federal government undertook for the first time to promote racial legal equality and to punish racial discrimination and violence; to enfranchise African-Americans, to make land and financial capital available to poorer Americans, white and black, on easy terms; to assist public education for all; and even to promote immigration and naturalization on a more racially inclusionary basis. Similarly, in the 1960s, with the 1964 Civil Rights Act, the 1965 Voting Rights Act and the Elementary and Secondary Education Act, and the various elements of the ›War on Poverty‹, the federal government acted on an even larger scale. Hence both eras saw dramatic shifts in power to the national level, shifts that could be objectionable even to those who did not oppose the purposes to which such power was being put – along with, of course, those who did.⁵

Each era then gave way to periods when political leaders and the courts began declaring such expansive national governance to be inefficient and dangerous. Calls to recognize the democratic advantages of local government and for the sanctity of state's rights gained renewed currency, and many federal programs were limited or terminated. As support for Radical Reconstruction waned, the Supreme Court began insisting in the famous *Slaughter-House Cases* of 1873 that the post-war amendments must not be read as creating national powers so expansive as to ›fetter and degrade the state governments‹ and make the Supreme Court a ›perpetual censor‹ on state laws. Though this case did not involve any denials of black rights, later decisions such as the *Civil Rights Cases* of 1883 used such ›state's rights‹ rhetoric, among other motifs, to achieve that end. Largely as a result of these cases, Congress based modern civil rights laws extensively on the commerce clause. But in several dramatic recent cases, the Court has for the first time since the New Deal found limits on national commerce authority, invoking state prerogatives with a passion comparable to the majority in *Slaughter-House* and insisting with equal firmness that national civil rights guarantees are not thereby threatened. Chief Justice Rehnquist argued in *U.S. v. Lopez*, 1995, for example, that if the Court read federal power as expansively as the executive branch urged, ›it is difficult to perceive any limitation on federal power, even in areas such as criminal law enforcement or education where States historically have been sovereign.‹⁶

5 Rogers M. Smith, *Civic Ideals: Conflicting Visions of Citizenship in U.S. History*, New Haven 1997, pp. 277–283, 296–324.

6 *Ibid.*, pp. 330–337, 375f.; *Slaughter-House Cases*, 83 U.S. 394 (1873); *Civil Rights Cases*, 109 U.S. 3 (1883).

Even more striking are the similar moves by policy advocates and political leaders in the reform parties of each era. Recall that Reconstruction crumbled after so-called ›Liberal Republicans‹ like Charles Francis Adams, Sr. and Jr., abandoned the Republicans rather than support continuing strong national measures. Today, many Democrats offer similar claims. Foremost among them is Bill Clinton. First as governor and then as president, he has repeatedly endorsed claims that »centralized bureaucracies are no longer the best or most effective way to deliver services«, that »the age of big government is over« and that we need a »new government« that is »smaller« and »does more with less.« By the mid-1990s, voices urging more governmental activism had become, as in the late 19th century, virtually inaudible.⁷ In fact, in 1996, Bill Clinton and a majority of congressional Democrats joined with the Republicans to end the federal government's 60-year commitment to Aid for Families with Dependent Children (AFDC), long a major financial support for poor single mothers, and transfer it to the states.⁸ This was the most significant devolution of federal power in memory, and it also ended one of the few national programs that had disproportionately aided racial and ethnic minorities.

The second similarity is the increased prominence of calls for governmental actions to be ›color-blind‹, resulting in the diminution of public measures consciously designed to assist racial minorities. Again the 19th-century Supreme Court provided a classic statement of this position: Justice Bradley's insistence in the 1883 *Civil Rights Cases* that although African-Americans had perhaps merited some assistance right after the end of slavery, »there must be some stage in the progress of his elevation when he takes the rank of mere citizen, and ceases to be the special favorite of the laws.« Men like Charles Francis Adams, Jr., also echoed that theme, contending that the »Afro-American« must accept »the common lot of mankind. He must not ask to be held up, or protected from outside.«

Today, such calls are ubiquitous. A Supreme Court once receptive to affirmative action measures now says the Constitution demands »consistency of treatment regardless of the race of the burdened or benefited group.« Former White House advisor and *American Prospect* editor Paul Starr has called for »race-neutral policies« on the ground, among others, that »affirmative action policies have helped to perpetuate racism.« Similarly, the Democratic

7 Alice M. Rivlin, *Reviving the American Dream: The Economy, the States & the Federal Government*, Washington, DC 1992, pp. 9, 118, 126; Thomas Sowell, *The Right to Be Wrong*, in: *Forbes*, June 17, 1996, p. 50; Democratic Leadership Council (Gov. Bill Clinton, Chairman), *The New American Choice*, Washington, DC 1991, p. 8; William J. Clinton, *Second Inaugural Address*, Washington, DC, January 20, 1997.

8 In the final House vote on welfare reform, Democrats divided evenly, 98–98. In the Senate, 25 Democrats voted in favor with only 21 opposed to the bill.

Leadership Council has repeatedly called for ending »quotas« and goals of »equal outcomes«. It surely is possible that the late 19th-century calls to end special aid to blacks were premature, while the current ones are appropriate; yet there can be no denying that their content is remarkably similar.⁹

Supporters of color-blind and race-neutral policies point out that such efforts are consistent with the egalitarian demands of the civil rights movement, as represented by the Civil Rights Act of 1964. They fail, however, to acknowledge that some of the most racially discriminatory legislation meets their test of evenhandedness and racial neutrality. Poll taxes and literacy tests made no distinction according to race. Nonetheless, their clear purpose and result of such laws was to subjugate blacks to white rule. Furthermore, one can state that all efforts in American history to advance black equality, from state abolition laws, to the Civil War constitutional amendments to the Civil and Voting Rights Acts of the 1960s, all violate some abstract notion of race neutrality since they afford blacks a degree of specific legal protection. We will see that contemporary conservatives are increasingly making just that claim.

A third parallel, linked to both the anti-national government and »color-blind« themes, is the resurgence of laissez-faire ideologies contending that private market forces will provide for more progress than public programs. The late 19th-century Gilded Age was notoriously the era of Social Darwinism, intellectually led by men like Yale's first professor of sociology and political science, William Graham Sumner.

In the wake of the Reagan years, the similar resurgence of pro-market ideologies among political leaders, policymakers, and academics will require no elaborate documentation here. It may suffice to note that conservatives like economist Thomas Sowell defend the claim that »market pressures are effective against discrimination«, while government policies are not, by endorsing Social Darwinian scholars like law professor Richard Epstein, who urges repeal of most economic regulatory legislation, including major portions of the 1964 Civil Rights Act. Epstein not only contends that governmental »protection against poverty increases the likelihood of its occurrence« but also grounds these claims in sociobiological evolutionary theories much like those Sumner invoked. Dinesh D'Souza takes these arguments a step further, calling for repeal of the Civil Rights Act's ban on private discrimination even though extensive racial discrimination could then prevail. He contends that it is after all »universal«, »defensible and in some cases even admirable« to prefer »members of one's own group over strangers.« Though at this writing support for the 1964 Act nonetheless remains strong, in the wake

9 Paul Starr, *Civil Reconstruction: What to Do Without Affirmative Action*, in: *American Prospect*, Winter 1992, pp. 9f.; Democratic Leadership Council, *The New American Choice*, p. 8.

of Epstein's urgings the Supreme Court has indeed heightened scrutiny of all government regulations in the name of protecting property rights against taking without just compensation. Epstein's positions still remain extreme, but again leading Democrats have shifted in the same direction. In 1991, candidate Bill Clinton urged that government be »reinvented« along the lines of »our greatest corporations«, that government »monopoly decisions« be replaced by »more choice«, and that we recognize that »work is the best social program this country has ever devised.« Accordingly, as president he supported ending of AFDC and called on the private sector to solve unemployment problems.¹⁰

Because people can and doubtless do oppose big government, affirmative action, government aid programs, and even federal antidiscrimination laws without harboring racism, the parallels so far may still seem undisturbing.

Consider then a fourth: the resurgence of theories of nearly unalterable racial differences and inequalities, traced both to cultural to biological factors. The evolutionary theories of the late 19th century generally held that humanity had been socially and biologically formed into different races with sharply different capacities that could be altered, if at all, only over great stretches of time. For example, the anthropologist Daniel G. Brinton argued in his 1895 presidential address to the American Association for the Advancement of Science that the »black, the brown, and red races« had a »peculiar mental temperament which has become hereditary.« Senator Henry Cabot Lodge argued similarly in urging immigration restrictions that year, contending that each race was defined »above all« by an »unconscious inheritance« of »moral characteristics« resulting from its distinctive history, upon which »argument has no effect.« There was no alternative but to fence out any »lower race« that sought to come to America.¹¹

Such views are not nearly so prevalent in the U.S. today, but since the end of the Cold War they have become increasingly visible and respectable. Some modern accounts stress cultural differences in contrast to biological characteristics, whereas 19th-century writers tended to link the two closely; but cultural differences and inequalities often appear as ineradicable now as

10 Sowell, *The Right to Be Wrong*, p. 50; Richard A. Epstein, *Takings: Private Property and the Power of Eminent Domain*, Cambridge 1985, pp. 320, 341; idem, *A Taste for Privacy? Evolution and the Emergence of a Naturalistic Ethic*, in: *Journal of Legal Studies*, 9. 1980, pp. 665–678; Stephen Thernstrom/Abigail Thernstrom, *America in Black and White: One Nation, Indivisible*, New York 1997, p. 562 fn 101, p. 649 fn 129; Dinesh D'Souza, *The End of Racism: Principles for a Multiracial Society*, New York 1995, pp. 544f.; *Dolan v. City of Tigard*, 114 S. Ct. 2309 (1994); Democratic Leadership Conference, *American Choice*, p. 5; Clinton, *Second Inaugural*.

11 Smith, *Civic Ideals*, pp. 355f., 364f., 410–419.

then, and to have similar content. One important area where this pattern appears is in discussions of the so-called ›underclass‹ or ›ghetto ethno-underclass‹. Lawrence Fuchs has argued that social analysts »commonly« use these terms to describe »a cluster of behaviors« that seem »almost foreign« to better-off Americans. These behaviors included male unemployment and low labor force participation, drug abuse and criminality, welfare dependency, high dropout rates, low birth-weight babies, high rates of teen-age motherhood, single parenting, and female-headed households, as well as »distrust of mainstream institutions«, including police, government officials, and employers.¹² These are, of course, the ›behaviors‹ that the Thernstroms and others stress in explaining black poverty today. Many analysts, moreover, dramatize the intractability of these traits in members of the ›underclass‹ in ways that are disturbingly reminiscent of 19th-century arguments.

We should also mention the widely discussed book by Richard Herrnstein and Charles Murray, *The Bell Curve*, which argues that blacks are on average less intelligent than whites for partly genetic reasons. The *New York Times* science reporter Malcolm Browne claimed that *The Bell Curve* made a »strong case that America's population is becoming dangerously polarized between a smart, rich, educated elite and a population of unintelligent, poor and uneducated people.« Such a possibility, Browne concluded, gave society the »right – perhaps even the duty – to strengthen our species' cognitive defenses against an increasingly dangerous global environment.«¹³ *Newsweek* told its readers that the book's research was »overwhelmingly mainstream« and that genetics accounted for up to 70 per cent of the black-white IQ difference.¹⁴ The *National Review* featured a lengthy and flattering interview with Murray.¹⁵

Others have echoed these views. In a July 13, 1994 Senate hearing on welfare, New York Senator Daniel Patrick Moynihan said in regard to inner city conditions, »I mean [...] if you were a biologist, you could find yourself talking about speciation here.« Senator Jay Rockefeller of West Virginia replied, »when you were talking about a matter of potentially speciation, the creation of a new American person, so to speak, I think you're right about that.« Senator Moynihan later apologized because, they said, their comments

12 Lawrence H. Fuchs, *The American Kaleidoscope: Race, Ethnicity, and the Civic Culture*, Hanover 1990, pp. 485–489.

13 Richard Herrnstein/Charles Murray, *The Bell Curve: Intelligence and Class Structure in American Life*, New York 1994; Malcolm Browne, *What Is Intelligence and Who Has It?*, in: *New York Times Book Review*, October 16, 1994, pp. 3, 41, 45.

14 Geoffrey Cowley, *Testing the Science of Intelligence*, in: *Newsweek*, October 24, 1994, pp. 55–60.

15 Dan Seligman/Charles Murray, *As the Bell Curves*, in: *National Review*, December 8, 1997.

seem to have offended or hurt some people, but did not actually retract the argument. For Moynihan, it was apparently not a new one. A couple of weeks before that hearing, nationally syndicated columnist and dean of the Washington press corps David Broder had approvingly quoted Moynihan's analysis of ›speciation‹, which Broder defined as ›the impending creation of a different kind of human, one raised outside a father-mother setting.«¹⁶

Most recently, Representative Bob Barr and Senate Majority Leader Trent Lott were linked to the Council of Conservative Citizens, a descendent of the white Citizens' Councils of the 1950s and 1960s and a group with decidedly racist views. According to one of the organization's leaders, ›it is certainly true that in some important traits – intelligence, law-abidingness, sexual restraint, academic performance, resistance to disease – whites can be considered ›superior‹ to blacks.« In 1991, Lott told a meeting of the Council, that it stood ›for the right principles and the right philosophy.«¹⁷

Claims that many blacks and Latinos are by culture or biology prone to lawlessness obviously reinforce *the fifth parallel: contentions that heightened governmental and community efforts to curb the ›criminality‹ of racial and ethnic minorities are far more vital to progress than ending racial discrimination*. In 1905, Theodore Roosevelt was explicit on this point. ›Laziness and shiftlessness«, he wrote, ›and above all, vice and criminality of every kind, are evils more potent for harm to the black race than all acts of oppression of white men put together. The colored man who fails to condemn crime in another colored man [...] is the worst enemy of his own people, as well as an enemy to all the people.« Roosevelt called for ›relentless and unceasing warfare against law-breaking black men.«¹⁸

Contemporary policy analysts regularly strike a similar note, even though the U.S. now incarcerates a larger percentage of its population than any other nation except Russia, with black men disproportionately imprisoned; between one quarter and one third of all young black men are in some way under the control of the criminal justice system. Criminologists like John DiIulio have insisted that combating racial discrimination is far less important to improving conditions in urban black America than raising incarceration rates even higher and building more prisons (as well as, perhaps, orphanages). Economist Glenn Loury believes that the incarceration rates of

16 Moynihan quoted in *Newsday*, July 14, 1994, p. AO4, with his apology in a letter to the *Buffalo News*, August 2, 1994, p. 2; David S. Broder, syndicated column, *Denver Post*, June 26, 1994, p. D-01.

17 Thomas B. Edsall, Lott Renounces White ›Racist‹ Group He Praised in 1992, in: *The Washington Post*, December 16, 1998, p. A2.

18 Theodore Roosevelt, The Negro Problem, address to the Lincoln Dinner, Republican Club of New York City, February 13, 1905, in: *The Works of Theodore Roosevelt, Memorial Edition* (Charles Scribner's 1925), vol. 43, p. 445.

young black men, which might have been expected to fall during the 1980s as young men became a smaller percentage of both the black and white populations, were instead pushed even higher by the Reagan and Bush administrations' largely ineffective war on drugs.¹⁹

The sixth parallel has also already been suggested by the foregoing. As in the late 19th, so in the late 20th century, we hear increasing calls for immigration restriction. In both periods, much of the discussion has centered on the economic consequences of immigration, with new immigrants viewed as too poor, uneducated, and unhealthy to be safely absorbed by the United States. These are legitimate worries, whatever the solutions. But in each period, concerns about the racial and ethnic character of the ›new immigration‹ also surfaced. It is true that such arguments were far more prominent at the turn of the century than they are currently. Yet late 19th century advocates of race-based immigration restrictions did not fully prevail until well into the next century, with the 1924 National Origins Quota Act. Again, the visibility of such views is similarly rising today.²⁰

It is thus striking that the 1924 Act was immediately preceded by a prominent book that claimed to provide definitive scientific evidence for the turn of the century racial theories of the like those of Henry Cabot Lodge and his fellow Yankee patrician, Madison Grant. Princeton psychologist Carl Campbell Brigham's *Study of American Intelligence*, 1923, observed that »According to all evidence available [...] American intelligence is declining, and will proceed with an accelerating rate as the racial admixture becomes more and more extensive. The decline of American intelligence will be more rapid than the decline of the intelligence of European national groups, owing to the presence here of the Negro. These are the plain, if somewhat ugly, facts that our study shows. [...] The steps that should be taken to preserve or increase our present intellectual capacity must of course be dictated by science and not by political expediency. Immigration should not only be restrictive but highly selective.«²¹

Those words smack of Peter Brimelow's views on the cultural imperatives justifying immigration restriction.²² And near the end of their review of studies of American intelligence, *The Bell Curve* authors conclude that the

19 Glenn C. Loury, *One by One from the Inside Out: Essays and Reviews on Race and Responsibility in America*, New York 1995, pp. 45, 72; compare idem, *The Conservative Line on Race*, in: *Atlantic Monthly*, November 1997, pp. 148, 153; idem, *An American Tragedy: The Legacy of Slavery Lingers On in Our Cities' Ghettos*, in: *Brookings Review*, Spring 1998, pp. 41f.

20 Smith, *Civic Ideals*, pp. 357–369, 441–443.

21 Carl Campbell Brigham, *A Study of American Intelligence*, Princeton 1923, p. 210.

22 Peter Brimelow, *Alien Nation: Common Sense about America's Immigration Disaster*, New York 1995.

»evidence that must also be acknowledged is that Latino and black immigrants are, at least in the short run, putting some downward pressure on the distribution of intelligence.« As a result, they advise, America should »shift the flow of immigrants [...] toward those admitted under competency rules« because »present policy« cannot continue »without danger.« No one has sounded this alarm louder than Republican presidential candidate and national media commentator Patrick Buchanan, who once remarked: »I think God made all people good, but if we had to take a million immigrants in, say Zulus, next year, or Englishmen, and put them in Virginia, what group would be easier to assimilate and cause less problems?« In these comments the racial policy implications are perhaps not drawn quite so harshly (and again, many advocates of immigration restriction would not endorse these arguments). But, once more, it is hard not to see similarities between past and present.²³

The seventh parallel is an umbrella category that involves many developments, but in sum they amount to declining support and reduced federal efforts for effective civil rights enforcement. We have already noted that in the late 19th century, Congress ended most of the Reconstruction programs aimed at securing greater racial equality, while the Supreme Court read the post-war amendments and civil rights statutes increasingly narrowly. From the second Grant administration on, moreover, even presidents of the party of Lincoln generally did not push for vigorous enforcement of those statutes and amendments. Eventually the federal government instead became actively supportive of state and local efforts to construct a Jim Crow system disfranchising and segregating black Americans in every state in which they formed a large percentage of the population.

A host of funding and staffing decisions by Congress and the president, as well as judicial rulings in areas such as standing, removal or appeal of cases from state to federal courts, standards of evidence in discrimination and desegregation cases, affirmative action, and other race-related matters, have meant that federal attempts to combat racial injustice have also diminished from end of the Carter years to the present. This decline has occurred despite studies showing continued high levels of discrimination in job and housing, markets, and despite residential and school segregation remaining high and, in some areas, increasing. Even so, as the federal Equal Economic Opportunity Commission (EEOC) has suffered funding and staff reductions, it has increasingly been unable to launch anti-discrimination class action suits, even when willing. The number of employment-related class action cases pursued by the Commission fell from 1,174 in 1976 to a mere 68 in 1996. And though the 1991 Civil Rights Act did make employee discrimination

23 Herrnstein/Murray, *The Bell Curve*, pp. 360f., 549.

cases easier to win, the reality remains that such activity is »one of the single most unsuccessful classes of litigation for plaintiffs«, according to law professor Theodore Eisenberg.²⁴ Furthermore, since 1993, appointments to the nation's top civil rights post – assistant attorney general for civil rights – have been mired in controversy, forcing the position to remain empty for long periods of time.

Meanwhile, the Supreme Court has not just set the hurdles that must be met to justify affirmative action at unprecedentedly high levels, even for congressionally authorized affirmative action. It has also ruled that the burden of proof is now on those claiming existing school segregation is due to past *de jure* segregation, rather on those claiming that it is not, and it has indicated that it will not uphold even largely non-coercive judicial efforts to promote inter-district desegregation in most instances. Yet as we have noted, influential conservative policy analysts are pushing to go even further, urging repeal of all or parts of the 1964 Civil Rights Act, the cornerstone of the »Second Reconstruction«. Even if they do not ultimately succeed, such calls appear to be setting the tone of current policy debates far more than any advocacy of stronger civil rights enforcement. Moderate policy analysts such as former White House Deputy Domestic Policy Director William Galston have endorsed the view that the »rights revolution« of the 1960s sparked changes that have »exacted a fearful toll«, so that traditionalist calls »for a public change of course are not on their face implausible.«²⁵ That very plausibility is, however, what makes it vital to attend closely to the racial consequences of enforcement cutbacks.

The eighth parallel is, fortunately, one of the less strong ones. It is the abandonment of electoral arrangements that have visibly empowered blacks. We often fail to recall sufficiently, however, that black disfranchisement came long after the demise of most Reconstruction programs. Because the Republican Party remained preferable in the minds of most African-Americans to the Democrats, of the late 19th century had strong electoral incentives to continue to fight for black voting rights even after it had given up support for black interests in virtually all other regards. After a last-gasp Republican ef-

24 Amy Saltzman, *Suppose They Sue? Why Companies Shouldn't Fret So Much About Bias Cases*, in: U.S. News & World Report, September 22, 1997, p. 6; see also Douglas S. Massey/Nancy A. Denton, *American Apartheid: Segregation and the Making of the Underclass*, Cambridge 1993, pp. 4–16, 60–82, 96–109, 207–212; Ian Ayres, *Fair Driving: Gender and Race Discrimination in Retail Car Negotiations*, in: Harvard Law Review, 1991, p. 817.

25 *Freeman v. Pitts*, 503 U.S. 467 (1992); *Missouri v. Jenkins*, 115 S. Ct. 2038 (1995); Richard A. Epstein, *Forbidden Grounds: The Case Against Employment Discrimination Laws*, Cambridge 1992; Sowell, *The Right to Be Wrong*, p. 50; Herrnstein/Murray, *The Bell Curve*, pp. 447–508; William A. Galston, *Liberal Purposes: Goods, Virtues and Diversity in the Liberal State*, Cambridge 1991, pp. 268–273, 287.

fort in 1890 to pass a National Elections bill not only failed but helped return Grover Cleveland to the presidency, the Republicans finally did surrender entirely on preserving black votes. Only then did disfranchising tactics proliferate. They were, moreover, indirect: literacy tests, Constitution tests, elaborate registration requirements, white primaries, the infamous ›grandfather clauses‹ all allowed whites to limit the political power of blacks severely without openly denying blacks the vote on racial grounds.²⁶

In contrast, the Voting Rights Act of 1965 has not only remained one of the most successful of the 1960s reform laws but also been significantly strengthened, most importantly by 1982 amendments that overturned Supreme Court rulings and permitted litigation to focus on the racial consequences, rather than the intent, of electoral changes. That philosophy prompted the conscious creation of majority-minority districts after the 1990 census in areas where it appeared black voters had rarely had meaningful opportunities to elect candidates of their choice. In states like North Carolina, Texas, and Georgia, new majority-minority districts were instrumental in electing minority candidates strongly favored by black and Latino voters. Indeed, such districts nearly doubled the number of black representatives and clearly helped create a Congress more integrated than any since the end of Reconstruction. But the Supreme Court, departing from established precedents deferring to legislative districting even when done for openly partisan purposes, has firmly rejected the constitutionality of such districts in several major decisions, though. The black representatives elected in those districts have thus far still tended to be reelected, like most incumbents.

Many contend that black electoral influence will be greater with the end of deliberately crafted majority-minority districts. Abigail Thernstrom has argued that those black interests may be better represented by (probably) white representatives in districts in which blacks are a significant minority than they would be by a black representative elected from a district in which they were predominant. In her view, representation by whites places blacks in a larger and presumably more effective coalition. The efficacy and desirability of majority-minority districts remains a genuinely difficult question on which unquestionably genuine champions of civil rights disagree. Still, the notion that we should prefer electoral arrangements in which whites are usually elected to represent blacks is not a new one in the United States and its past record is not encouraging.²⁷

The ninth parallel is the general abandonment of public efforts to achieve high-quality, integrated education for all residents. One of the most dramatic features

26 Smith, *Civic Ideals*, pp. 383–385, 451–453.

27 Abigail Thernstrom, *Whose Votes Count? Affirmative Action and Minority Voting Rights*, Cambridge 1987, pp. 1–10, 208–215, 220–231.

of the First Reconstruction was the spread of schools in the South, both public and private, eagerly sought by an African-American population starved for access to education. Many of those schools were integrated; indeed, even the University of South Carolina admitted both blacks and whites in the late 1860s. But by the early 1870s, the waning of federal support for Reconstruction initiatives meant that not only did most public schools remain or become segregated. Some southern states began abandoning public schools altogether, with the result that in Louisiana, both black and white literacy declined during the 1880s.²⁸

Today the Supreme Court has backed away from rigorous enforcement of school desegregation. Few white or black leaders champion school integration vigorously. Even the National Association for the Advancement of Colored People (NAACP) has recently debated whether to continue to uphold the cause of racially mixed schools or to accept the wisdom of striving for ›separate but equal‹ institutions. The most-discussed school reforms, such as voucher systems or ›school choice‹ and reliance on private educational firms, are not aimed at providing integrated education for all and are more likely to carry de facto segregation even further. A recent Harvard study by Gary Orfield and others confirms that, abetted by the altered judicial rulings, school segregation has risen more rapidly during the past five years than at any time since *Brown v. Board of Education* in 1954. There is even growing support for *de jure* segregation in the form of calls by blacks as well as whites for separate schools to meet the ›special needs‹ of young black males. It is unsurprising then that *Time* magazine in 1997 proclaimed the »end of integration«, holding that a »four-decade effort is being abandoned.« Though that assessment may be premature, there seems to be not a great deal more enthusiasm for integrated schools now than there was at the end of the First Reconstruction.²⁹

The tenth parallel, closely linked to the turn away from the cause of integrated schools is heightened popularity of doctrines of black nationalism and separatism among African-Americans. The late 19th century was the heyday of Booker T. Washington, who publicly acquiesced in segregated schools and black disfranchisement when the Jim Crow system was being built. Blacks and whites could, he repeatedly assured all, be »separate as the fingers« in all their social and civil institutions while still working together harmoniously on matters of

28 Smith, *Civic Ideals*, pp. 320–324, 396–400, 464–468.

29 James S. Kunen, *The End of Integration: A Four-Decade Effort is Being Abandoned as Exhausted Courts and Frustrated Blacks Dust Off the Concept of ›Separate but Equal‹*, in: *Time*, April 29, 1996, p. 38; Gary Orfield/Mark Bachmeier/David R. James/Tamela Eitle, *Deepening Segregation in American Public Schools*. Harvard Project on School Desegregation, April 5, 1997, p. 11; Peter Applebome, *Schools Experience Reemergence of ›Separate but Equal‹*, in: *New York Times*, June 23, 1997, p. A1.

common interest. Marcus Garvey was inspired by Washington's example to come to the United States and build the largest mass organization of African-Americans in history, the Universal Negro Improvement Association (UNIA). The UNIA rejected integrationist goals and sought separate black economic, educational, and political institutions in the bitter belief that racial harmony was a pipedream, a belief most African-Americans found all too plausible after World War I.³⁰

Today, in the wake of the Million Man March, one of the most visible African-American leader in the nation is Louis Farrakhan, head of the separatist Nation of Islam, an organization with roots in the Garvey movement. Farrakhan, to be sure, has recently articulated a view not unlike W.E.B. Du Bois at certain times: Eventually racial separatism will be overcome within a united humanity. For the foreseeable future, however, he insists that African-Americans must be united with each other without any divisive ›outsider‹ participating in their self-direction. The Nation accordingly supports separate black institutions in every sphere, much as the Garveyites did. The fact that many black Americans now seem to be drawn once again to a movement that regards integration as a damaging and quixotic goal, along with the black pessimism that Jennifer Hochschild discusses, suggests strongly that the politics of the current day display the loss of hopes for a truly unified and egalitarian America that characterized the late 19th century.³¹

The eleventh similarity is that in both the late 19th and the late 20th centuries, the political party that had led the reforms of the preceding era – the Republicans in the 1860s, the Democrats in the 1960s – did not explicitly abandon their professed commitment to their basic reform goals. They did, however, retreat to only passive support for those racially egalitarian goals, launching no further major initiatives to achieve them. Even after the infamous post-election bargaining with the South that allowed Rutherford B. Hayes to become president in 1877, he still went on to veto eight bills designed to weaken protection of blacks. His successors, James A. Garfield and Chester A. Arthur, each worked to enforce the 15th Amendment guaranteeing black voting rights in certain strategic contexts, if rarely with any great vigor. It was not true even in a general political climate of retreat from Reconstruction that the Republicans did nothing to carry on its central cause.³²

Similarly, the modern Democrats can certainly claim to have resisted the most extreme efforts to undo the changes of the modern civil rights era.

30 Smith, *Civic Ideals*, pp. 417f.; Theodore G. Vincent, *Black Power and the Garvey Movement*, Berkeley 1971.

31 For Farrakhan's views, see e.g. ›Giving New Meaning to Race‹, accessible from The Final Call Online, 12. 1996, No. 24.

32 Rayford W. Logan, *The Betrayal of the Negro: From Rutherford B. Hayes to Woodrow Wilson*, New York 1965, pp. 43-45.

President Clinton has often spoken of his commitment to racial unity and healing, and he has sought to make a major initiative on race a central theme of his second term. Overall, however, the Democratic record on civil rights in the 1980s and 1990s, like that of the presidents Clinton admires in the late 19th century, has been one more of fairly passive resistance to conservative efforts rather than any strong positive program. When the Clinton administration has found itself linked with persons identified with strong civil rights activism, such as Lani Guinier, it has quickly severed those links. Its ›mend it, don't end it‹ approach to affirmative action has not amounted to serious resistance to judicial and legislative efforts to do only the latter. Other examples could be adduced.

Policy Implications

Recognizing these similarities is, to be sure, only the beginning of adequate analysis of our current circumstances. The many differences between the circumstances at the beginning of the 20th century and its end must equally be taken into account. A number of important conditions may well make continuing racial progress today easier to achieve than ever in our past. The most promising feature of the current context is America's continuing role as a world leader with the attendant necessity to appear fair in the eyes of nations of all racial and ethnic backgrounds. Even if racial and ethnic forms of nationalism continue to gain greater power and recognition in international politics, this leadership role will maintain pressure for the United States to treat all of its citizens justly. Additionally, the increasing interdependence of the United States and other economies and our reliance on favorable international trade agreements to promote economic growth, means that American policymakers will be reluctant to take actions that might alienate our commercial and treaty partners. Moreover, as long as economic arrangements permit the nation to achieve substantial overall economic growth, the disadvantaged are likely to gain some share of that enhanced prosperity, however unequal; and motives to scapegoat racial minorities will also be lessened. Finally, African-Americans and other racial and ethnic minorities still have much more political and economic power relative to whites than they have ever had in our past, and despite the growing popularity of certain forms of separatism, they can be expected to use that power to combat truly invidious discriminatory policies forcefully. In light of these changes, it may not take a war to assure continued progress.

It will, however, take far more than ›benign neglect‹. Recognizing that our current conditions have been massively shaped by a long history of political efforts to craft a hierarchical racial order and that there are impulses to do so again, we should ask ourselves how all proposed and current policies are likely to affect our inherited racial inequalities. If we think racial conflicts

have been »America's constant curse«, as President Clinton has argued, it is irresponsible and dangerous to fail to do so.³³

To be sure, we would not require all governmental agencies to compile formal »Racial Impact Statements« before promulgating regulations. We are not enthusiasts for bureaucracy or red tape any more than most Americans. But we do think policymakers and analysts should mentally post on the walls facing their desks this question: »If we go down this road, will we perpetuate or even intensify the racial inequalities that government has done so much to create in this country, or will we lessen them?« We believe that once this question is placed front and center, the case for many promising reform policies becomes clearer. Let us suggest some measures that might revive the nation's flagging march toward racial justice:

1. *Increased enforcement of civil rights laws.* Though nearly everyone gives lip service to the idea that the government should do what it can to prosecute cases of actual discrimination, the lack of adequate funding and staff for the government's various civil rights enforcement agencies impedes this goal. We strongly support recent increases in funding for these agencies, but believe that much more remains to be done. We also believe that affirmative action programs in education and employment should be continued, at least until empirical studies show antiblack discrimination has virtually ceased and median wealth for black has reached 50 per cent of whites. We further propose the criminalization of civil rights violations. Making cases of proven discrimination a criminal offence would send a strong signal that such behavior harms our society as well as individual victims. In fact, this was the thrust of most proposed civil rights legislation until the late 1950s. Additionally, the prospect of jail terms as well as stiff fines would likely give pause to those who engage in discrimination. Finally, bringing such behavior within the orbit of criminal law would put the burden of proof on the state, rather than on individuals who have suffered from discrimination.

2. *A significant national commitment to reducing economic inequality.* In addition to the continuing impact of racism and discrimination, many of America's racial minorities are also burdened by economic inequality. Ameliorating this inequality is a necessary precondition for providing all Americans with meaningful opportunity. Furthermore, reducing economic inequality will also help to lower the economic insecurity that has often played a part in working-class whites' resistance to racial equality. To achieve this, we propose:

- increased funding for housing and public education, directed particularly at the inner cities;
- overhauling the nation's welfare system to create a strong and universal safety net;

33 Clinton, Second Inaugural; Thernstrom/Thernstrom, *America in Black and White*, p. 539.

- revising the Social Security system to assist all families with children under the age of 18. This would reduce poverty and provide greatly needed support to poor and working families, and its universal nature would help to remove much of the racialized stigma currently attached to welfare programs;
- an increase in the minimum wage and indexing it to keep up with inflation;
- creation of large-scale federal jobs programs similar to the New Deal's Works Progress Administration;
- national health insurance that guarantees coverage for all citizens;
- publicly financed access to college education and/or job training for all Americans.

3. Reform of the nation's criminal justice system. As we have mentioned, the nation's criminal justice system disproportionately burdens blacks and other non-whites. Moreover, measures ostensibly aimed at curbing crime and violence have gone hand in hand with efforts to limit black equality throughout American history. To remedy this, we propose:

- a shift in law enforcement away from incarceration (especially for small-scale drug crimes) and toward rehabilitation, fully recognizing its challenges;
- an end to the death penalty;
- restoration of suffrage to those who have completed their sentences or parole;
- ending preemptory challenges to jurors since they limit the likelihood of racially mixed juries.

To be sure, these suggestions will be intensely disputed. Precisely because significant transformations are disturbing, even divisive and inflammatory, policy answers on racial problems are not and will not be easy. Sometimes opposition to change may be too great to make a particular egalitarian policy useful. We are more than open to modifying or abandoning controversial measures like affirmative action in promotions and majority-minority districts, *if and only if* alternative policies that promise to achieve similar progress in breaking down old unjust hierarchies are pursued. We also recognize that even if policymakers ask themselves about racial impacts more often, sometimes the answers will be quite unclear. Sometimes other concerns will seem so pressing that we feel we must pursue particular policies even though they will predictably have disparate and invidious racial effects. Yet if we continually take this question seriously, if we view such consideration not as just a compulsory response to special interest demands but as a fundamental duty of all responsible American leaders, it would, we think, be a necessary and important step toward continuing America's quest for racial equality.

Rainer Mackensen

Binnenwanderungen und die Entwicklung der Agglomerationen in Deutschland zwischen 1980 und 1996

Die Binnenwanderungsforschung in Deutschland hatte sich – nach der Beschäftigung mit den großen Ost-West-Wanderungen der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert¹ – erst nach dem Zweiten Weltkrieg verstärkt auch den Wanderungen zwischen den kleineren Gebietseinheiten innerhalb Deutschlands zugewandt. Galt das wissenschaftliche Interesse in der Binnenwanderungsforschung bis dahin vor allem den ›Wanderungsströmen‹, die von einem Ausgangsraum in ein bestimmtes Zielgebiet flossen, so verlagerte es sich nun auf die sog. ›Streuwanderungen‹, deren einzelne Wanderungsfälle nicht mehr durch gemeinsame Richtungen oder Ziele miteinander verbunden sind. Die aktuellen Forschungsinteressen, die im Rahmen der Migration vermehrt Aspekte der Integration einschließen, sind dagegen weniger auf Herkunft und Ziel von Wanderungen² als auf deren Ursachen und Folgen gerichtet, die wiederum die Kenntnis der sozialen Bedingungen und Beziehungen von Migranten, ihrer ›Wanderungsnetze‹ voraussetzen.³ Mit diesen drei analytischen Begriffen der Migrationsforschung ist eine Wissenschaftsentwicklung angedeutet, die ihren Ursprung zwar in der Geographie, ihren

1 Rudolf Heberle/Fritz Meyer, Die Großstädte im Strome der Binnenwanderung, Leipzig 1937; Wilhelm Brepohl, Der Aufbau der Ruhrvolkes im Zuge der Ost-West-Wanderung (Soziale Forschung und Praxis, Bd. 7), Recklinghausen 1948; Wolfgang Köllmann, Bevölkerung in der Industriellen Revolution, Göttingen 1974.

2 Herkunfts- und Zielgebiete werden in der Wanderungstheorie häufig nur durch *push*- und *pull*-Faktoren und durch ihr ›soziales Gefälle‹ beschrieben. Diese konventionelle Differenzierung erlaubt allerdings kaum weitere Erkenntnisse.

3 Die Analyse von Wanderungsnetzen erfordert individuelle und biographische Daten sowie Informationen zu Familien-, Haushalts-, Verwandtschafts- und Gruppenzugehörigkeiten. Soziale Beziehungen sind zwar nicht die Ursache der Wanderungen, sie haben jedoch maßgeblichen Einfluß auf deren Realisierung und Verlauf; s. hierzu z.B. Georg-Florian Freiherr von Schorlemmer, Die netzwerkbezogene Kettenmigration unter besonderer Berücksichtigung der migrationsfunktionalen Aspekte von Unterstützungsleistungen in sozialen Netzwerken, Diss. FU Berlin 1995.

aktuellen Bezugspunkt daneben jedoch vermehrt in den Sozialwissenschaften hat.

Binnenwanderungen verändern die Siedlungsstruktur eines Landes. Sie haben das deutlich in der Frühzeit der Industrialisierung getan, als sich ländliche Siedlungen innerhalb weniger Jahrzehnte zu Großstädten entwickelten. Durch Binnenwanderungen werden jedoch auch gegenwärtig Siedlungen erheblich verändert, und es ist der wachsende Informationsbedarf vor allem der Landes- und Raumplanung, der Verkehrs- und Bildungsplanung, der eine weitere Erforschung der Binnenwanderungen, ihrer Ziele und Beziehungen, ihrer Bedingungen und Strukturen notwendig macht. Da Wanderungen im allgemeinen in Städte hinein oder aus Städten heraus stattfinden, vermag – neben der detaillierten Analyse der Wanderungsdaten selbst – vor allem die Beobachtung des (fortschreitenden) Verstädterungsprozesses, insbesondere der Entwicklung von größeren Stadtregionen und Agglomerationen, Aufschluß zu geben über die Folgen des Binnenwanderungsgeschehens.⁴

Für das Migrationsgeschehen im allgemeinen und insbesondere auch für die Binnenwanderungen haben Außenwanderungen, also Zu- und Abwanderungen über die Landesgrenzen hinaus, ein entscheidendes Gewicht⁵; denn sie beeinflussen letztlich über die Entwicklung der Bevölkerung das Binnenwanderungspotential. Neben kleinräumigen Wanderungen spielen dabei die Fernwanderungen eine erhebliche Rolle; sie sind jedoch – als sog. Streuwanderungen – schwieriger zu analysieren und zu dokumentieren. Dabei bewirken die individuellen Suchprozesse eine diffuse räumliche Struktur der Wanderungsvorgänge.

Zuwanderer müssen sich erst in den Siedlungsmustern des Ziellandes zurechtfinden und verorten; dasselbe gilt für Personen, die im Wechsel der Entwicklungsphasen des Lebenslaufes ständig neue Anpassungsleistungen zu erbringen haben: Jugendliche auf der Suche nach Ausbildungs- und Arbeitschancen; Erwachsene auf der Suche nach dauerhaften Erwerbschancen; Neurentner auf der Suche nach altersgerechten Wohnsitzen. Und die Binnenmigration ist – trotz der generell gesteigerten Wertschätzung der Ortsansässigkeit – weiterhin für siedlungsstrukturelle Verschiebungen maßgebend.

4 Rainer Mackensen, Mobilitätsmuster. Kommunikations- und Mobilitätsbedarf in alters- und geschlechtsspezifischer Differenzierung, in: Mobilität und Kommunikation in den Agglomerationen von heute und morgen, hg.v. Forschungsverbund Lebensraum Stadt, Bd. III, 1: Faktoren des Verkehrshandelns, Berlin 1994, S. 363–424; ders., Die Agglomeration in der Bevölkerungsentwicklung, in: ebd., S. 429–499.

5 Auf die Bedeutung der Außenwanderungen in diesem Zusammenhang verweist auch Hansjörg Bucher, Außenwanderungen und künftige Bevölkerungsentwicklung in regionaler Sicht, in: Paul Gans/Franz-Josef Kemper (Hg.), Mobilität und Migration in Deutschland (Erfurter Geographische Studien, Bd. 3), Erfurt 1995, S. 229–238.

Die Schwerpunkte der großstädtischen Entwicklung haben sich im Laufe des letzten halben Jahrhunderts von den Zentren der Schwerindustrie, deren Wiederaufbau das ›Wirtschaftswunder‹ trug, in die gewerblichen Zentren verlagert, deren Agglomerationen die Wohlstandsperiode markierten. In neuerer Zeit wandern sie nun weiter in die – sich ausdifferenzierenden – Dienstleistungszentren. Dabei wuchsen die städtischen Ballungsgebiete, sie nahmen an Fläche zu, und der Wanderungsbedarf verminderte sich – auch aufgrund veränderter Produktions- und Arbeitsbedingungen: Notwendig erschien nicht mehr die Ansiedlung von Arbeitskräften in der Nähe der Produktionsstätten. Die erhöhte Verkehrsmobilität ersetzt – zumindest teilweise – die kleinräumigen Wanderungsvorgänge. Die Wanderungsmuster werden damit diffuser und weiträumiger.

Der heute sich deutlicher abzeichnende Wandel der Siedlungsmuster, der sich im Funktionswandel der engeren Agglomerationen sowie ihrer Ränder und Felder⁶ ausdrückt, ist eine Folge von Veränderungen, die in den Wanderungsmustern der letzten 20 Jahre – denen der Binnenwanderungen wie denen der Außenwanderung – eingetreten ist. Dieser Beitrag beginnt deshalb mit der statistischen Analyse des Wanderungsgeschehens zwischen 1980 und 1996 und beschreibt insbesondere auch die Zusammenhänge zwischen Migrationen und ›natürlicher‹ Bevölkerungsbewegung (die sich aus der Differenz von Geburten und Sterbefällen ergibt) auf der einen Seite und den sich verändernden Siedlungsmustern großstädtischer wie ländlicher Regionen auf der anderen Seite.

Im Anschluß daran werden für die Jahre zwischen 1980 und 1992 drei Phasen mit unterschiedlichen Wanderungs- und Siedlungsmustern untersucht und – ausgehend von den Werten für 1992 – auf die Jahre 2002 und 2012 projiziert. Abschließend wird dann in einem kurzen Überblick auf die qualitativen Veränderungen, die sich (vermutlich) für die Siedlungsstruktur ergeben werden, eingegangen.

6 Große Agglomerationen oder ›Ballungen‹ wurden als Zentralstadt mit mehr als 500.000 Einwohnern definiert. Ihr ›Kern‹ faßt diese und ggf. andere Stadtkreise zusammen. Den ›Rand‹ bilden die angrenzenden Landkreise mit mehr als 300 Einwohnern/qkm. Das ›Feld‹ besteht aus Landkreisen, die nicht mehr als 100 km von der Zentralstadt entfernt sind. Mittlere Agglomerationen – im folgenden vereinfacht ›Agglomerationen‹ genannt – sind um eine Zentralstadt von mehr als 150.000 Einwohnern gebildet. Den ›Rand‹ bilden auch hier die angrenzenden Landkreise mit mehr als 300 Einwohnern/qkm. Die Landkreise des ›Feldes‹ liegen bis zu 50 km von der Zentralstadt entfernt.

Das Wanderungsgeschehen in den Jahren 1980 bis 1996

Im Anschluß an frühere Untersuchungen⁷, in deren Rahmen die Binnenwanderungen anhand von Wanderungsdaten des Statistischen Bundesamts auf der Ebene von Stadt- und Landkreisen für zwei Stichjahre⁸ analysiert und nachgezeichnet wurden, sind inzwischen vergleichbare Daten für die Jahre 1950 bis 1980 für die alten Bundesländer und für die Jahre bis 1996 für Gesamtdeutschland zusammengestellt worden. Zwar erfassen die von der amtlichen Statistik erhobenen Daten keineswegs alle Wanderungen zwischen den einzelnen Kreisen.⁹ Durch ihre Zusammenfassung zu sozial ›homogenen‹¹⁰ Agglomerationen – auch in den Wanderungsfällen – werden eher interpretierbare Daten bereitgestellt. Entsprechend wurden für Westdeutschland 27 Regionaleinheiten aus der Zusammenziehung von Stadt- und Landkreisen, darunter 23 Agglomerationen und vier Siedlungseinheiten ländlicher Gebiete gebildet.

Nach früheren Vorbildern¹¹ wurden für Westdeutschland 11 größere Agglomerationen (Ballungen) mit einem Kern von mehr als 500.000 Einwohnern und 11 mittlere Agglomerationen mit einem Kern zwischen 150.000 und 500.000 Einwohnern definiert und räumlich festgelegt. An dieser Siedlungsstruktur hat sich auch seither kaum etwas geändert. Seit den späten 1950er Jahren sind in Westdeutschland nur zwei mittlere Agglomerationen hinzu-

-
- 7 Rainer Mackensen/Monika Vanberg/Klaus Krämer, Probleme regionaler Mobilität, Göttingen 1975; Eckardt Bergmann/Herwig Friedag/Klaus Krämer/Rainer Mackensen, Regionale Mobilitätsprozesse in der Bundesrepublik Deutschland (Institut für Stadt- und Regionalplanung, Arbeitsheft 12), Berlin 1979.
 - 8 Für 1964 und 1974 wurden die Daten den 27 Regionaleinheiten sowie – in den Agglomerationen – weiteren 11 ›Kernen‹ und ›Rändern‹ zugeordnet, so daß die Wanderungen zwischen den ländlichen Räumen und den Agglomerationen sowie in diesen erfaßt wurden. Wegen der umfangreichen und zeitaufwendigen Auswertungen wurde die Analyse auf die statistisch ausgewiesenen Wanderungsfälle beschränkt, soziodemographische und haushaltsspezifische Merkmale wurden nicht erhoben.
 - 9 Wanderungsmatrix W13 des Statistischen Bundesamts, Wiesbaden: Die jährlichen Wanderungsdaten zwischen sämtlichen Stadt- und Landkreisen wiesen vor 1970 mehr als 300.000 Zellen aus, nach der Gebietsreform wurden sie auf gut 100.000 Zellen verkleinert. Die deutsche Vereinigung hatte die Matrix wieder auf knapp 300.000 Zellen erweitert, nach der Gebietsreform in den ostdeutschen Ländern ist diese Zahl wieder auf 200.000 geschrumpft. Aufgrund unterschiedlicher Handhabung in den einzelnen Statistischen Ämtern werden rund 20% der Wanderungsfälle – und damit auch die Masse der Streuwanderungen – nicht ausgewiesen.
 - 10 Der Begriff der Homogenität ist interpretationsbedürftig; die Interpretation der Ergebnisse ist an die Aggregationskriterien gebunden: Die Aussagen beziehen sich auf zusammengefaßte Siedlungsstrukturen, in denen vergleichbare Verhaltensweisen vorherrschen.
 - 11 Gerhard Isenberg, Die Ballungsgebiete in der Bundesrepublik Deutschland, Bad Godesberg 1957.

gekommen; in Ostdeutschland bestehen nach diesen Maßstäben – außer Berlin – zwei große und vier mittlere Agglomerationen.

Das Material für die Untersuchung der Veränderungen bleibt jedoch unzureichend; es beruht allein auf den Einwohnerzahlen der Kreise in den Stichjahren. Erst für das letzte Stichjahr konnte die Analyse durch weitere Merkmale – natürliche Bevölkerungsbewegung, Zu- und Fortzüge, Erwerbspersonen, Beschäftigte nach Wirtschaftsbereichen – komplettiert werden.¹² So konnte ein – allerdings doch aufschlußreicher – Überblick über die Entwicklung verschafft werden, von dem jedoch nur ein kleiner Ausschnitt der für das Binnenwanderungsgeschehen relevanten Ergebnisse gezeigt werden kann.

In Schaubild 1 sind außer den Kernen und Rändern der (großen) ›Ballungen‹ und der (mittleren) Agglomerationen auch ›Agglomerationsfelder‹ eingezeichnet.¹³ Neuere Beobachtungen¹⁴ belegen, daß sich die Siedlungsgebiete der Agglomerationen nicht mehr nur – wie früher vermutet – in die Landkreise hinein erstrecken, sondern daß sich die Folgen der Entwicklung der Agglomerationen über dieses ›hochverdichtete Siedlungsgebiet‹ hinaus auswirken. Die Region, innerhalb derer das beobachtet werden kann, wurde als ›Feld‹ der Agglomeration bezeichnet. Es wird hier mit einem Durchmesser von 100 km um die Ballungkerne, von 50 km um die Kerne der mittleren Agglomerationen ausgewiesen.

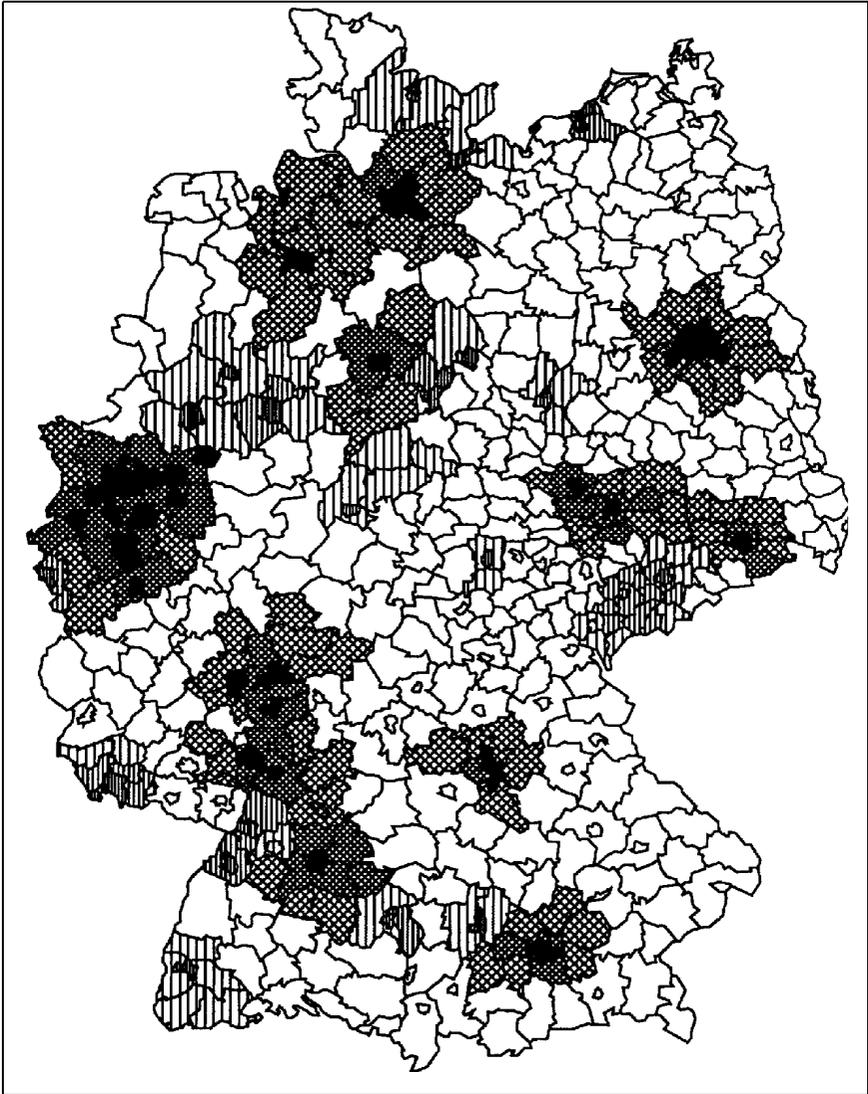
Zur Beurteilung der Entwicklung der Agglomerationen sind über die Binnenwanderungen hinaus jedoch auch die Außenwanderungen und die Werte der natürlichen Bevölkerungsbewegung einzubeziehen. Tabelle 1 weist die entsprechenden Salden für die alten Bundesländer für die Periode 1969 bis 1994 aus. Da die Geburtenüberschüsse deutlich von der Anzahl der Ausländer abhängen, folgen Zu- und Abnahmen der natürlichen Bevölkerungsbewegung mit geringer Verzögerung bis 1986 den Zu- oder Abnahmen der Außenwanderungssalden. Ab Mitte der 1980er Jahre haben sich die steigenden Zuwanderungsüberschüsse nicht mehr in demselben Maße auf die Bevölkerungsentwicklung ausgewirkt. Schaubild 2 verdeutlicht den Sachverhalt des numerischen Befundes graphisch. Inwieweit hier auch ein verändertes generatives Verhalten ausschlaggebend ist, muß offenbleiben.

12 Erst jetzt wurden aufgrund der Datensammlung der Bundesanstalt für Landesplanung und Raumordnung (BfLR) (jetzt: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, BBR) und ihrer digitalisierten Aufbereitung 1998 entsprechende Analysen – allerdings nicht der Wanderungsdaten – möglich. Ihre Veröffentlichung steht bevor.

13 Auf die Differenzierung der ländlichen Gebiete wurde hier der Übersichtlichkeit wegen verzichtet.

14 John B. Parr, *The Metropolitan Area in Its Wider Setting*, in: Anita A. Summers/Paul C. Cheshire/Lanfranco Senn (Hg.), *Urban Change in the United States and Western Europe. Comparative Analysis and Policy*, Washington, DC 1993, S. 217–244; 2. Aufl. 1999, S. 215–242.

Schaubild 1: Agglomerationen in Deutschland



Bemerkung: Ballungen – Kerne (schwarz), Ränder (fein kariert), Felder (groß kariert), Agglomerationen – Kerne (schmal gestreift), Ränder (mittel gestreift), Felder (breit gestreift), ländliche Gebiete (weiß); Kreisgrenzen 1992 nach BfLR (jetzt BRB); eigene Typologie: Ballungen mit einer Zentralstadt über 500.000 Einwohnern, (mittlere) Agglomerationen mit einer Zentralstadt von mehr als 150.000 Einwohnern.

Tabelle 1: Natürliche Bevölkerungsbewegung und Wanderungen in Westdeutschland 1969–94 (in 1.000)

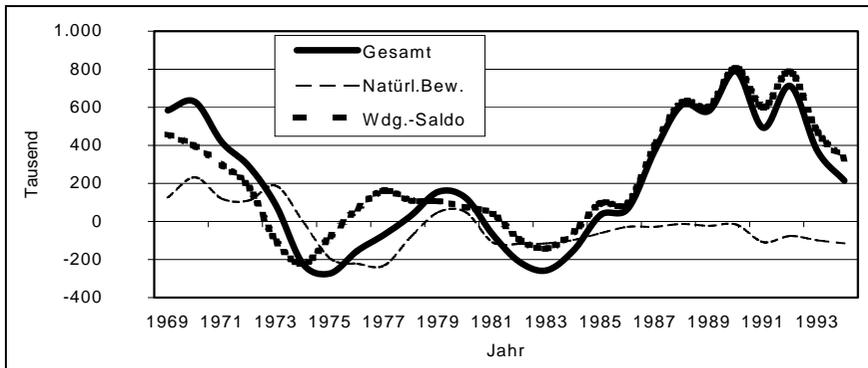
Jahr	Zu- bzw. Abnahme der Bevölkerung insgesamt	Geburtenüberschuß	Wanderungssaldo
1969	584	126	458
1970	629	232	397
1971	417	120	297
1972	290	111	179
1973	84	188	-104
1974	-224	-1	-223
1975	-273	-194	-79
1976	-155	-222	67
1977	-69	-231	162
1978	32	-78	110
1979	156	49	107
1980	125	50	75
1981	-67	-109	42
1982	-213	-118	-95
1983	-257	-115	-142
1984	-151	-97	-54
1985	35	-61	96
1986	67	-28	95
1987	373	-28	1
1988	613	-13	626
1989	582	-23	605
1990	790	-16	806
1991	493	-108	601
1992	712	-76	788
1993	372	-99	471
1994	214	-115	330

Quelle: Eigene Zusammenstellung aus Daten des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BIB), Wiesbaden.

Der Befund ist ausschlaggebend für die Deutung der Bevölkerungsentwicklung in den Agglomerationen. Sie hängt in ihren Veränderungen maßgeblich von der Außenwanderung ab. Nur bei Einwanderungsüberschüssen nehmen die Einwohnerzahlen insgesamt zu; bei Auswanderungsüberschüssen nehmen sie ab. Mit der Zunahme der Einwanderungsüberschüsse seit Mitte der 1980er Jahre wachsen auch die Agglomerationen wieder.

Die natürliche Bevölkerungsentwicklung in den Städten war schon immer unterdurchschnittlich ausgeprägt. Verantwortlich dafür war und ist die Tatsache, daß in den Städten seit je die Ausbildung und Qualifikation der Kinder als wichtiger betrachtet wurde als ihre Anzahl. Städte waren und sind deshalb auf Zuwanderung angewiesen.¹⁵ Hierfür steht ihnen ein gewisses, meist regional beschränktes Einzugsgebiet zur Verfügung. Dieses Einzugsgebiet als Herkunftsgebiet der Zuwanderer einer Stadt verfügt jedoch nur über ein begrenztes Potential an abwanderungsfähigen oder -bereiten Personen; dieses Potential hängt ab von der Einwohnerzahl des Einzugsgebietes, von der Altersstruktur der dort ansässigen Bevölkerung und vom Beschäftigungspotential des Gebietes im Verhältnis zu den Erwerbchancen in der Stadt, und es verändert sich im Laufe der Zeit durch die Entwicklung der natürlichen Bevölkerungsbewegung und der Wirtschaft in diesem Gebiet.

Schaubild 2: Bevölkerungswachstum, natürliche Bevölkerungsbewegung und Wanderungssalden, Westdeutschland 1969–92



Quelle: Eigene Zusammenstellung aus Daten des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BIB), Wiesbaden.

Der Zuwanderungsbedarf der Stadt wächst mit ihrem Erwerbsangebot. Das Abwanderungspotential des engeren Einzugsgebietes wiederum ist beschränkt. Das hat zur Konsequenz, daß sich das Einzugsgebiet (ursprünglich: der zugehörige Landkreis) ›ringförmig‹ über das bisherige Umland der Stadt hinaus ausdehnt, daß es einen immer größeren Ring bildet, dessen Grenzen sich immer weiter von der Stadt entfernen. Darüber hinaus ist zu bedenken, daß es einerseits Stadt-Stadt-Wanderungen gibt und daß sich auf der anderen

15 Hans Linde, Theorie der säkularen Nachwuchsbeschränkung 1800–2000, Frankfurt a.M. 1984.

Seite aufgrund leistungsfähiger Verkehrssysteme die Pendlereinzugsbereiche der Städte immer mehr ausdehnen.

Für die Bundesrepublik Deutschland bedeutete das vor allem, daß der äußere ›Einzugsring‹ bereits zur Zeit der Vollbeschäftigung (1960–73) die Grenzen Westdeutschlands überschritt; die Zuwanderung der ›Gastarbeiter‹ war die Konsequenz. Die Erweiterungen der EU ließen dann das Abwanderungspotential der Länder Südeuropas versiegen. Das Einzugsgebiet griff danach weiter aus; es hat gegenwärtig – von Deutschland und seinen Agglomerationen aus gesehen – bereits die Grenzen des Kontinents z.B. nach Osten und Süden überschritten.¹⁶

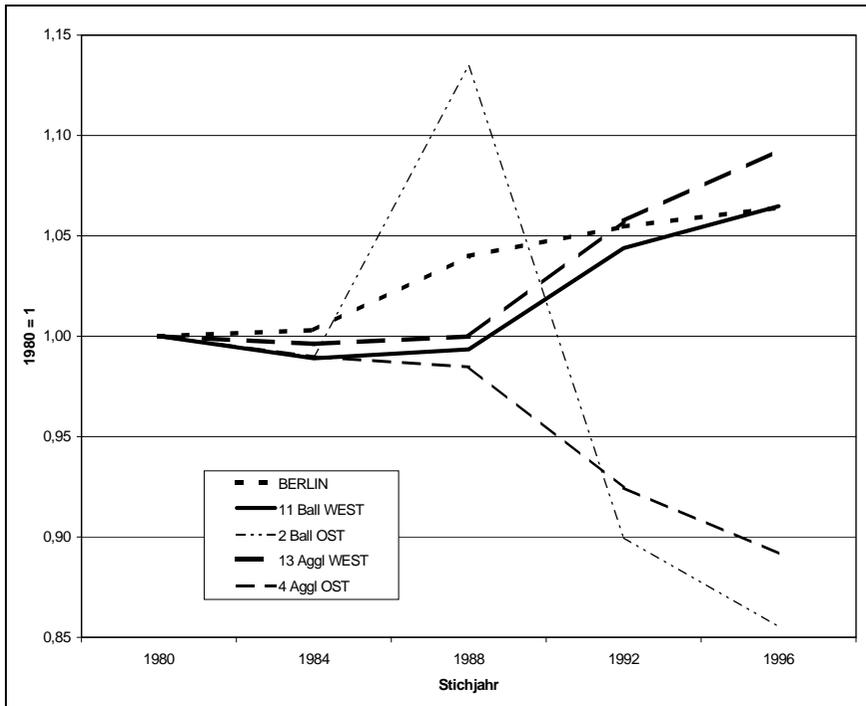
Wird die Zuwanderung des Landes beschränkt – wie das 1973/74 und 1981–83 der Fall war und seit 1992 wieder geschieht –, dann versiegen die internationalen Zuwanderungsquellen der Städte; die städtische Bevölkerung nimmt ab. Die Schaubilder 3 und 4 verdeutlichen diesen Zusammenhang in den vier Phasen 1980–84, 1984–88, 1988–92 und 1992–96. Dabei sind die Ballungen und Agglomerationen in Ostdeutschland und in Westdeutschland jeweils zusammengefaßt.

Die gesamte Einwohnerentwicklung der großen Agglomerationen (›Ballungen‹) in Westdeutschland ist 1980–84 und weitgehend auch 1984–88 negativ. Die mittleren Agglomerationen in Westdeutschland haben jedoch 1980–84 eine stabile und 1984–88 eine günstigere Entwicklung. Berlin und die ostdeutschen Agglomerationen zeigen eine andere Entwicklung; für sie sind die Außenwanderungen bis zur Mitte der 1990er Jahre (noch) nicht maßgeblich.¹⁷ Im Vergleich mit Ostdeutschland haben sich die Ballungen und Agglomerationen in Westdeutschland trotz ihrer Unterschiede nahezu gleichartig entwickelt. Beide Regionstypen weisen – insgesamt, d.h. mit Kern, Rand und Feld zusammen dargestellt – Anfang der 1980er Jahre eine rückläufige

16 Die Aggregatbeobachtung ist als Rahmenbedingung für die Interpretation des Wanderungsgeschehens und seiner sozialen Folgen zu verstehen; für dieses Vorgehen s. Robert Ezra Park, *The Collected Papers*, 3 Bde., New York 1950.

17 Der Befund aus den Ergebnissen der Einwohnerstatistik läßt Wanderungen zwar nicht unmittelbar erkennen. Da jedoch die Veränderungen der Einwohnerzahlen nur entweder aus den Salden der Geburten und der Sterbefälle oder aus den Salden der Zu- und Abwanderungen entstehen können, lassen sich – in Kenntnis des allgemeinen niedrigen Niveaus der natürlichen Bevölkerungsbewegung – die Befunde daher als Folgen von Wanderungen interpretieren, ohne daß damit willkürlichen Deutungen Vorschub geleistet werden soll; vgl. dazu u.a. Hartmut Wendt, *Aspekte und Tendenzen der Binnenwanderung im Urbanisierungsprozeß der DDR*, in: Petermanns Geographische Mitteilungen, 3. 1986, S. 165–171; Katharina Belwe, *Migration in der DDR. Landflucht und Verstädterung*, in: *Deutschland-Archiv*, 6. 1987, S. 515–529; Siegfried Grundmann, *Zur Entwicklung der Binnenwanderungen im geeinten Deutschland. Die neuen Muster der neuen Bundesländer*, in: *Informationen zur Raumentwicklung* 9/10. 1992 (Perspektiven der künftigen Bevölkerungsentwicklung in Deutschland, Teil I), Bonn 1992, S. 721–732.

Schaubild 3: Einwohnerentwicklung der Agglomerationen Deutschlands 1980–84, 1984–88, 1988–92 und 1992–96: Meßziffern

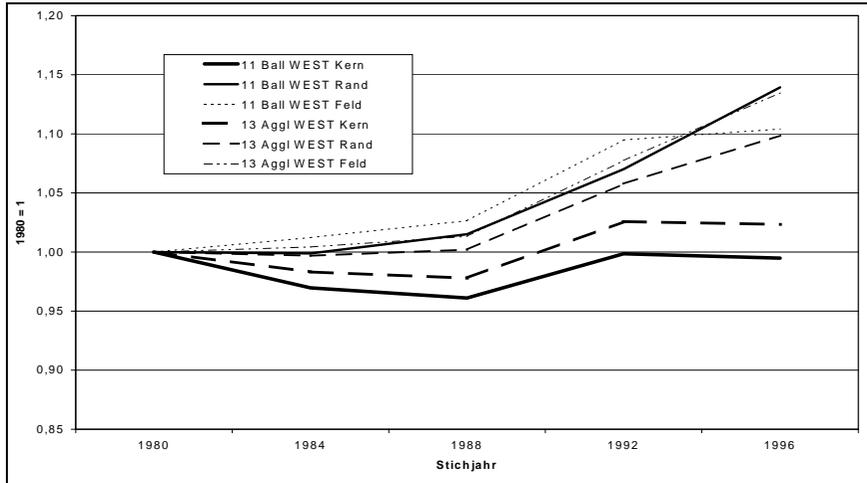


Quelle: Eigene Zusammenstellung aus amtlichen Daten des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden.

Entwicklung aus, die sich auch im Laufe dieses Jahrzehnts kaum verändert. Erst mit der deutschen Vereinigung nehmen sie wieder kräftig und anhaltend zu.

Schaubild 4 beschränkt sich deshalb auf Westdeutschland, zeigt aber, daß die Bevölkerungsentwicklungen in den Teilen der Agglomerationen – Kern, Rand, Feld – unterschiedlich ausfallen. Die Kerne der – großen wie mittleren – Agglomerationen verlieren 1980–84 stark an Einwohnern; 1984–88 läßt diese Schrumpfung der Kerne nach. Über die Wendejahre erholen sich die Kerne und erreichen wieder das Niveau von 1980; danach stabilisieren sie sich. Die Randgebiete der großen Agglomerationen, die 1980–84 (in Summe) kaum Veränderungen zeigen, beginnen 1984–88 zuzunehmen und steigern diese Zunahmen im Verlauf der 1990er Jahre noch. Ähnlich wie die Ballungen

Schaubild 4: Einwohnerentwicklung in den Teilgebieten der Agglomeratio- nen Westdeutschlands 1980–84, 1984–88, 1988–92 und 1992–96 (1980=1).



Quelle: Eigene Zusammenstellung aus amtlichen Daten des Statistischen Bundesamtes.

entwickeln sich die mittleren Agglomerationen, ihre Kerne auf höherem, die Ränder und Felder auf niedrigerem Niveau als die der großen Agglomerationen.

Die ›Kernstädte‹ (Stadtkreise) sind unmittelbar von der Außenwanderung betroffen. Die Randgebiete der Ballungen reagieren offensichtlich mit Zeitverzug: Angesichts der negativen natürlichen Bevölkerungsbilanz 1981–83, schwächer 1984–88, bleibt die ›Randwanderung‹ aus den Kernstädten aus. Bei den mittleren Agglomerationen ist das nicht der Fall; ihre Kernstädte stagnieren auch in diesen Zeitabschnitten. Die mittleren Agglomerationen profitieren von der Binnenwanderung; die großen Agglomerationen nicht.

Tabelle 2 zeigt mit der Entwicklung der Landkreise auch die Werte für die ›Agglomerationsfelder‹. Ihre Zunahmen in den 1980er Jahren sind bemerkenswert. Die Agglomerationen weisen in diesen Jahren das typische Muster einer *desurbanization*¹⁸ aus – ein ausgeprägtes Wachstum an den Rändern und verstärkt in die Felder hinein bei schrumpfenden Einwohnerzahlen im Kern.

18 Leo van den Berg u.a., *Urban Europe. A Study in Growth and Decline*, Oxford 1982; David Eversley, *The City at Its Limits*, in: Sibylle Meyer/Eva Schulze (Hg.), *Ein Puzzle, das nie aufgeht. Stadt, Region und Individuum in der Moderne*, Berlin 1994, S. 349–370.

Tabelle 2: Wohnbevölkerung in Städten und Landkreisen, Deutschland 1980–92

	Fläche in qkm	Wohnbevölkerung in Tausend			
		1980	1984	1988	1992
BRD					
insgesamt	357.258,52	78.245,39	77.783,84	78.562,50	80.568,60
Ball.+Aggl.					
insgesamt	135.833,04	51.758,77	51.318,96	51.592,50	53.442,90
Westdtld.	108.609,11	41.528,87	41.141,78	41.314,20	43.470,70
Ostdtld.	27.223,93	10.229,90	10.177,18	10.278,30	9.972,20
Landkreise					
insgesamt	221.425,48	26.486,62	26.464,88	26.970,00	27.125,70
Westdtld.	140.366,86	18.042,68	18.037,58	18.087,30	19.207,70
Ostdtld.	81.058,62	8.443,94	8.427,31	8.882,70	7.918,00
Meßziffern (Indexziffern) der Veränderung					
		1980–84	1984–88	1988–92	
		1980 = 1	1984 = 1	1988 = 1	
BRD					
insgesamt		0,9941	1,0100	1,0255	
Ballungen und Agglomerationen					
insgesamt		0,9915	1,0053	1,0359	
Westdeutschland		0,9907	1,0042	1,0522	
Ostdeutschland		0,9948	1,0099	0,9702	
Landkreise					
insgesamt		0,9992	1,0191	1,0058	
Westdeutschland		0,9997	1,0028	1,0619	
Ostdeutschland		0,9980	1,0540	0,8914	

An den Meßziffern werden die Veränderungen noch einmal deutlich: Die Agglomerationen insgesamt in Westdeutschland schrumpfen 1980–84, wachsen 1984–88 und nehmen 1988–92 wieder deutlich zu. Die Agglomerationen in Ostdeutschland zeigen – von 1988–92 abgesehen – ein ganz ähnliches Bild. Die Landkreise (außerhalb der Agglomerationen und ihrer Felder) schrumpfen und wachsen in vergleichbarem Rhythmus mit den Agglomerationen, jedoch ist die Schrumpfung vor 1988 schwächer, das Wachstum stärker, danach wieder schwächer ausgeprägt. Diese Zahlen spiegeln das stärkere natürliche Wachstum, aber den geringen Außenwanderungsgewinn der Landkreise gegenüber den Städten wieder.

Tabelle 3: Bevölkerungsentwicklung der Städte mit 10.000 und mehr Einwohnern und der restlichen Landgemeinden in den Agglomerationsrändern und -feldern sowie in den sonstigen Landgemeinden 1980–87 (1980 = 1)

Veränderungen in Stadt- und Landgemeinden der Landkreise		
	Städte	Landgemeinden
a) in den Rändern der Ballungen ¹		
sekundäre ⁴	0,997	1,023
tertiäre ⁵	1,007	1,076
b) in den Feldern der Ballungen ¹		
sekundäre ⁴	1,016	1,029
tertiäre ⁵	0,999	1,017
c) in den Rändern der Agglomerationen ²		
sekundäre ⁴	0,977	1,025
tertiäre ⁵	1,011	1,025
d) in den Feldern der Agglomerationen ²		
sekundäre ⁴	1,008	1,027
tertiäre ⁵	1,009	1,018
e) in den sonstigen Landkreisen ³		
insgesamt	0,995	1,020
in ländl. Tourismus-Kreisen ⁶	1,010	1,033

Quelle: Rainer Mackensen, Urban Decentralization Processes in Western Europe, in: Anita A. Summers/Paul C. Cheshire/Lanfranco Senn (Hg.), Urban Change in the United States and Western Europe, 2. Aufl. Washington, DC 1999, S. 321.

Bemerkung: Eigene Berechnungen aufgrund der Volkszählungs-Ergebnisse für Landkreise vom 27. Mai 1987 und der danach (selbst) korrigierten Fortschreibungsergebnisse der vorausgehenden Jahre seit 1980.

1 Große Agglomerationen (Ballungen) mit einer Zentralstadt über 500.000 Einwohnern

2 Mittlere Agglomerationen mit einer Zentralstadt von mehr als 150.000 Einwohnern

3 Landkreise, die weder zum Rand noch zum Feld der Agglomerationen gerechnet werden

4 Landkreise mit überwiegender Industriebeschäftigung

5 Landkreise mit überwiegender Beschäftigung im Dienstleistungsgewerbe

6 Landkreise mit überwiegender Beschäftigung im Tourismusgewerbe (Alpenvorland)

Die Vermutung, daß das Wachstum der Agglomerationsfelder auf die besondere Attraktivität der Landstädte zurückzuführen sei, ließ sich allerdings statistisch nicht bestätigen.¹⁹ In allen Kategorien zeigen die Landgemeinden

19 Rainer Mackensen, Urban Decentralization Processes in Western Europe, in: Anita A. Summers/Paul C. Cheshire/Lanfranco Senn (Hg.), Urban Change in the United

im Vergleich mit den kleinen Städten ein stärkeres Wachstum. Das liegt zum Teil daran, daß im hier beobachteten Zeitraum die ländlichen Restflächen innerhalb der Agglomerationsränder sowie auch der Agglomerationsfelder bebaut werden. Die Veränderungen der Kleinstädte entsprechen demgegenüber denen der größeren und großen Städte.

Unterscheidet man unter den Agglomerationen solche, welche eine eher sekundäre (industrielle) Beschäftigungsstruktur ausweisen, von denen, deren Beschäftigung eher von Dienstleistungen geprägt ist, so zeigen die ter-

Tabelle 4: Siedlungsentwicklung in Deutschland: Projektionen für 2002 und 2012

Bestand	Ballungen und Agglomerationen						
	1992	BUND	WEST	OST	Kern	Rand	Feld
BRD	80.568,6	62.678,4	17.890,2				
Ballungen	39.997,0	32.725,2	7.271,8	19.560,2	10.677,1	9.759,7	
Agglomeration	13.445,9	10.745,5	2.700,4	4.546,5	2.960,9	5.938,5	
<i>Ball. u. Aggl.</i>	<i>53.442,9</i>	<i>43.470,7</i>	<i>9.972,2</i>	<i>24.106,7</i>	<i>13.638,0</i>	<i>15.698,2</i>	
Landkreise	27.125,7	19.207,7	7.918,0				
<hr/>							
Veränderung							
1992-2002	BUND	WEST	OST				
natürl. Saldo	- 579,1	251,4	-830,5				
Binnensaldo	0,0	236,0	-236,0				
Außensaldo	4.405,1	3.652,9	752,2				
zusammen:	3.825,9	4.140,3	-314,4				
<hr/>							
Bestand							
Mitte 2002	84.394,5	66.818,7	17.575,8				
<hr/>							
Veränderung							
2002-2012	BUND	WEST	OST				
natürl. Saldo	-2.031,43	-1.382,91	-648,52				
Binnensaldo	0,00	50,00	- 50,00				
Außensaldo	3.683,47	3.051,45	632,02				
zusammen:	1.652,04	1.718,54	- 66,50				

States and Western Europe, 2. Aufl. Washington, DC 1999, S. 297-323, hier S. 321, wo die Prüfung für die Periode 1980-87 durchgeführt ist; wegen des erheblichen Aufwandes der Zuordnung der Städte über 10.000 Einwohner zu den Landkreisen der Siedlungstypen wurde auf diese Analyse für die hier behandelten 4-Jahres-Perioden verzichtet.

Tabelle 4: Siedlungsentwicklung in Deutschland: Projektionen für 2002 und 2012 (Fortsetzung)

Bestand Mitte 2012				Ballungen und Agglomerationen		
	BUND	WEST	OST	Kern	Rand	Feld
BRD	86.046,6	68.537,3	17.509,3			
Ballungen	42.331,4	34.505,2	7.826,2	20.058,8	11.649,8	10.622,7
Agglomeration	14.441,7	10.999,8	3.441,9	4.710,5	3.237,6	6.493,5
<i>Ball. u. Aggl.</i>	<i>56.773,1</i>	<i>45.505,0</i>	<i>11.268,1</i>	<i>24.769,4</i>	<i>14.887,5</i>	<i>17.116,2</i>
Landkreise	29.273,5					

Index 2012 (1992=1)				Ballungen und Agglomerationen		
	BUND	WEST	OST	Kern	Rand	Feld
BRD	1,0680	1,0935	0,9787			
Ballungen	1,0584	1,0544	1,0762	1,0255	1,0911	1,0884
Agglomeration	1,0741	1,0237	1,2746	1,0361	1,0935	1,0935
<i>Ball. u. Aggl.</i>	<i>1,0623</i>	<i>1,0468</i>	<i>1,1299</i>	<i>1,0275</i>	<i>1,0916</i>	<i>1,0903</i>
Landkreise	1,0792					

Quelle: Rainer Mackensen, Die deutschen Agglomerationen 1980–2010, in: Jahresbericht 1995: Tagungsbericht der Statistischen Woche 1995, hg.v. Verband Deutscher Städtestatistiker, Leipzig 1995, S. 85.

Bemerkung: Eigene Anwendung der Raumordnungsprognose 2010 der Bundesanstalt für Landesplanung und Raumordnung (BfLR) (jetzt: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, BBR) auf Zusammenstellungen aus Daten der amtlichen Statistik.

tiären Agglomerationen – auch in Rand und Feld, in Städten wie in Landgemeinden – ein deutlich höheres Bevölkerungswachstum als die industriell geprägten; lediglich in den Feldern der (mittleren) Agglomerationen unterscheiden sich die Zunahmen der Kleinstädte nur unwesentlich: Der Einfluß der Agglomerationen auf die in ihrem Feld lokalisierten Landkreise ist offenbar nur gering.

Eine Unterscheidung der (sonstigen) Landkreise außerhalb der Agglomerationen nach ihrer Beschäftigungsstruktur zeigt vor allem die günstige Bevölkerungsentwicklung der Tourismus-Kreise im Alpenvorland. In den übrigen Landkreisen bewegen sich die Bevölkerungszu- bzw. -abnahmen in vergleichbarer Größenordnung: Die Städte nehmen leicht ab, die Bevölkerung der Landgemeinden wächst. Das eine könnte die Folge von Wanderungen sein, die über die Kleinstädte hinweg in die Agglomerationen gerichtet sind, und in den Landgemeinden dürfte sich das immer noch stärkere »natürliche« Wachstum auswirken, das die Abwanderungstendenzen mehr als auszugleichen imstande ist.

Auf der Grundlage dieser Ergebnisse, die die bevölkerungsinduzierte Siedlungsentwicklung bis 1992 umfassen, wurde die Entwicklung der Siedlungsstrukturen auf die Jahre 2002 bzw. 2012 modellhaft projiziert, um die Konsequenzen dieser Entwicklungen deutlich zu machen.

Verschiedene Annahmen aus den regionalisierten Projektionen des Bundesamts für Bauwesen und Raumordnung von 1992²⁰, insbesondere solche zum Wanderungsverhalten, sind ›rein experimentell‹, also nicht als realistische Zukunftserwartung, in die Siedlungsentwicklung für den Projektionszeitraum eingeflossen. Die Meßziffern bestätigen den erwarteten Trend:

- Das Wachstum der Ballungen insgesamt hält auch langfristig an. Dabei liegt das Wachstum der Ränder nicht nur über demjenigen der Kerne, sondern auch über dem der Felder.
- Das Wachstum der mittleren Agglomerationen übertrifft dasjenige der Ballungen in allen Teilgebieten bei gleicher Zuwanderungstendenz.
- Das stärkste Wachstum weisen die ländlichen Räume und Landgemeinden auf.

Der Vergleich zwischen West- und Ostdeutschland zeigt, daß im Osten mit einem verstärkten Aufholen des Verstädterungsprozesses gerechnet werden muß. Die Entwicklung der mittleren Agglomerationen übersteigt diejenige der großen Ballungen erheblich – rechnerisch sogar in einzelnen Fällen in einem nicht mehr realistischen Ausmaß.²¹

Die Ergebnisse der Analyse weisen das kontinuierliche Wachstum der Ballungen – der großen Agglomerationen – nach, und sie zeigen das langsame Aufholen der mittleren Agglomerationen, so daß sich ihr Gewicht gegenüber den größeren Agglomerationen erhöht. Sie belegen insbesondere, daß

20 Hansjörg Bucher/M. Kocks/M. Siedhoff, Die künftige Bevölkerungsentwicklung in den Regionen der Bundesrepublik Deutschland. Annahmen und Ergebnisse einer BfLR-Bevölkerungsprognose, in: Informationen zur Raumentwicklung 12. 1994, S. 815–852.

21 An dieser Stelle wird deutlich, daß die Anwendung der Projektionsannahmen auf einen solchen Zeitraum und auf eine Unterscheidung nach Siedlungsstrukturen und nach den Landesteilen West und Ost wohl die Aussagekraft der Projektion überschreitet. Auch ist eine Übertragung der Wanderungshypothesen, die für Westdeutschland formuliert wurden, auf Ostdeutschland nur unter der Annahme einer aufholenden Wirtschaftsentwicklung möglich. Das erste Jahrzehnt nach der Vereinigung hat gezeigt, daß ein solcher Aufholprozeß mehr Zeit beansprucht, als zunächst vermutet worden war. Auch kann man gegenwärtig wohl Zweifel an der Vermutung haben, ob die Entwicklung der Erwerbschancen überhaupt in einem mit Westdeutschland vergleichbaren Ausmaß auch die kleineren Städte betreffen wird. Inzwischen hat der Prozeß des Rückgangs der produktiven Arbeitsplätze und der standortunabhängigeren Entwicklung der Dienstleistungsbeschäftigung ein Ausmaß erreicht, das an einer Verteilung über die vorhandenen Siedlungszentren (nach Maßgabe z.B. der Theorie der zentralen Orte) eher zweifeln läßt.

die Zunahmen sich in die Außengebiete der Agglomerationen verlagern, sich also auf die ländlichen Peripheriegebiete im Einflußbereich der Agglomerationen ausgedehnt haben, und die Agglomerationen sich weiter in die ländlichen Gebiete hinein ausdehnen. Die Befunde zeigen jedoch auch, daß die ländlichen Gebiete außerhalb der Agglomerationen infolge ihrer günstigeren natürlichen Bevölkerungsbewegung positive Entwicklungsparameter aufweisen. Darüber hinaus werden sie zunehmend zu Zielen der Binnenwanderung.

Zusammenfassung und Ausblick

Statistische Wanderungsforschung und demographische Agglomerationsanalyse sind zwei Seiten derselben Medaille. Die Beobachtung der Siedlungsentwicklung hat das ganze Spektrum des Wanderungsgeschehens aufgeblättert. Dabei hat sich die starke Abhängigkeit der Stadtentwicklung von der Außenwanderung gezeigt. Die ›Einzugsringe‹ der großen Agglomerationen haben sich weit über den europäischen Kontinent hinausgeschoben. Außenwanderung ist – aus dieser Sicht – nichts anderes als die Deckung des Bedarfs an Zuwanderung, den die großen Agglomerationen haben – und den Städte schon immer und überall gehabt haben. Angesichts der weitgehenden ›Erschöpfung‹ der Abwanderungspotentiale der näher gelegenen Regionen nutzen die Bewohner aus entfernteren Regionen ihre Chance einer Teilnahme an den Entwicklungen der städtischen Wachstumsgebiete. Damit wachsen die Wanderungsdistanzen, und damit steigt auch die soziokulturelle Differenz zwischen den Herkunfts- und Zielgebieten. Wie vor einem Jahrhundert, als Polen und Masuren für die Arbeit in den Kohlengruben und in der Metallverarbeitung in das Ruhrgebiet ›aus‹wanderten – Außengrenzen des Deutschen Reiches wurden damals dabei nicht überschritten –, so ist der Zuwanderer heute ›Ausländer‹, kommt vielleicht gar von einem anderen Kontinent. Er hat nicht nur ›städtisches‹ Leben, sondern – hierzulande – zugleich ›deutsches‹ oder sogar ›europäisches‹ Leben erst noch zu erlernen. Weil sich die Bewohner der europäischen Zuwanderungsländer nicht mehr lokal oder regional, sondern verstärkt national oder gar kontinental definieren, das lokale und regionale Milieu fast nur noch folkloristisch wahrnehmen, stellt auch die Integrationsaufgabe für die Einwohner der Empfängerländer höhere Anforderungen; das spiegelt die lebhaft und oft emotional bestimmte Debatte über die Zumutbarkeit solcher Integrationsleistungen. An der Notwendigkeit und Unausweichlichkeit weiterer Zuwanderungen für die Agglomerationen und inzwischen auch für das ganze Land kann jedoch kein Zweifel bestehen.

Modernisierungstendenzen, wie sie in den Agglomerationen vorherrschen, können sich nur unter der Bedingung großer Bevölkerungszahl und Bevölkerungsdichte entfalten. Ihr Wachstum und die Veränderungen der

Wirtschaftsstrukturen hin zu immer höheren Qualifikationsanforderungen steigert die Ansprüche an die Integration der Zuwanderer. Das erhöht die Eingliederungschancen. Die – anfangs nur schattenökonomische – Teilnahme an den Wirtschaftsprozessen der Agglomerationen eröffnet immer weitere Möglichkeiten; und diese werden – massenstatistisch kaum sichtbar – auch ergriffen. Deshalb ist die Zuwanderung aus den ländlichen Räumen der Entwicklungsländer in die dortigen Mega-Agglomerationen in der gleichen Weise zu beurteilen wie die in die großstädtischen Regionen der europäischen Länder.

Immer noch und wohl auch weiterhin verfügen die ländlichen Gebiete aufgrund ihrer gegenüber den Städten günstigeren Geburtenentwicklung²² und wegen des Beschäftigungsrückgangs in der Landwirtschaft über gewisse Abwanderungsreserven. Diese Gebiete sind kein bevorzugtes Ziel der Zuwanderer aus dem Ausland; aber die Eingliederungspolitik sucht – wenigstens vorübergehend – gewisse Einwanderergruppen (namentlich Aussiedler) in ländlichen Gebieten anzusiedeln. Das verstärkt auf die Dauer das Abwanderungspotential dieser Regionen. Wenn sich allerdings bestätigen sollte, daß die ländlichen Gebiete zunehmend und dauerhaft – also nicht nur mit Wochenend- und saisonal genutzten Ferienunterkünften – aufgesiedelt werden, dann reduzieren sich dadurch die Wanderungsreserven für die Agglomerationen. Diese werden daher weiterhin aus ferner gelegenen Gebieten befriedigt werden müssen – oder (was immer wahrscheinlicher wird) die Agglomerationen werden dauerhaft schrumpfen.

Die Bevölkerungsabnahme in den Agglomerationen dürfte sich beschleunigt fortsetzen. Da die Agglomerationen zunehmend zum Ziel der Außenzuwanderung werden, so daß die Anteile der autochthonen Einwohner relativ noch stärker zurückgehen, als das infolge ihres natürlichen demographischen Defizits ohnedies der Fall ist, wird die *desurbanization* – die Abwanderung aus den Agglomerationen in ihre Felder und unterstützt von den Erleichterungen durch digitale Technologien – weiter zunehmen. Das wird die Agglomerationen nicht entlasten, nicht den Verkehr, aber auch nicht die Unterhaltung der sozialen Infrastruktur. Es ist noch nicht zu erkennen, daß neue Strategien für eine solche Entwicklung entworfen werden.

22 Noch stehen Analysen aus, welche die anhaltend relativ günstigen natürlichen Bevölkerungsbilanzen der Landgebiete begründen könnten. Die vorgestellte Familienidylle bäuerlicher Wirtschaften wird weder den tatsächlichen Zuständen der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe noch gar den sozialen Strukturen der landwirtschaftlichen Großbetriebe gerecht; und beide machen nur noch einen verschwindenden Anteil der ländlichen Bevölkerungen aus. Wir wissen aber nicht, ob die anderen Wirtschaftssektoren in ländlichen Siedlungen ein reproduktiv günstigeres Familienmodell übernommen oder neu ausgebildet haben oder ob eher familienorientierte Paare die ländlichen Wohngebiete – zumindest in der Phase des Erweiterung der Familie – aufsuchen.

Die Wanderungen aus den ländlichen Gebieten in die Agglomerationen vollziehen sich nach wie vor in Stufen und Ketten; die Entfernungen werden aber größer. Die Kleinstädte werden übersprungen; die mittleren Agglomerationen dienen als Stufenziel. Andererseits wachsen die Felder der Agglomerationen; die Pendlereinzugsgebiete weiten sich aus. Nicht mehr in allen Fällen werden Ortswechsel erforderlich, wenn die beruflichen Positionen sich ändern oder durch Wechsel der Arbeitgeber verbessert werden; das Beschäftigungsangebot (und das Angebot sozialer Infrastruktur) der Agglomeration ist immer noch am reichhaltigsten.

Die allgemeine Verflechtung der Siedlungsgebiete, die Verbesserungen der Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur – und die Bindung der Haushalte an unterschiedliche Erwerbs- und Ausbildungsstandorte vermindern den Wanderungsbedarf. Die weiter steigende Wertschätzung der lokalen Sozialbeziehungen wird dieses Binnenwanderungsgeschehen vermutlich versiegen lassen. Umzüge – die zwar Kreis- oder Gemeindegrenzen überschreiten, jedoch nicht das (engere) Siedlungsgebiet verlassen, die von der amtlichen Statistik aber gleichfalls als Wanderungen gezählt werden – verstärken den Eindruck eines lebhaften Wanderungsgeschehens; sie machen (statistisch) einen erheblichen Anteil der regionalen Mobilität aus. Die Niederlassung an den Rändern und in den Feldern der Agglomerationen wird nicht nur durch das Bedürfnis wachsender Familien, sondern auch durch das (Boden-)Preisgefälle bedingt. Dem entspricht der Ausbau der Rand- und Feldgebiete. Je größer deren Flächen und je stärker deren dauerhafte Auf-siedlung, desto deutlicher werden sich Versorgungseinrichtungen in diesen Gebieten niederlassen. Auch die Produktions- und Dienstleistungsbetriebe folgen dem Einwohner-trend in die ›Zwischenstädte‹.²³ Das wird die Funktionen der Kerngebiete weiter schwächen.

Es dürften sich demgegenüber neue Kernfunktionen ergeben, die allerdings mit dem – unter den Planern noch immer bevorzugten – Ideal der ›Urbanität‹ wenig konvenieren. Wie sich die Einzugsgebiete der Agglomerationszuwanderung erweitern, so wachsen auch die Einzugsgebiete für die Kernfunktionen: Die für rentable Veranstaltungen erforderlichen Teilnehmerzahlen wachsen ständig. Das hat zur Folge, daß Stadtzentren immer deutlicher zu Orten von Großveranstaltungen werden.

Zieht man die Umzüge – innerhalb der Agglomerationen und ihrer Felder – von den nationalen Wanderungsbewegungen ab, so verbleibt nur ein relativ geringer Umfang an Binnenwanderungen. Der größere Anteil davon entfällt auf die Bewegungen aus ländlichen Gebieten und kleineren Agglomerationen in die größeren. Nur ein geringer Anteil bleibt für die Wande-

23 Thomas Sieverts, Zwischenstadt: zwischen Ort und Welt, Raum und Zeit, Stadt und Land, Braunschweig/Wiesbaden 1998.

rungen zwischen den Agglomerationen gleicher Größenordnung übrig. Es handelt sich dabei vornehmlich um die Fernwanderungen der Berufsaufsteiger. Ortswechsel über größere Entfernungen sind mit erheblichen Aufwendungen – nicht nur finanzieller, namentlich auch sozialer Art – verbunden. Immer häufiger werden regelmäßige Fahrten auch über große Distanzen – und vielfach im wöchentlichen, häufig in längeren Zeitrhythmen – in Kauf genommen. Damit erhält das Mobilitätsgeschehen zwischen den Agglomerationen stärker den Charakter von Pendelbewegungen.

Die empirischen Befunde des vergangenen und aktuellen Binnenwanderungsgeschehens und die theoretischen Überlegungen zum zukünftigen Wanderungsverhalten in den Agglomerationen und an ihren Rändern deuten darauf hin, daß das Wanderungsgeschehen auch abgesehen von seiner Abhängigkeit von politischen Maßnahmen und Stimmungsänderungen – namentlich hinsichtlich der Außenwanderung – sich in unterschiedlichen Perioden, in ›Wanderungsregimen‹ darstellen läßt. Für die Wanderungen insgesamt können verschiedene Zeiträume als Phasen unterschiedlicher Wanderungsregime beschrieben werden: die Zeit bis 1956 als Phase der Aufnahme der Nachkriegswanderungen, 1956–61 als Periode der regionalen Umverteilungen, 1961–73 als Zeit der Vollbeschäftigung und der ›Gastarbeiter‹-zuwanderung, 1973–90 als Periode der ersten Rationalisierungswelle sowie der Konsolidierung der ›Gastarbeiter‹-zuwanderung (›Familienzusammenführung‹) und 1990–95 als Phase der ersten Vereinigungsfolgen.

Das gegenwärtige Wanderungsregime wird zunehmend durch den europäischen Binnenmarkt und die Arbeitskräftewanderungen geprägt. Die Attraktivität dieses Raumes auf weitere Gebiete ist gewachsen und hat neue Einwanderungswellen ausgelöst. Der Zuwanderungsdruck wird sich nur schwer eindämmen lassen. Im Vorfeld der Osterweiterung der EU zeichnen sich jedoch weniger Wanderungsprozesse als massive Pendelbewegungen über große Entfernungen ab. Aber gerade die zeitweilige oder auch dauerhafte Zuwanderung wird anhalten. Erst bei einer stärkeren Angleichung der Wirtschaftsbedingungen ist mit einem Abklingen der Zuwanderungstendenz – wie bei früheren EG-Erweiterungen – zu rechnen.

Trotz eines bis auf den Außenwanderungsdruck eher ruhigeren Wanderungsgeschehens werden die Siedlungsstrukturen nicht unbeeinflusst bleiben. Zum einen bleibt die Abhängigkeit der Agglomerationsentwicklung von der Außenwanderung bestehen; zum anderen wird sich die räumliche Erweiterung der Agglomerationsgebiete fortsetzen; schließlich werden sich die relativen Gewichte der Agglomerationen – nicht nur in Deutschland – verschieben.

Das Siedlungsmuster wird sich weiter ausdünnen. Allenfalls Oberzentren werden sich als Agglomerationszentren behaupten können. An den inneren und äußeren Rändern der Agglomerationen werden sich kleinere

Siedlungseinheiten ausbilden, deren Merkmale sich – nicht zuletzt aufgrund der Zuwanderungen – stärker ausdifferenzieren dürften. Aber vor allem wird sich das Gewicht unter den Agglomerationen verschieben; die Ausbildung von ›Metropolen‹ wird kaum noch möglich sein.

Die wirtschaftlichen Wachstumszentren werden sich auf wenige Agglomerationen konzentrieren. Vorerst dürften das diejenigen sein, in denen sich die ›neuen Technologien‹²⁴ niedergelassen haben.²⁵ Aber angesichts der großen Beschleunigung des technischen Wandels und auch des schnelleren Wechsels seiner Sachgebiete können sich hier kaum dauerhafte Veränderungen ergeben. Wenngleich das Muster der Siedlungsstrukturen fortbestehen wird, muß in Zukunft doch mit einem tiefgreifenden Wandel des städtischen Lebens gerechnet werden.

24 Als richtungweisend gelten dazu die Beobachtungen von Manuel Castells, *The Information Age: Economy, Society and Culture*, Oxford 1996.

25 Diese sind anderer Art als früher; namentlich der Austausch von neuen Anregungen gehört dazu; hierzu s. Rainer Mackensen (Hg.), *Konstruktionshandeln: nicht-technische Determinanten des Konstruierens bei zunehmendem CAD-Einsatz*, München 1997.

Die Autoren

Uwe Hunger, Dr. phil., Wiss. Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der Universität Münster. Publikationen zur Migrations-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, u.a.: (zus. m. Bernhard Santel), Gespaltener Sozialstaat, gespaltener Arbeitsmarkt: Die Etablierung postwohlfahrtsstaatlicher Einwanderungspolitiken in Deutschland und den Vereinigten Staaten, in: *Soziale Welt*, 48. 1997, H. 4, S. 379–396; *Der ›rheinische Kapitalismus‹ in der Defensive. Eine komparative Policy-Analyse zum Paradigmenwechsel in den Arbeitsmarktbeziehungen am Beispiel der Bauwirtschaft*, Baden-Baden 2000; (Hg. zus. m. Dietrich Thränhardt), *Einwanderer-Netzwerke und ihre Integrationsqualität in Deutschland und Israel*, Münster 2000; *Temporary Transnational Labour Migration in an Integrating Europe: The Challenge to the German Welfare State*, in: Michael Bommers/Andrew Geddes (Hg.), *Welfare and Immigration: Challenging the Borders of the Welfare State*, London [2000].

Philip A. Klinkner, Ph.D., Associate Professor of Government und Direktor des Arthur Levitt Public Affairs Center, Hamilton College/USA. Neuere Publikationen: *The Losing Parties: Out-Party National Committees, 1956–1993*, New Haven 1994; (zus. m. Rogers M. Smith), *The Unsteady March: The Rise and Decline of America's Commitment to Racial Equality*, Chicago 1999; *Bill Clinton and the Politics of the New Liberalism*, in: Adolph Reed, Jr. (Hg.), *Without Justice For All: The New Liberalism and Our Retreat From Racial Equality*, Boulder, CO 1999; *Democratic Party Ideology in the 1990s: New Democrats or Modern Republicans?*, in: John K. White/John C. Green (Hg.), *The Politics of Ideas*, 2. Aufl. New York [2000].

Rainer Mackensen, Dr. phil., o. Prof. em. für Soziologie, Institut für Sozialwissenschaften, Abt. Soziologie, Technische Universität Berlin. Publikationen u.a.: (zus. m. Matthias Osterwold u. Robert Sander), *Wanderungsmotive. Ein Vergleich neuerer Untersuchungen für Berlin und andere Großstädte*, Berlin 1978; (Hg. zus. m. Eberhard Umbach u. Ronald Jung), *Leben im Jahr 2000 und danach. Perspektiven für die nächsten Generationen*, Berlin 1984; *Bemerkungen zur regionalen Bevölkerungsentwicklung im sozialen Wandel*, in: *Jahrbuch für Regionalwissenschaft*, 7. 1986, S. 5–25; *Die Agglomeration in der Bevölkerungsentwicklung*, in: *Mobilität und Kommunikation in den Agglomerationen von heute und morgen*, hg.v. Forschungsverbund Lebensraum Stadt, Berlin 1994, Bd. III, 1: *Faktoren des Verkehrshandelns*, S. 429–499; *Mobilitätsmuster. Kommunikations- und Mobilitätsbedarf in alters- und geschlechtsspezifischer Differenzierung*, in: ebd. S. 363–424; *Urbanization Under Federalist and Centralist Government. The Case of Two German States*

1980–1988, in: *Acta Demographica* 1993, Heidelberg 1994, S. 165–195; Die deutschen Agglomerationen 1980–2010. Regionale Entwicklungen und Verflechtungen aus der Sicht der Bevölkerungsentwicklung, in: *Jahresbericht 1995*, Verband Deutscher Städtestatistiker, Leipzig 1995, S. 61–98; Bevölkerungsdynamik und Stadtentwicklung in ökologischer Perspektive, in: Herbert Sukopp/Rüdiger Wittig (Hg.), *Stadtökologie*, 2. Aufl. Jena/New York 1999, S. 51–81; Urban Decentralization Processes in Western Europe, in: Anita A. Summers/Paul C. Cheshire/Lanfranco Senn (Hg.), *Urban Change in the United States and Western Europe. Comparative Analysis and Policy*, 2. Aufl. Washington, DC 1999, S. 297–323.

Wolfgang Mayer, Dr. phil., Wirtschaftsredakteur und Geschichts-Publizist, ehrenamtlicher Projektbevollmächtigter der LAG Malihilfe Entwicklungshilfe Bayern e.V., verschiedene Lehraufträge und Seminarveranstaltungen. Publikationen zur Afrikaforschung, u.a.: *Penetration und Transformation in Französisch-Westafrika*, Frankfurt a.M./Bern 1977; (zus. m. Alfred Schmidt), *Kapitalistische Durchdringung und Mobilität von Arbeitskraft in Westafrika*, in: Hartmut Elsenhans (Hg.), *Migration und Wirtschaftsentwicklung*, Frankfurt a.M./New York 1978, S. 117–155; *Islam und europäischer Kolonialismus in Westafrika – zwischen Kooperation und Konkurrenz*, in: *Welt des Islam*, Bd. XX, Leiden 1980, S. 73–86.

Rogers M. Smith, Ph.D., Alfred Cowles Professor of Government und Co-Direktor, Center for the Study of Race, Inequality, and Politics, Yale University/USA. Neuere Publikationen: *Civic Ideals: Conflicting Visions of Citizenship in U.S. History*, New Haven 1997; (zus. m. Philip A. Klinkner), *The Unsteady March: The Rise and Decline of America's Commitment to Racial Equality*, Chicago 1999; *Legitimizing Reconstruction: The Limits of Legalism*, in: *Yale Law Journal*, 108. 1999, S. 2039–2075; *Liberalism and Racism: The Problem of Analyzing Traditions*, in: David F. Ericson/Louisa Bertch Green (Hg.), *The Liberal Tradition in American Politics: Consensus, Polarity, or Multiple Traditions?*, New York 1999, S. 9–27; *The Inherent Deceptiveness of Constitutional Discourse: Diagnosis and Prescription*, in: Ian Shapiro/Robert Adams (Hg.), *Integrity and Conscience (Nomos: Yearbook of the American Society for Political and Legal Philosophy, Bd. 40)*, New York 1998, S. 218–254.

Andrew Trlin, Ph.D., Associate Professor für Sozialpolitik an der Massey Universität, Palmerston North/Neuseeland und Direktor des ›New Settlers Programme‹. Forschungen im Bereich der Sozialdemographie, der Sozialpolitik und der Programmevaluation in Neuseeland, insbesondere hinsichtlich der Einwanderungspolitik und der Ansiedlung von Einwanderern. Publika-

tionen u.a.: (Hg. zus. m. Keith Thomson), *Immigrants in New Zealand*, Palmerston North 1970; (zus. m. Keith Carwell-Cooke u. Paul Spoonley), *Immigrants and Immigration: A New Zealand Bibliography*, Wellington 1980; (Hg. zus. m. Paul Spoonley), *New Zealand and International Migration: A Digest and Bibliography*, Nr. 1–3, Palmerston North 1986, 1992, 1997.

Noel Watts, Ph.D., Associate Professor für Angewandte Linguistik an der Massay Universität, Palmerston North/Neuseeland. Forschungen im Bereich der Sprachenpolitik und des Sprachengebrauchs, insbesondere in bezug auf die Ansiedlung von Einwanderern in Neuseeland. Publikationen u.a.: *Language Policy and Education in New Zealand and the South Pacific*, in: *Encyclopedia of Language and Education*, Bd. 1: *Language Policy and Political Issues in Education*, Dordrecht 1997, S. 189–200; *Cultural Resources of Immigrants and International Business in New Zealand*, in: *New Zealand Population Review*, 25. 1999, S. 119–132; *The Use of NESB Immigrant Resources and Service Provision in New Zealand's Public Sector Organisations*, in: *New Zealand Studies in Applied Linguistics*, 6. 2000, S. 1–22; (zus. m. Andrew Trlin), *Utilisation of Immigrant Language Resources in International Business, Trade and Tourism in New Zealand* (Report prepared for the New Zealand Foundation for Science, Research and Technology), Palmerston North 1999; dies., *Employment and Service Provision for Immigrants from Non-English Speaking Backgrounds in Central and Local Government Organisations in New Zealand* (Report prepared for the New Zealand Foundation for Science, Research and Technology), Palmerston North 2000.

IMIS-Schriften 9

Leonie Herwartz-Emden (Hg.)

Einwandererfamilien: Geschlechterverhältnisse, Erziehung und Akkulturation

2000, 380 Seiten, br.,
DM 56,-/sFr 51,-/öS 409,-
ISBN 3-932147-22-7

mit Beiträgen von Sedef Gümen, Leonie Herwartz-Emden und Manuela Westphal

Migration verändert Familien. Wie diese Veränderungen aussehen, wurde im deutschsprachigen Raum bislang nur lückenhaft untersucht. Im Mittelpunkt der Studie stehen zwei Gruppen von Einwandererfamilien: Arbeitsmigrantinnen und Arbeitsmigranten aus der Türkei sowie Aussiedlerinnen und Aussiedler aus der ehemaligen Sowjetunion. Akkulturationsstrategien und Geschlechterverhältnisse werden dabei in der dafür zentralen Dimension familiärer Arbeitsteilung und Alltagsbewältigung erfaßt. Konzepte von Weiblichkeit und Männlichkeit finden sich in Vorstellungen zu Elternschaft und Erziehung, in familiärer und beruflicher Orientierung, aber auch im Zeiterleben. Soziale Identifikation und Vergleichsprozesse in und zwischen den Gruppen, gegenseitige Stereotypen und Geschlechterbilder sind weitere Dimensionen der Analyse. In interkulturell vergleichender Perspektive werden die hier gewonnenen Ergebnisse mit den Einstellungen und Konzepten von Frauen und Männern aus westdeutschen Familien kontrastiert.

IMIS-Schriften 10

Peter Marschalck/
Karl Heinz Wiedl (Hg.)

Migration und Krankheit

[2001], ca. 400 Seiten, br.,
ISBN 3-932147-23-5

mit Beiträgen von Eva Brinkschulte, Matthias Bartram, Ediz Bökli, Bärbel Dangel-Vogelsang, Maria Dietzel-Papakyriakou, Angela Eberding, Toni Faltermaier, Güler O. Fisek, Johannes Korporal, Peter Marschalck, Fritz A. Muthny, Bernhard Nauck, Yasemin Niephaus, Elke Olbermann, Claudia Offermann, Andrea Riecken, Josef Rogner, Arist v. Schlippe, Paul G. Schmitz, Jürgen Schott, Wolfgang Settertobulte, Paul Weindling, Karl Heinz Wiedl und Hisashi Yano

Gesundheitliche Probleme von Zuwanderern der ersten und zweiten Generation zeigen für manche Symptome ein anderes Profil als bei der einheimischen Bevölkerung. Der Erfolg ärztlicher Bemühungen hängt häufig davon ab, ob und wie es gelingt, kulturspezifische Bewertungen und Einschätzungen der Patienten von Krankheit und Gesundheit in die Behandlung und Versorgung einzubeziehen. Der Sammelband thematisiert Erfahrungen der Medizingeschichte, theoretische und epidemiologische Forschungsansätze sowie Fragen der Behandlung und Versorgung von Patienten. Es geht zudem um spezifische Probleme einzelner Zuwanderergruppen – von Arbeitsmigranten, Aussiedlern und Flüchtlingen.

Studien zur Historischen Migrationsforschung SHM 8

Michael Kösters-Kraft

Großbaustelle und Arbeitswanderung

Niederländer beim Bau
des Dortmund-Ems-Kanals 1892–1900

2000, 213 Seiten, br.,
DM 42,-/sFr 39,-/öS 307,-
ISBN 3-932147-18-9

Niederländer bildeten im deutschen Kaiserreich die drittgrößte, in Preußen sogar die zweitgrößte Ausländergruppe. Dennoch hat die Forschung zur ›Internationalisierung des Arbeitsmarktes‹ im ausgehenden 19. und frühen 20. Jahrhundert den Arbeitsmigranten aus dem nordwesteuropäischen Nachbarland kaum Beachtung geschenkt. Die Fallstudie leistet einen Beitrag zur Schließung dieser Forschungslücke. Sie blickt auf beide Seiten des grenzüberschreitenden Migrationsprozesses. Die Studie erfaßt einerseits die Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Nordostoverijssel und Südostdrenthe, den beiden Hauptherkunftsregionen der niederländischen Arbeitswanderer. Sie fragt andererseits nach ökonomisch-sozialer Entwicklung und staatlich-administrative Regelung in Preußen, nach Arbeiterrekrutierung und nach den Beschäftigungsverhältnisse beim Bau des staatlichen Großprojektes Dortmund-Ems-Kanal.

Studien zur Historischen Migrationsforschung SHM 9

Henriette von Holleuffer

Zwischen Fremde und Fremde

Displaced Persons in Australien, den USA
und Kanada 1946–1952

[2001], 416 Seiten, br.,
ISBN 3-932147-19-7

Das 20. Jahrhundert war das Jahrhundert der Flüchtlinge, Vertriebenen und Deportierten. Zu den vielen Opfern staatlich sanktionierter Entwurzelung zählten auch die mehr als 8 Millionen ›Displaced Persons‹, auf die die Alliierten während des Zweiten Weltkriegs bei ihrem Vormarsch durch Europa trafen. Es handelte sich um die überlebenden ehemaligen Zwangsarbeiter und befreiten jüdischen und nicht-jüdischen KZ-Häftlinge. Ausgangspunkt der vergleichenden Untersuchung ist die westalliierte Entscheidung zugunsten ihrer Neuansiedlung in Westeuropa und Übersee. Mehr als 700.000 Displaced Persons fanden in Australien, Kanada und den USA Aufnahme. Die Studie informiert über einwanderungspolitische Visionen und Prinzipien sowie über integrationspolitische Konzepte der Einwanderungsländer USA, Kanada, Australien. Zugleich gewährt sie aber auch Einblicke in Alltag, Ängste, Hoffnungen und Wünsche von Menschen, die den nationalsozialistischen Völkermord überlebt hatten.

SCHRIFTEN DES INSTITUTS FÜR MIGRATIONSFORSCHUNG UND INTERKULTURELLE STUDIEN DER UNIVERSITÄT OSNABRÜCK (IMIS-SCHRIFTEN), herausgegeben vom Vorstand des Instituts

- 1 Klaus J. Bade (Hg.), Migration – Ethnizität – Konflikt. Systemfragen und Fallstudien, Osnabrück 1996, 458 S. (ISBN 3-930595-36-2)
- 2 Adolf Wennemann, Arbeit im Norden. Die Italiener im Rheinland und Westfalen des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts, Osnabrück 1997, 224 S. (ISBN 3-930595-37-0)
- 3 Klaus J. Bade (Hg.), Fremde im Land. Zuwanderung und Eingliederung im Raum Niedersachsen seit dem Zweiten Weltkrieg, Osnabrück 1997, 336 S. (ISBN 3-930595-39-7)
- 4 Eberhard Eichenhofer (Hg.), Social Security of Migrants in the European Union of Tomorrow, Osnabrück 1997, 135 S. (ISBN 3-930595-38-9)
- 5 Albrecht Weber (Hg.), Einwanderungsland Bundesrepublik Deutschland in der Europäischen Union. Gestaltungsauftrag und Regelungsmöglichkeiten, Osnabrück 1997, 384 S. (ISBN 3-930595-84-2)
- 6 Michael Bommers/Jost Halfmann (Hg.), Migration in nationalen Wohlfahrtsstaaten. Theoretische und vergleichende Untersuchungen, Osnabrück 1998, 309 S. (ISBN 3-932147-20-0)
- 7 Eberhard Eichenhofer (Hg.), Migration und Illegalität, Osnabrück 1999, 237 S. (ISBN 3-932147-21-9)
- 8 Klaus J. Bade/Jochen Oltmer (Hg.), Aussiedler: deutsche Einwanderer aus Osteuropa, Osnabrück 1999, 323 S. (ISBN 3-932147-40-5)
- 9 Leonie Herwartz-Emden (Hg.), Einwandererfamilien. Geschlechterverhältnisse, Erziehung und Akkulturation, Osnabrück 2000, 380 S. (ISBN 3-932147-22-7)
- 10 Peter Marschalck/Karl Heinz Wiedl (Hg.) Migration und Krankheit, Osnabrück [2001], ca. 400 S. (ISBN 3-932147-23-5)

STUDIEN ZUR HISTORISCHEN MIGRATIONSFORSCHUNG (SHM)

herausgegeben von Klaus J. Bade

- 1 Volker Ackermann, Der »echte« Flüchtling. Deutsche Vertriebene und Flüchtlinge aus der DDR 1945–1961, Osnabrück 1995, 318 S. (ISBN 3-930595-32-X)
- 2 René Del Fabbro, Transalpini. Italienische Arbeitswanderung nach Süddeutschland im Kaiserreich 1870–1918, Osnabrück 1996, 320 S. (ISBN 3-930595-40-0)
- 3 Axel Lubinski, Entlassen aus dem Untertanenverband. Die Amerika-Auswanderung aus Mecklenburg-Strelitz im 19. Jahrhundert, Osnabrück 1997, 328 S. (ISBN 3-930595-41-9)
- 4 Hannelore Oberpenning, Migration und Fernhandel im »Tödden-System«. Wanderhändler aus dem nördlichen Münsterland im mittleren und nördlichen Europa des 18. und 19. Jahrhunderts, Osnabrück 1996, 424 S. (ISBN 3-930595-34-6)
- 5 Uwe Reich, Aus Cottbus und Arnswalde in die Neue Welt. Amerika-Auswanderung aus Ostelbien im 19. Jahrhundert, Osnabrück 1997, 272 S. (ISBN 3-930595-42-7)
- 6 Piet Lourens/Jan Lucassen, Arbeitswanderung und Berufsspezialisierung. Die lippischen Ziegler im 18. und 19. Jahrhundert, Osnabrück 1999, 206 S. (ISBN 3-930595-58-3)
- 7 Georg Fertig, Lokales Leben, atlantische Welt. Die Entscheidung zur Auswanderung vom Rhein nach Nordamerika im 18. Jahrh., Osnabrück 2000, 466 S. (ISBN 3-932147-17-0)
- 8 Michael Kösters-Kraft, Großbaustelle und Arbeitswanderung. Niederländer beim Bau des Dortmund-Ems-Kanals 1892–1900, Osnabrück 2000, 213 S. (ISBN 3-932147-18-9)
- 9 Henriette von Holleuffer, Zwischen Fremde und Fremde. Displaced Persons in Australien, den USA und Kanada 1946–1952, Osnabrück [2001], 416 S. (ISBN 3-932147-19-7)